

Beschlussbuch

**Trotz
allem!**



Konferenz 2020

Juso-Konferenz 2020 – Gemeinsame Konferenz des Juso-Stadtverbands
und des Juso-Unterbezirks Göttingen

Samstag, 08.08.2020 – Jugendherberge Göttingen – Habichtsweg 2, 37075 Göttingen
Redaktion und Layout: Hannah Dißelbeck

Inhalt

| | |
|---|----|
| Arbeitsprogramm der Göttinger Juso-Vorstände 2020: <i>Seid tapfer und unverzagt, trotz alledem!</i> | 4 |
| Anträge | 19 |
| B – Bildung & Chancengleichheit | |
| B1 – Kleine Studienfächer erhalten – Landesformel reformieren! | 20 |
| B2 – Rassismus raus aus den Köpfen und den Schulen! | 21 |
| B3 – Sex education | 24 |
| B4 – Erste Lehren aus Corona: Die digitale Transformation an Bildungsstätten ist überfällig! | 25 |
| E – Europa & Internationales | |
| E1 – (Feministische Außenpolitik – eine humanitäre Außenpolitik | 26 |
| E2 – Europaweite Bildung – Aufbau einer Europäischen Zentrale für Politische Bildung | 27 |
| E3 – Solidarität ist eine Waffe – we stand with Rojava | 29 |
| E4 – Unter Blick auf die Welt: ein Aufschlag für eine jungsozialistische Friedens- und Entspannungspolitik | 32 |
| F – Feminismus & Gleichstellung | |
| F1 – #Unhatewomen | 36 |
| F2 – Menstruationsprodukte für alle zugänglich machen! | 37 |
| F3 – Claim the game – Sexismus in Spielen bekämpfen | 38 |
| F4 – Data2x auch in Europa | 42 |
| F5 – Herstory – den Gender Daten Gap endlich schließen | 43 |
| F6 – Single Women – eine feministische Betrachtung von Beziehungskonzepten und Kinderlosigkeit | 44 |
| G – Gesundheit | |
| G1 – Gendermedizin als Standard – der Mensch ist nicht männlich! | 47 |
| G2 – An Apple a day keeps the doctor away! | 48 |
| G3 – Hebammenversorgung sichern | 50 |
| G4 – „Homöopathe, beweis doch erstmal, dass du wirkst!“ | 53 |
| G5 – Infektprävention | 55 |
| I – Inneres & Justiz | |
| I1 – Beziehungstat? Femizide! | 57 |
| I2 – Hufeisen im Reitstall lassen | 59 |
| I3 – Gesetzesänderung der Abgabenordnung | 62 |
| K – Kommunales, Verkehr & Infrastruktur | |
| K1 – Autofreie Zonen vor Grundschulen: Verkehrschaos eindämmen | 63 |
| K2 – Jugendnetzkarte für den VSN | 65 |
| K3 – Ausflug zum Kehr mit Bus statt Auto | 66 |
| K4 – Dem Morgenrot entgegen – unser Fahrplan für die Kommunalwahl 2021 | 68 |
| K5 – Bau einer neuen Veranstaltungshalle | 71 |
| O - Organisationspolitik | |
| O1 – Papier sparen – Vorwärts nur auf Anfrage gedruckt versenden | 71 |
| O2 – Er reicht! Bunte-Socken-Pflicht für alle endlich durchsetzen! | 72 |
| O3 – Gemeinsam kämpfen, fair streiten – für eine gute Debattenkultur innerhalb der SPD | 74 |
| O4 – Die SPD? Eine antifaschistische Partei! | 75 |
| O5 – Erweiterung und Ausnahme zur Alkoholregelung des Juso-Unterbezirks und Juso-Stadtverbands Göttingen | 77 |

| | |
|---|-----|
| R – Kampf gegen Rechts | |
| R1 – Wir wollen keine Floskeln! Wir wollen einen Kampf dem Antisemitismus! | 78 |
| R2 – Mehr Professuren für Antisemitismusforschung | 80 |
| R3 – Keinen Fußbreit rechten Nazihipstern: Die „Identitären“ konsequent bekämpfen | 82 |
| R4 – Kein Vergeben, kein Vergessen – kein Schlusstich bei den Taten des NSU | 85 |
| R5 – Name it: Es ist Rassismus! | 87 |
| R6 – Rechte Netzwerke bei Bundeswehr und Polizei zerschlagen | 88 |
| R7 – Völkische Landnahme endlich beenden | 91 |
| S – Soziales & Wohnungsbau | |
| S1 – Obdachlosigkeit bekämpfen, nicht Obdachlose! | 93 |
| S2 – Ausgespielt – Spielsucht keine Chance geben | 95 |
| S3 – Wohnungsbau voranbringen | 98 |
| U – Umwelt, Energie & Nachhaltigkeit | |
| U1 – Für eine sozial gerechte Flugsteuer, die effektiv zum Umweltschutz beiträgt | 99 |
| U2 – Energiewende in öffentliche Hand | 101 |
| U3 – Das kommt uns nicht in die Tüte | 103 |
| U4 – Wasser ist ein Menschenrecht! | 107 |



**Arbeitsprogramm der Göttinger Juso-Vorstände 2020:
*Seid tapfer und unverzagt, trotz alledem!***

Antragsteller*in: Juso-Unterbezirksvorstand & Juso-
Stadtverbandsvorstand

Die Juso-Unterbezirkskonferenz möge beschließen:

1 **1. Einleitung**

2 Das vorliegende Arbeitsprogramm dient allen Jusos im Unterbezirk und im Stadtverband Göttingen
3 als Grundlage für die politische Arbeit in der kommenden Amtsperiode. Es drückt unser
4 Politikverständnis als Jungsozialist*innen aus. Dabei soll dieses Arbeitsprogramm dem neuen
5 Unterbezirks- und Stadtverbandsvorstand als Arbeitsgrundlage und Arbeitsauftrag für die
6 Amtsperiode dienen, das Aufgabenspektrum klar definieren und so eine kontinuierliche und
7 erfolgreiche Arbeit gewährleisten.

8 Seit dem Gang in die Große Koalition steckt die SPD in einem Umfragetief fest. Mit der aktuellen
9 Doppelspitze aus Norbert und Saskia hat zwar das „linke“ Team gewonnen, trotzdem sind nicht alle
10 Probleme gelöst und eine kritische Begleitung ist weiterhin notwendig. Wir als Jusos wollen unserer
11 Mutterpartei dabei helfen, neue Visionen und Antworten auf drängende Fragen zu finden und dabei
12 das linke Profil der Partei stärken. Gleichzeitig möchten wir unsere Positionen auch 2021 in die
13 Parlamente bringen.

14 Die Amtszeit wird daher vor allem von inhaltlicher Arbeit geprägt sein, sowohl auf Juso Ebene, als
15 auch auf SPD Ebene. Aber auch die Vorbereitung der Kommunal- und Bundestagswahl im nächsten
16 Jahr wird ein Arbeitsschwerpunkt sein. Wir wollen für linke Mehrheiten kämpfen und unsere
17 Mutterpartei auf dem Weg dahin unterstützen.

18 Auch dürfen und können wir die aktuelle Situation nicht außen vor lassen. Während der Corona
19 Pandemie haben wir auf ein Neues gesehen, wie wichtig Solidarität ist - internationale Solidarität.
20 Insbesondere in solchen Krisensituationen dürfen wir niemanden zurücklassen. In Anbetracht der
21 Widrigkeiten, vom die Welt lahmlegenden Virus bis hin zu immer weiter wachsenden
22 rechtsradikalen Strukturen, wird unser Leitbild und Motto für das Vorstandsjahr frei nach Rosa
23 Luxemburg lauten „**Seid tapfer und unverzagt, trotz alledem.**“ Wir als Jusos wollen die Welt zu
24 einer besseren machen. Mit unserem Arbeitsprogramm wollen wir diesen Wunsch mit Inhalten
25 füllen, denen Taten folgen werden.

1 **2. Wer wir sind**

2 Wir Jungsozialist*innen sind ein eigenständiger Richtungsverband innerhalb der SPD. Auf Basis
3 unserer Grundwerte entwickeln wir eigene politische Ideen, die wir sowohl in unsere Mutterpartei
4 einbringen, als auch außerhalb – also in der Öffentlichkeit – vertreten und bewerben. Unsere
5 Ergebnisse und Beschlüsse sind das Resultat einer solidarischen Zusammenarbeit. Durch
6 verschiedene gemeinsame Veranstaltungsformate, wie den Arbeitskreisen, entwickeln wir
7 gemeinsame Inhalte und Ideen. Politische Arbeit ist so mehr als simple Vorstandsarbeit und bindet
8 alle Jusos und Interessierten in und um Göttingen mit ein.

9 **2.1. Eigenständiger linker Richtungsverband in der SPD**

10 Wir Jusos sind ein sozialistischer, feministischer und internationalistischer Verband, der in kritischer
11 Solidarität zur SPD steht.

12 Sozialistisch bedeutet für uns, die aus dem Kapitalismus resultierenden herrschaftsgeprägten
13 Strukturen zu überwinden. Dies ist die Voraussetzung dafür, dass Menschen frei von
14 Unterdrückung, Ausbeutung und Ungleichheiten solidarisch miteinander leben können. Dies zu
15 realisieren sehen wir als immerwährende Aufgabe. Die Menschen müssen weltweit über die
16 Missstände des Kapitalismus aufgeklärt werden und vom Demokratischen Sozialismus als
17 Alternative überzeugt werden. Deswegen reicht es nicht, sich mit dem Kapitalismus zu arrangieren.
18 Unser Ziel muss es sein, ihn zu überwinden und eine neue freiere und solidarischere Gesellschaft zu
19 schaffen.

20 Feministisch bedeutet, dass wir für eine Gesellschaft kämpfen, in der alle Menschen selbstbestimmt,
21 gleich, frei und solidarisch miteinander leben. Gleichstellung ist in einem kapitalistischen System
22 nicht möglich, denn Kapitalismus und Patriarchat basieren auf Unterdrückung und Ungleichheiten.
23 In unserer Gesellschaft bestehen nach wie vor patriarchale Strukturen, diese sichern den Männern*
24 Macht und Eigentum. Diese Strukturen äußern sich auf unterschiedliche Weisen: Frauen* erhalten
25 weniger Lohn bzw. Gehalt als Männer* (Gender Pay Gap), haben weniger Teilhabe an der Macht,
26 werden häufiger Opfer sexueller Gewalt, die Medien unterstützen das Bild der Frau* als Sexobjekt,
27 schon in der frühen Erziehung werden Kinder in ihre Geschlechterrollen gepresst. Diese
28 strukturellen Bedingungen werden häufig als einzelne Probleme gesehen und zu bekämpfen
29 versucht. Doch sie alle dienen nur einem Zweck, nämlich der Ausübung und Sicherung von Macht
30 und Unterdrückung. Diese Strukturen gilt es zu bekämpfen und aufzubrechen. Feminismus heißt
31 für uns: Kämpfen gegen Sexismus. Kämpfen gegen Stereotype. Kämpfen gegen Diskriminierung,
32 Kämpfen gegen Gewalt an Frauen*. Kämpfen gegen das Patriarchat! Für uns hängen Sozialismus

1 und Feminismus unabdingbar zusammen. Wie August Bebel bereits in „Die Frau und der
2 Sozialismus“ erkannte: „Ein Sozialist ist ein Feminist oder er ist kein Sozialist“.

3 Internationalistisch bedeutet, jenseits bestehender nationaler Ländergrenzen zu denken. Eine freie,
4 gerechte und solidarische Gesellschaft unterscheidet nicht nach Nationalität, Hautfarbe, Religion
5 oder Ethnie. Die Möglichkeit, ein selbstbestimmtes Leben ohne Not, Verfolgung und
6 Unterdrückung führen zu können, darf nicht das Privileg eines bestimmten Geburtsortes sein. Wir
7 stellen uns klar gegen eine Abschottungspolitik in Europa, die Menschen auf der Suche nach
8 Frieden und Sicherheit abweist. Auch innerhalb der SPD sind nationalstaatliche Denkmuster leider
9 immer noch zu stark verbreitet. Unsere innerparteiliche Aufgabe als Jusos ist es, auf eine
10 Überwindung solcher Sichtweisen hinzuwirken. Wir Jusos lehnen die „Nation“ als Konstrukt ab, das
11 Menschen aufgrund ihrer Abstammung oder ihres Geburtsortes einteilt, da dies unserer
12 Überzeugung widerspricht.

13 **2.2. Unser Weg - Die Doppelstrategie**

14 Wir glauben nicht an die Allmacht der Parlamente. Die Realität hat uns in der Vergangenheit
15 deutlich gezeigt, dass vor allem Kritik und Aufklärung auf der Straße die wirksamsten Mittel sind,
16 um eingefahrene Strukturen zu durchbrechen und für mehr soziale Gerechtigkeit in der Gesellschaft
17 zu sorgen. Dabei ist es entscheidend, sich mit anderen progressiv denkenden Organisationen
18 zusammen auf eine Seite zu stellen, um als Bündnispartner*innen für ein gemeinsames, linkes
19 Projekt einzustehen. Daher werden wir uns weiterhin mit diversen Bündnispartner*innen vernetzen.
20 Es ist unsere Aufgabe, für ein progressives Bewusstsein in der gesamten Gesellschaft zu sorgen.

21 Konkret bedeutet dies, dass wir die SPD von innen heraus verändern müssen, um
22 Mandatsträger*innen der SPD in allen parlamentarischen Institutionen zur politischen Umsetzung
23 unserer sozialdemokratischen Grundwerte zu bringen. Wir werden auch in Zukunft dem Prinzip
24 dieser Doppelstrategie folgen: Das heißt, dass wir einerseits weiterhin versuchen werden, vor allem
25 mit anderen linken Jugendorganisationen in Dialog zu treten, um eine Bündelung der progressiven
26 Kräfte in Göttingen zu realisieren. Andererseits müssen wir verstärkt den innerparteilichen
27 Diskussionsprozess mitgestalten, um das Meinungsbild unserer Mutterpartei in unserem Sinne zu
28 prägen.

29

30 **3 Unsere Ziele**

31 **3.1 Innerverbandliche Zielsetzung**

1 (Neu)Mitglieder

2 Viele aktive Mitglieder – das ist die Grundlage für unsere gute inhaltliche Arbeit. Dafür wollen wir
3 neue Mitglieder werben und sie langfristig einbinden, aber auch aktiv auf „Altmitglieder“ zugehen.
4 In Neumitgliederveranstaltungen stellen wir Interessierten und Neumitgliedern unsere Arbeit in
5 unterschiedlichen Formaten bei nachmittäglichem Kuchen bis hin zum abendlichen Buffett vor.
6 Abseits der Arbeitskreise ist es möglich, mehr übereinander zu erfahren und Kontakte zu knüpfen.
7 Damit wir unsere Mitglieder noch besser kennenlernen und einbeziehen, werden wir wieder eine
8 Juso-Umfrage starten. Alle Mitglieder können sagen, welche Themen ihnen wichtig sind und
9 Vorschläge für die weitere Arbeit machen.

10 Frauen*

11 Wir wollen die im vergangenen Jahr begonnene und erfolgreiche Arbeit zur Einbindung von
12 Frauen* fortsetzen und langfristig mehr Frauen* für unsere Arbeit begeistern. Unsere
13 Frauen*vernetzungstreffen wollen wir beibehalten und versuchen, unsere Veranstaltungen für alle
14 zugänglicher zu machen. Wir verstehen uns als feministischer Richtungsverband und werden daher
15 praktische Awarenessarbeit weiterhin in unser Handeln einbinden.

16 Vielfalt bei den Jusos

17 Als Jungsozialist*innen stehen wir für eine vielfältige und anerkennende Gesellschaft. Mit diesem
18 Anspruch wollen wir auch selbst arbeiten und damit für möglichst viele und verschiedene junge
19 Menschen ein Ort der politischen Mitgestaltung sein. Deshalb setzen wir uns besonders auch dafür
20 ein, unsere Veranstaltungen attraktiv und erreichbar für alle zu machen – barrierefrei und inhaltlich
21 niederschwellig. Wir ermöglichen Diskussionen auf Augenhöhe und wollen eine
22 Partizipationsmöglichkeit für alle jungen Menschen bieten, unabhängig davon, ob und wie diese
23 arbeiten oder lernen. In diesem Kontext wollen wir uns als Jusos auch im Bereich Intersektionalität
24 sensibilisieren. Wir nehmen verschränkte Diskriminierungserfahrungen, die wiederum eine eigene
25 Diskriminierung darstellen, ernst und wollen ihnen entgegentreten - genauso wie einzelnen
26 Diskriminierungsformen. Wir wollen uns im Bereich Intersektionalität weiterbilden und
27 Antidiskriminierung in unserer Arbeit zum Ausdruck bringen.

1 In die Fläche gehen

2 Der Unterbezirk Göttingen ist ein großer Unterbezirk und eine starke sozialdemokratische
3 Gliederung. Das soll im ganzen Unterbezirk spürbar sein. Wir wollen uns durch einen engen
4 Austausch mit Jusos überall im Unterbezirk thematisch den Fragen beschäftigen, die dort wichtig
5 sind. Gleichzeitig brauchen junge Menschen gerade auch im ländlichen Raum starke Juso-
6 Strukturen vor Ort, auch dort wo es jetzt noch keine aktiven Juso-Gruppen gibt, um politisch aktiv
7 sein zu können und ihre Kommune jungsozialistisch mitgestalten zu können.

8 Vernetzung andere Ebenen

9 Wie auch in den Vorjahren werden wir die Vorteile unserer Strukturen wahrnehmen und uns mit
10 anderen Juso- und Parteigliederungen vernetzen, um so Synergieeffekte zu erzeugen. Neben der
11 intensiven Zusammenarbeit mit der lokalen Juso-Hochschulgruppe werden wir mit dem aktiven
12 Juso-Bezirk Hannover sowie dem Landesverband Niedersachsen gemeinsame inhaltliche und
13 strukturelle Arbeit leisten, um unsere Positionen aus Göttingen in die weiteren Ebenen zu tragen.
14 Dafür werden wir auf den Konferenzen und Verbandswochenenden präsent sein und gemeinsam
15 für unsere Vorstellung von Politik eintreten.

16 Bündnisarbeit

17 Unsere Bündnisarbeit wollen wir weiter ausbauen. Dazu soll eine themenbezogene
18 Zusammenarbeit mit Jugendverbänden, Vereinen und anderen lokalen Initiativen wie Jugend Rettet
19 oder der Seebrücke angestrebt bzw. fortgesetzt werden. Dort, wo es möglich ist, soll eine
20 Zusammenarbeit mit den Jugendorganisationen anderer Parteien stattfinden. In den
21 Stadtjugendring als diesbezügliche Austauschplattform werden wir uns weiterhin einbringen.

22 Die Gewerkschaftsjungen sehen wir im Kampf für den Sozialismus als natürliche
23 Bündnispartner*innen an und wollen daher den Kontakt ausbauen. Das im vergangenen Jahr
24 wiederaufgelebte Jugendbündnis wollen wir weiter unterstützen. Des Weiteren wollen wir Kontakt
25 zu den Falken intensivieren und gemeinsam die Erneuerung der SPD voranzubringen. Von
26 besonderer Bedeutung ist und bleibt unsere antifaschistische Bündnisarbeit, welche unter anderem
27 im Bündnis gegen Rechts erfolgt. Die Entwicklung des Bündnisses hin zu einer noch aktiveren
28 antifaschistischen Arbeit und zur Aufklärung über die in Göttingen und Umgebung aktiven Rechten
29 wollen wir dabei unterstützen.

1 **3.1.1. Vorstandsarbeit**

2 Die öffentlichen Vorstandssitzungen des Juso-Unterbezirks und des Juso-Stadtverbands werden
3 mindestens zweimal im Monat stattfinden. Die Vorstände arbeiten transparent und bieten auch die
4 Möglichkeit, Nichtvorstandsmitglieder aktiv einzubinden. Es soll zudem eine klare Aufgabenteilung
5 innerhalb der Vorstände geben, die zum Teil auch auf der Homepage veröffentlicht werden wird,
6 solange es von Interesse ist, wie beispielsweise bei Kontaktpersonen und Verantwortlichkeiten.

7 Die Koordinator*innen der Arbeitskreise sind aufgefordert, dem Juso-Unterbezirksvorstand und
8 dem Juso-Stadtverbandsvorstand regelmäßig auf den Vorstandssitzungen zu berichten. Der Juso-
9 Unterbezirksvorstand und der Juso-Stadtverbandsvorstand unterstützt und berät die
10 Koordinator*innen der Arbeitskreise. Es soll angestrebt werden, dass auch Nichtvorstandsmitglieder
11 diese Aufgabe übernehmen können.

12 **3.1.2. Veranstaltungen & inhaltliche Projekte**

13 AK Feminismus

14 Auch im Jahr 2020/2021 soll der Arbeitskreis "Feminismus" fester Bestandteil unserer monatlichen
15 Treffen sein. Inhaltliche Schwerpunkte wollen wir dabei auf aktuelle Debatten, wie den Kampf für
16 Parität in Landtagen und im Bundestag, aber auch weiterhin auf den Kampf für sexuelle
17 Selbstbestimmung und gegen die Paragraphen 218 und 219a StGB, legen. Außerdem wollen wir uns
18 mit dem Gender Care Gap sowie dem internationalen feministischen Kampf auseinandersetzen.
19 Unsere Formate in Form von Diskussionen, Expert*innenvorträgen und Workshops wollen wir
20 beibehalten und uns themenbezogen mit starken Frauen* und Bündnisorganisationen vernetzen.

21 AK Jusos vor Ort

22 Die Wirkung von Politik verschiedener Ebenen auch vor Ort wahrnehmen zu lernen, um so die
23 Wechselseitigkeit von lokaler bis hin zu globaler Einflussnahme auf das Leben zu spüren, das
24 bedeutet für uns Kommunalpolitik. Daher wollen wir – insbesondere auch in Anbetracht der
25 anstehenden Kommunalwahl – einen Schwerpunkt auf das Thema Nachhaltigkeit legen.
26 Ressourcenschonung, Umweltschutz und nachhaltige Entwicklung findet nicht nur auf
27 Weltklimakonferenzen oder in Berlin statt. Vor allem in den Kommunen wird das Thema mit Leben
28 gefüllt. Wir werden daher in Stadt und Landkreis Akteur*innen, Institutionen und Thematiken
29 kennenlernen und uns der Frage widmen, wie es um Nachhaltigkeit im Raum Göttingen
30 stellvertretend für viele Kommunen steht - und dabei unsere AK-Struktur von auswärtigen
31 Veranstaltungen und "klassischen" Sitzungen beibehalten.

1 AK Arbeit, Wirtschaft und Soziales

2 Auch im Vorstandsjahr 2020/21 wollen wir den etablierten Arbeitskreis „Arbeit, Wirtschaft und
3 Soziales“ (AK AWS) fortsetzen. Inhaltliche Schwerpunkte sollen ein kritischer Umgang mit unserem
4 Gesundheitssystem, Konzepte und Diskussionen um die Frage nach einem solidarischen (und
5 nachhaltigen) Wirtschaftssystem und das Wohnraumproblem sein. Als Formate streben wir
6 besonders neben Vorträgen und Vernetzungstreffen die aktive und partizipative Diskussion an, aus
7 der sich im laufenden Vorstandsjahr Anträge für die folgenden Konferenzen und Parteitage ableiten
8 lassen, um so neben dem Bildungsaspekt des AK auch die politisch gestaltende Funktion in den
9 Vordergrund zu rücken. Kernfragen sozialdemokratischer Politik werden wir engagiert und konkret
10 diskutieren und daraus eigene politische Forderungen formulieren. Denn klar bleibt: Die
11 Überwindung des Kapitalismus ist Ziel unseres politischen Wirkens!

12 Leuchtturmveranstaltungen

13 Wir wollen verschiedene Veranstaltungsformate organisieren und zum Beispiel externe
14 Referent*innen dazu einladen, bei uns Vorträge zu halten und mit uns zu diskutieren. Dies soll
15 neben den AKs auch im Rahmen sogenannter „Leuchtturmveranstaltungen“ stattfinden. Eine solche
16 Veranstaltung soll der Platz in unserer Arbeit sein, an dem wir Themen ansprechen, die uns
17 besonders am Herzen liegen. Das macht es selbstverständlich, dass wir diese Veranstaltung
18 besonders bewerben und ihr auch sonst besondere Aufmerksamkeit widmen.

19 Roter Mittwoch

20 Der Rote Mittwoch soll weiterhin immer am letzten Mittwoch des Monats stattfinden. Er soll Ort für
21 einen lockeren Austausch sein und die Möglichkeit bieten, in einer geselligen Runde über aktuelle
22 Themen zu reden.

23 Freizeitaktionen

24 Neben unseren diversen inhaltlichen Formaten soll natürlich der Spaß nicht zu kurz kommen.
25 Spieleabende und gemeinsame Theaterbesuche stehen auch im kommenden Jahr fest in unserem
26 Plan. Auch Ausflüge sind geplant. Zusätzlich wollen wir weitere lockere und möglichst
27 niedrigschwellige Veranstaltungen anbieten, die außerhalb der etablierten Veranstaltungsreihen
28 und Arbeitskreisen stattfinden. Sozialistische Bastelabende oder Demotraining sind hier
29 beispielhafte Möglichkeiten.

30 Juso Forum

31 Eine besonders wichtige Veranstaltung ist für uns das Juso-Forum – eine Art Mitgliederversamm-
32 lung. Alle Jusos aus dem Unterbezirk Göttingen sind herzlich eingeladen, dabei zu sein und mit-

1 zureden. Der Vorstand wird beim Juso-Forum über seine Arbeit berichten und den Mitgliedern die
2 Gelegenheit geben, Anregungen und Kritik zu äußern. Es besteht aber auch die Möglichkeit, Gäste
3 einzuladen und über aktuelle politische Themen zu sprechen.

4 Frauen*vernetzungstreffen

5 An unseren regelmäßig stattfindenden Frauen*vernetzungstreffen wollen wir festhalten. Diesen
6 Schutzraum wollen wir zur Vernetzung mit starken Frauen*, Aktivistinnen*, frauen*rechtlich aktiven
7 Bündnisorganisationen aber vor allem auch untereinander nutzen. Wir wollen einander in
8 innerverbandlichen bzw. innerparteilichen Fragen helfen aber auch einen Raum für die Entwicklung
9 von Freundinnen*schaften schaffen. Dabei wollen wir unsere Formate offen gestalten und auch den
10 gemeinsamen Besuch von feministischen Filmen oder auch Demonstrationen einschließen.

11 Feminismus

12 Wir wollen im kommenden Jahr 2020/2021 weiterhin inhaltliche Schwerpunkte zum Thema
13 Feminismus setzen. Feminismus ist eine unserer zentralen Säulen als Jusos und erfordert besondere
14 Beachtung. Feministischer Kampf bedeutet für Kampf für intersektionalen Feminismus. Als
15 gesamtgesellschaftliches Thema soll Feminismus nicht nur nebenbei behandelt werden, sondern
16 stets mitgedacht werden. Das soll in unseren Organisationsformen und unserer Themenauswahl
17 deutlich werden. In Bezug auf die Kommunal- und Bundestagswahl 2021 wird auch das Thema
18 Feminismus relevant werden, ebenso bei der stets kritischen Begleitung der Politik unserer
19 Mutterpartei. Die Jusos Göttingen wollen sich weiterhin mit Kämpfer*innen für
20 Geschlechtergerechtigkeit und Feminismus vernetzen und austauschen. Außerdem wollen wir aktiv
21 Bildungsangebote über Feminismus wahrnehmen und mitgestalten. Schließlich wollen wir auch
22 aktuelle Diskussionen und Themen aufgreifen, wie das Verhältnis von Queerfeminismus zu
23 Frauen*förderung oder Netzfeminismus. Wir werden weiterhin auf Sexismen, Ungerechtigkeit und
24 Unterdrückung aufmerksam machen und auch unsere Arbeit unter einer intersektionalen
25 feministischen Perspektive reflektieren.

26 Antifa & Kampf gegen Rechts

27 In ganz Deutschland erhalten rassistische Ideen immer mehr Zuspruch in der Gesellschaft. Die
28 Grenze des Sagbaren verschiebt sich immer weiter nach Rechts. Daher gilt es auch ein Auge auf die
29 parlamentarische Rechte zu werfen. In Zeiten, in denen sich andere Bundestags- und
30 Landtagsfraktionen schwer tun, eine deutliche Trennung nach Rechts vorzunehmen, ist eine
31 standhafte Sozialdemokratie von fundamentaler Bedeutung. Im Hinblick auf die parlamentarische
32 Rechte kann es nur heißen: „Keine Zusammenarbeit mit Rassist*innen und Faschist*innen in den

1 Parlamenten!". Wir Jusos Göttingen wollen uns - auch in Zusammenarbeit mit unseren
2 Bündnispartner*innen - weiter für das Aufrechterhalten der Brandmauer gegen Rechts stark
3 machen, denn das sehen wir als Aufgabe jeder Demokrat*in und jedes Demokraten. Dafür werden
4 wir uns weiterhin im Göttinger „Bündnis gegen Rechts“, sowie weiteren linken Jugendbündnissen
5 einsetzen.

6 Denn auch in einer vermeintlich linken Stadt wie Göttingen, erhalten rechte Ideologien Zulauf. Die
7 „Identitäre Bewegung“ versucht durch Flyeraktionen in Göttingen Fuß zu fassen. Dies wollen wir mit
8 aller Kraft verhindern. Außerdem wollen wir den Einfluss von rechtem Gedankengut durch
9 Burschenschaften verringern. Wir werden weiterhin Informationsveranstaltungen zum Thema
10 Antifaschismus anbieten und an Demonstrationen teilnehmen. Denn für uns wird immer gelten:
11 Kein Fußbreit dem Faschismus!

12 Sozialpolitik

13 Die sozialen Sicherungssysteme sind die wichtigsten Mechanismen, in unserer kapitalistischen
14 Wirtschaftsordnung menschenwürdig leben zu können. Doch sie werden kontinuierlich von
15 neoliberaler und marktradikaler Politik bedroht und stehen so unter ständigem
16 Rechtfertigungsdruck. Gleichzeitig sind die sozialen Sicherungssysteme in Deutschland
17 unvollständig und passen nicht überall zu den Risiken unserer Zeit. Wir wollen uns deshalb kritisch
18 mit den Konzepten „Hartz IV“ und „Grundeinkommen“ beschäftigen und solidarische Konzepte und
19 Ideen für eine soziale Sicherheit für alle entwickeln.

20 Nachhaltigkeit und Umwelt

21 Nicht erst durch die Klimaaktivistin Greta Thunberg sollte uns klar sein, dass wir auf eine
22 Katastrophe zusteuern, die vor allem für uns junge Menschen schon spürbare Auswirkungen haben
23 wird. Die Art und Weise, wie das Klima durch von Menschen verursachte Schäden beansprucht wird,
24 sollte ein gesamtgesellschaftliches Thema sein. Deshalb haben wir uns als Jusos Göttingen dazu
25 entschlossen, einen inhaltlichen Schwerpunkt in diesem Jahr auf die Umwelt- und
26 Klimaschutzpolitik zu legen. Im Zuge der anstehenden Kommunalwahl möchten wir uns z.B. im AK
27 „Jusos vor Ort“ mit Mobilitätskonzepten für Göttingen beschäftigen und schauen wie die Stadt
28 nachhaltig und sozial gerecht gestaltet werden kann. Gespräche bei Besuchen von Einrichtungen,
29 Themenabende und der Informationsaustausch mit Bündnispartner*innen und Fachleuten soll uns
30 helfen rauszufinden, wo Probleme liegen, wer gute Ideen und Konzepte hat und wie wir diese
31 umsetzen können.

32 Technologischer Fortschritt & Digitalisierung

1 Nichts hat das letzte Jahrzehnt so beeinflusst wie der Technologische Fortschritt und die damit
2 verbundene Digitalisierung. Wir alle ziehen unsere Informationen aus dem Netz, kommunizieren
3 mit Freund*innen und Verwandten egal wo sie/wir sind, weltweit. Wir wollen diese Vorteile erhalten
4 und ausbauen und die daraus folgenden Nachteile eindämmen. Damit ist nicht nur die Aufklärung
5 für Suchtverhalten gemeint, sondern vor allem auch der Einsatz für Datenschutz, Digitale
6 Selbstbestimmung und der Bekämpfung von Hass im Netz.

7 Außenpolitik

8 Wir vertreten ein internationalistisches Grundverständnis, wonach wirtschaftlich und politisch
9 starken Ländern eine größere solidarische Verantwortung zukommt. Wir erwarten, dass sich diese
10 Länder für die Sicherstellung von Menschenrechten weltweit einsetzen und aktiv für die Förderung
11 von Frauenrechte kämpfen. Daneben erwarten wir auch wirtschaftliche Solidarität mit ökonomisch
12 schwächeren Ländern und eine faire Wirtschaftspolitik. Ein besonderes Anliegen ist uns dabei die
13 uneingeschränkte Solidarität und die Sicherheit Israels. Wir werden auch im kommenden Jahr einen
14 kritischen Blick auf die deutsche Außenpolitik werfen.

15 Antisemitismus bekämpfen

16 „Die größte Lebenslüge der Bundesrepublik.“ So beschreibt Samuel Salzborn die vermeintlich so
17 vorbildliche Aufarbeitung der Shoah im deutschen Gedenken. Dass der Antisemitismus nie weg war
18 und seit Jahren konstant in allen Gesellschaftsschichten tief verwurzelt ist, darauf weisen etliche
19 Studien schon lange hin. Nicht zuletzt durch die jüngsten Ereignisse, insbesondere das abscheuliche
20 Verbrechen in Halle, betonen wir einmal mehr: Gegen jeden Antisemitismus! Solidarität mit Israel!

21 Wir werden uns auch im neuen Vorstandsjahr konsequent gegen jede Form von Antisemitismus
22 stellen. Ganz besonders gegen den Antisemitismus von Rechts, wie er insbesondere durch die AfD
23 zu neuer Bedeutung gekommen ist. Aber wir verschweigen nicht, dass es Antisemitismus auch
24 woanders gibt. Vor allem verschweigen wir ihn auch dann nicht, wenn er aus den politischen
25 Richtungen und Bewegungen kommt, denen wir selbst nahestehen. Deshalb werden wir uns weiter
26 einsetzen gegen rechten, linken und islamistischen Antisemitismus, gegen christliche und
27 muslimische Jüd*innenfeindschaft, gegen Antiimps und BDS, gegen Antisemitismus im (Queer-
28)Feminismus und auch in der eigenen Partei!

29 Zum Kampf gegen Antisemitismus gehört dabei für uns immer auch der Kampf gegen
30 Antizionismus und volle Solidarität mit Israel. Der jüdische Staat muss gegen alle Feinde verteidigt
31 werden und darf in seiner Existenz niemals in Frage gestellt werden. Antisemitismus äußert sich
32 heute meist in Bezug auf Israel, wodurch er häufig verschleiert zu Tage tritt und nicht auf den ersten

1 Blick als solcher erkannt wird. Wir werden daher aufklären und klarstellen: Antizionismus ist
2 Antisemitismus!

3 Europa und EU

4 Nach den Wahlen zum Europäischen Parlament und dem definitiven Brexit scheint die europäische
5 Idee und ihre politische Verwirklichung zu stagnieren. Wir wollen – auch ohne aktuellen Wahlanlass
6 – gerade wegen der ungünstigen Lage der EU und vor dem Hintergrund ihres desolaten Verhaltens
7 in der Migrationssituation an der griechisch-türkischen Grenze einen kritischen und konstruktiven
8 Blick auf die EU werfen. Wir wollen unsere Idee für die Zukunft Europas entwerfen und damit die
9 Politik der EU begleiten.

10 Kritische Veranstaltung 30 Jahre Einheit

11 Im Jahr 2020 jährt sich die deutsche Einheit zum 30. Mal. Es wird Staatsakte, Bürger*innenfeste und
12 Gratulationen aus dem Ausland geben. Selten wie nie wird sich Deutschland in den Armen liegen
13 und sich stolz auf die Schulter klopfen.

14 Wir werden beim allgemeinen Jubel und Fahنشwenken hingegen nicht mitmachen, sondern
15 kritisch auf die Wiedervereinigung schauen. Klar, die Einheit schenkte den DDR-Bürger*innen die
16 Freiheit und sicherte ihnen Menschenrechte, die sie vorher nicht hatten. Dennoch muss heute die
17 Frage erlaubt sein, ob die Wiedervereinigung so, wie sie damals passiert ist, wirklich richtig war.
18 Schon damals warnten linke Aktivist*innen und Intellektuelle vor einem Wiederaufstieg eines
19 gestärkten Deutschlands und seiner Vorreiterrolle in Europa, weshalb beispielsweise auch
20 Frankreich anfangs sehr skeptisch war bezüglich der Wiedervereinigung. Und auch sonst war nicht
21 alles so rosig wie gerne dargestellt: der DDR wurde von heute auf morgen der Kapitalismus
22 aufgezwungen, wodurch auch die letzten Reste der DDR-Wirtschaft den Bach hinuntergingen. 30
23 Jahre später ist der Lebensstandard in Ostdeutschland noch immer geringer und der nie wirklich
24 aufgearbeitete Nationalismus in der DDR führt die AfD in ekelhafte Höhen. Und schließlich erstarkt
25 auch in ganz Deutschland der Nationalismus, seit die Nation wieder in einem Staat vereinigt ist.
26 Angesichts dessen werden wir die deutsche Einheit zum Jubiläum kritisch beleuchten und fragen,
27 wie der Weg aussehen kann zu einem Europa ohne Nationalstaaten. Denn: Nationalismus ist keine
28 Alternative.

29 Bundestagswahl

30 In der letzten Bundestagswahl hat die Sozialdemokratie eine historische Niederlage einstecken
31 müssen, woran es nichts schönzureden gibt. Auch wenn die nächste Bundestagswahl erst 2021
32 ansteht, wollen wir bereits dieses Jahr anfangen, uns darauf vorzubereiten. Damit die SPD auch in

1 Zukunft eine ernstzunehmende und relevante politische Kraft bleibt, setzen wir uns für linke
2 Mehrheiten und einen grundlegenden Politikwechsel ein. Wir sind der Überzeugung, die
3 Sozialdemokratie ist und bleibt essenzieller Bestandteil dieser Gesellschaft und es gilt, sich dafür
4 einzusetzen!

5 Kommunalwahl

6 Neben der Bundestagswahl finden 2021 auch Kommunalwahlen in Göttingen statt. Es werden der
7 Stadtrat, der Kreistag sowie ein*e Oberbürgermeister*in gewählt. Unser Ziel ist es, wieder eine*n
8 SPD-Oberbürgermeister*in zu stellen, sowie die stärkste Kraft in beiden Parlamenten zu bleiben.
9 Die Vorbereitungen für den Wahlkampf werden wir in diesem Vorstandsjahr beginnen.

10 Unser Ziel ist es, die oft überalterten Kommunalparlamente jünger und weiblicher zu gestalten.
11 Daher werden wir uns im Stadtverband besonders dafür einsetzen, junge Frauen* zu unterstützen.
12 Wir möchten auch eine*n eigene*n Juso-Kandidat*in auf einen aussichtsreichenden Listenplatz
13 bringen und werden uns dafür mit den Göttinger Ortsvereinen absprechen.

14 Fast ein Viertel der Göttinger Einwohner*innen sind Studierende. Um deren Interessen zu vertreten,
15 werden wir bei der Erarbeitung des Kommunalwahlprogramms mitarbeiten. Uns ist es wichtig,
16 Themen, wie Klimaschutz, Antifaschismus, Gleichstellung und gute Sozialpolitik einzubringen. Dabei
17 werden wir die Wünsche und Bedürfnisse von Auszubildenden und Schüler*innen ebenso
18 berücksichtigen.

19 Zusätzlich werden wir in der Wahlkampfkommission sitzen, um den Wahlkampf aktiv
20 mitzugestalten und Themen zu setzen, die jungen Menschen wichtig sind. Außerdem werden wir
21 an der Gestaltung von Materialien, sowie an der Ausarbeitung von Wahlkampfaktionen mitarbeiten.

1 **3.2. Innerparteiliche Zielsetzung**

2 SPD Erneuern

3 Für uns ist die Erneuerung der SPD noch lange nicht abgeschlossen. Dieser Prozess muss
4 fortlaufend vonstattengehen und ständig evaluiert und bewertet werden. Zentral für uns ist dabei
5 die inhaltliche Erneuerung. Die SPD muss wieder Visionen für die Gesellschaft haben und Antworten
6 auf die drängenden Fragen unserer Zeit bereitstellen. Deshalb ist ein inhaltlicher Austausch, auch
7 auf der SPD-Unterbezirksebene, essenziell. Wir werden vorantreiben, dass es diesen Diskurs gibt.
8 Wir wollen miteinander diskutieren und so auch neue, progressive Inhalte in den Fokus rücken.
9 Aber auch personell muss sich die SPD erneuern. Das ist an vielen Stellen nicht geschehen. Wir
10 wollen, dass die Partei jünger und weiblicher wird, auch im SPD-Unterbezirk. Deshalb werden wir
11 dafür eintreten, dass Vorstände aus mehr jungen Leuten und mehr Frauen* bestehen. Auch im
12 Hinblick auf die Wahlen im Jahr 2021 werden wir dafür eintreten, dass sich dieses Motto auf den
13 Listen der Partei wiederfindet. Wir setzen uns vor allem bei der Kommunalwahl für ein Mentoring
14 Programm ein, damit auch junge Kandidierende eine Chance haben und gut vorbereitet werden
15 auf künftige Aufgaben.

16 Juso Positionen in höhere Ebenen tragen

17 Wir wollen die Positionen und Anliegen der Jusos Göttingen in höhere Ebenen tragen. Dazu
18 gehören für uns die Konferenz des Juso-Bezirks Hannover und die Landeskonferenz der Jusos
19 Niedersachsen, zu denen wir Delegierte entsenden, Anträge einreichen und in die Debatte gehen
20 werden. Wir bringen uns aber auch in die Arbeit der SPD auf kommunaler Ebene in Göttingen ein.
21 Juso-Vertreter*innen sollen weiterhin die Arbeit des Stadtverbands und der Stadtrats- und
22 Kreistagsfraktion begleiten. Dieser enge Kontakt hat sich im Vorjahr bewährt und soll
23 dementsprechend weitergeführt werden. Dort reichen wir ebenfalls Anträge ein und sprechen
24 jugendpolitische Themen an. Im nächsten Vorstandsjahr wollen wir uns u.a. für die Umsetzung des
25 Beschlusses, der Göttingen zum sicheren Hafen macht, einsetzen. Auch bei SPD-Parteitag wollen
26 wir mit unseren Positionen vertreten sein. Wir werden viele unserer Anträge unserer eigenen
27 Unterbezirkskonferenz weiterleiten, damit unsere Ideen in anderen Gremien gehört und hoffentlich
28 auch praktisch umgesetzt werden.

29 Austausch mit Funktionär*innen

30 Um immer auf dem neusten Stand zu sein und sich über aktuelle Politik auszutauschen, soll es auch
31 weiterhin regelmäßige Austauschtreffen mit den verschiedenen SPD-Funktionär*innen geben.
32 Diese sollen vorstandsintern stattfinden, damit auch vertrauliche Aspekte in einem kleineren Kreis

1 angesprochen werden können. Die Ergebnisse der Treffen sollen dann auf Juso Foren berichtet
2 werden.

3 Juso-Hochschulgruppe

4 Die enge Zusammenarbeit mit der ortsansässigen Juso-Hochschulgruppe wollen wir fortsetzen. Es
5 ist ein großer Vorteil, eine so aktive Vertretung an der Universität zu haben. Vor allem im Bereich
6 der Hochschul- und Studienfinanzierung denken wir über ein passendes Veranstaltungsformat in
7 Kooperation nach. Die Zusammenarbeit mit der Landeskoordination der Hochschulgruppen wird
8 uns dadurch erleichtert, dass beide Koordinator*innen aus der Juso-HSG Göttingen kommen und
9 soll ebenfalls bei thematischen Überschneidungen wahrgenommen werden. Die Synergieeffekte
10 zwischen Hochschulgruppe und Juso-Unterbezirk möchten wir gerne nutzen, um zusammen die
11 gemeinsamen Ziele vor Ort und überregional umzusetzen.

12 Stärkere Bedeutung in der SPD

13 Die Vorstände in den Ortsvereinen, des Stadtverbandes und des Unterbezirkes stellen die Weichen
14 für kommende Wahlen und den bis dahin notwendigen Diskurs in der Bevölkerung. Der Diskurs
15 muss ein gesamtparteilicher sein, was gleichzeitig bedeutet, dass auch Meinungen von Jusos gehört
16 werden müssen. Wir setzen uns konstruktiv mit den Vorschlägen der Partei auseinander und
17 möchten diese auch in den nächsten Jahren mit unserem Wissen unterstützen.

18 Insbesondere im Vorfeld der wichtigen Wahlen 2021 muss der Partei klar sein: Der Nachwuchs
19 kommt nicht von allein. Deshalb haben wir die letzten Jahre den Austausch mit den Ortsvereinen
20 gesucht und konnten hierbei bereits für Entlastung sorgen. Diesen Prozess möchten wir fortführen
21 und ausbauen.

22 Vernetzung mit den Ortsvereinen

23 Die Doppelstrategie sieht auch ein Engagement innerhalb der Partei vor und die Wiege der
24 politischen Arbeit ist hauptsächlich die Ebene des Ortsvereins. Die vergangenen Wahlkämpfe und
25 eigene Erfahrungen haben uns gezeigt, dass die Vernetzung mit den Ortsvereinen ein essenzieller
26 Faktor für den politischen Erfolg darstellt. Durch regelmäßigen Austausch zwischen Ortsvereinen
27 und Jusos sollen Erwartungen und Erfahrungen ausgetauscht werden. Es sollen mögliche
28 Kooperationen besprochen werden. Für uns steht fest: Starke Ortsvereine sind ein wichtiger
29 Erfolgsfaktor. Daher werden wir auch weiterhin junge Menschen ermutigen, sich in die Ortsvereine
30 einzubringen.

1 **3.3. Öffentlichkeitsarbeit**

2 Pressearbeit

3 Als Jusos ist auch eine unserer Aufgaben, öffentlichkeitswirksam unsere Positionen und Ansichten
4 zu vertreten und Kontakt mit der Presse und anderen journalistischen Medien zu halten. Dabei
5 denken wir nicht nur an klassische Printmedien wie das Göttinger Tageblatt und die Hessisch-
6 Niedersächsische Allgemeine (HNA), sondern auch an die Sozialen Medien wie Facebook und
7 Instagram. Um diese Aufgaben besser zu meistern und ein tieferes Verständnis für Pressearbeit zu
8 bekommen, wollen wir uns in Workshops und Seminaren weiterbilden und somit unsere
9 Kompetenzen erweitern. Denn ein gesundes Verhältnis und ein bewusstes Nutzen der Medien und
10 der Presse sorgt für ein besseres Verständnis von Politik und unserer Arbeit für die Bevölkerung.
11 Auch unsere eigene Homepage wollen wir pflegen und weiterentwickeln.

12 Außerhalb des Wahlkampfes

13 Wahlkampf ist immer! Die Präsenz der Politik sollte niemals nur auf bestimmte Ereignisse und das
14 Ringen um die Stimmen der Wähler*innen beschränkt sein. Deshalb wollen wir Jusos unsere Präsenz
15 auf der politischen Bühne durchgehend und aktiv gestalten. Dabei ist es uns besonders wichtig,
16 klare Positionen zu aktuellen Themen und Entscheidungen einzunehmen und diese auch nach
17 außen zu tragen. Auch der Dialog mit den Bürger*innen im Unterbezirk liegt uns am Herzen, da wir
18 nur durch einen Dialog die Sorgen, Ängste und Wünsche der Bevölkerung wahrnehmen und diese
19 in neue Ideen verwandeln und umsetzen können.

WEITERE ANTRÄGE

B – **B**ildung & Chancengleichheit

E – **E**uropa & Internationales

F – **F**eminismus & Gleichstellung

G – **G**esundheit

I – **I**nneres & Justiz

K – **K**ommunales, Verkehr & Infrastruktur

O – **O**rganisationspolitik

R – Kampf gegen **R**echts

S – **S**oziales & Wohnungsbau

U – **U**mwelt, Energie & Nachhaltigkeit

B1

Antrag: **Kleine Studienfächer erhalten – Landesformel reformieren!**

Antragsteller*in: Juso-Unterbezirksvorstand, Juso-Stadtverbandsvorstand, Juso-Hochschulgruppe Göttingen

Weiterleitung: Juso-Landeskonferenz, SPD-Landesparteitag, SPD-Unterbezirksparteitag, SPD-Stadtverband Göttingen

Die Juso-Unterbezirkskonferenz möge beschließen:

1 Die Hochschullandschaft in Niedersachsen ist vielfältig und divers und das ist auch gut so! Doch
2 wird in den letzten Jahren zunehmend an dieser Vielfalt gesägt. Kleine – d.h. entweder nicht gut
3 ausgelastete oder aber nicht häufig durch eine Professur vertretene – Fächer oder Studiengänge
4 befinden sich auf den Abstellgleisen ihrer Hochschulen. Die Debatte um die Kunstgeschichte an der
5 Universität Osnabrück oder die nun beschlossene Schließung der Indologie und der Finnougristik
6 an der Philosophischen Fakultät der Universität Göttingen zeigen diesen Trend deutlich auf.

7 Die Probleme liegen aus ökonomischer Sicht auf der Hand: Nicht-ausgelastete Studienfächer
8 sorgen für rote Zahlen in den Fakultäts- oder Hochschulhaushalten. Doch darf allein das wirklich
9 unser Anspruch an eine freie und kritische Wissenschaft sein?

10 Die sogenannte Landesformel ist das Instrument, das gegenwärtig in Niedersachsen maßgeblich
11 für die Finanzierung von Studienplätzen verantwortlich ist. Neben der Grundfinanzierung der
12 Hochschulen und den Drittmitteln im Bereich Forschung ist die Landesformel im Sinne einer
13 Verteilung von leistungsorientierten Mitteln (LOM) eine Säule der Mittelakquise von Hochschulen.
14 Im Bereich Studium/Lehre gibt sie beispielsweise ein Auslastungsminimum für „große“ und „kleine“
15 Fächer von 80 bzw. 40% vor.

16 • Wir fordern an dieser Stelle, dass diese prozentualen Auslastungsregeln evaluiert und
17 gegebenenfalls nach unten korrigiert werden, um den allgemeinen Auslastungsdruck auf
18 Studiengänge zu reduzieren und Raum für Weiterentwicklungen und Innovation zu schaffen.
19 Nicht zuletzt ist das Hochschulwesen stark unterfinanziert. Wir fordern daher eine generelle
20 Aufstockung der Landesmittel, um eine freie und gute Hochschullandschaft in Niedersachsen
21 weiter zu gewährleisten.

22 Sind diese prozentualen Auslastungen der Studienplätze nicht erreicht, sind Strafzahlungen an das
23 Land fällig – unabhängig von eventuellen Gründen oder weiteren Kriterien. Wir finden diese
24 generalisierende Regelung falsch und ungerecht. Es kann nicht sein, dass ohne Einzelfallprüfung
25 von Studiengängen, die unter diese Grenze fallen, Strafzahlungen geleistet werden müssen.

1 • Wir fordern daher eine Einzelfallprüfung für alle Studiengänge, die die angestrebten
2 Auslastungszahlen nicht erreichen. In dieser Prüfung sollen explizit weitere Faktoren, neben
3 den ökonomischen und quantitativen Statistiken, herangezogen und berücksichtigt werden.

4 Auf einer Metaebene müssen wir uns als Wissenschaftsstandort Niedersachsen die Frage stellen,
5 wie wir uns Forschung und Lehre an unseren Hochschulen im Idealfall vorstellen. Die Landesformel
6 bzw. die leistungsorientierte Mittelvergabe ist dabei lediglich ein Element einer Strategie, die
7 drittmittelstarke oder/und vielstudierte Studiengänge als höchste Priorität auszeichnet. Natürlich
8 sind gut ausgelastete und funktionierende Fachbereiche an den einzelnen Standorten gut – sie
9 dürfen aber nicht das einzige Ziel einer solchen Strategie sein.

10 • Wir fordern daher den Einbezug von gesellschaftlicher Relevanz, geringer bundesweiter
11 Vertretung eines Faches, der Vernetzung in Forschungs- oder Lehrverbänden, einer
12 Chancenanalyse und weiteren Faktoren in die Überlegungen der Landeswissenschaftspolitik.

13 Wir wollen hiermit eine Debatte darüber anstoßen, was uns eine vielfältige, pluralistische, offene
14 und kritische Wissenschaftslandschaft wert ist. Kleine Fächer sind ein wesentlicher Baustein für eine
15 solche Wissenschaftskultur in Niedersachsen, die wir nicht weiter durch ökonomische Zwänge
16 kaputtsparen wollen. Wissenschaft ist mehr als nur Wirtschaft – Wissenschaft ist allgegenwärtig.

17 **Begründung:**

18 *erfolgt mündlich.*

B2

Antrag: **Rassismus raus aus den Köpfen und den Schulen!**

Antragsteller*in: Juso-Unterbezirksvorstand & Juso-Stadtverbandsvorstand

Weiterleitung: Juso-Landeskonferenz, SPD-Unterbezirksparteitag, SPD-Stadtverband Göttingen

Die Juso-Unterbezirkskonferenz möge beschließen:

1 Tagtäglich findet in Schulen strukturell-rassistische Diskriminierung statt. Schüler*innen mit
2 vermeintlich "ausländischem" Namen und sonst gleicher Leistung bekommen im Durchschnitt
3 schlechtere Noten in Diktaten als Schüler*innen mit vermeintlich „deutschem“ Namen, wie eine
4 aktuelle Studie der Universität Mannheim erneut zeigt.

5 Lehrer*innen trauen Kindern mit Migrationshintergrund auf Grund gehaltener negativer Stereotype
6 im Durchschnitt weniger Leistung zu. Dies kann dazu führen, dass betroffene Kinder diese negativen
7 Stereotype aufnehmen, verinnerlichen und ihre Leistung darunter leidet.

8 Lehrer*innen sind deswegen oft Teil des Problems oder wissen nicht, wie sie mit gruppenbezogener
9 Menschenfeindlichkeit bei Schüler*innen und im Kollegium umgehen sollen. Als
10 Repräsentant*innen des Staates haben Lehrer*innen die Verantwortung, die freiheitlich
11 demokratische Wertebasis unserer Gesellschaft im Klassenzimmer vorzuleben. Wie sensibel
12 Lehrer*innen für bestimmte Problematiken sind, hängt dabei stark von ihrer Sozialisation und ihrer
13 Ausbildung ab. Um diese Benachteiligungen durch negative Stereotype und Erwartungen zu
14 vermeiden, ist es zentral, dass Lehrer*innen ein Bewusstsein für ihre eigene gesellschaftliche
15 Sozialisierung entwickeln, ihre eigenen verinnerlichten Stereotype reflektieren und dies auch bei
16 Schüler*innen anstoßen. Lehrer*innen sollen fähig dazu sein, Situationen alltäglicher
17 Diskriminierung und rassistischer Anfeindungen mindestens zu erkennen, wenn nicht sogar
18 kontextsensibel mit Schüler*innen aufarbeiten zu können. Bis jetzt sind all diese Inhalte aber nicht
19 selbstverständlicher Teil des Lehramtsstudiums und damit einzelnen motivierten Lehrer*innen
20 überlassen.

21 Zudem ist es nicht nur die Aufgabe einzelner Lehrkräfte, Benachteiligung im Klassenzimmer
22 abzubauen. Zu einem wertschätzenden und konstruktiven Umgang mit Vielfalt, der allen
23 Schüler*innen gute Entwicklungschancen ermöglicht, müssen alle Akteur*innen im Bildungssystem
24 beitragen.

1 Genau da muss unsere Landesregierung ansetzen und daher fordern wir:

- 2 • präventive anti-rassistische Maßnahmen und Maßnahmen gegen Antisemitismus im
3 Bildungskontext, wie z.B. die Integrierung von Diversity-Basismodulen in Lehramts- und
4 Pädagogik-Studiengängen an jeder niedersächsischen Hochschule und Universität.
- 5 • die Institutionalisierung von Anti-Rassismuarbeit und Arbeit gegen Antisemitismus an allen
6 niedersächsischen Schulen, z.B. in Form eines*einer Beauftragten für Antidiskriminierung und
7 Diversity an jeder Schule. Diese sollen bei Diskriminierungserfahrungen unterstützen, Wissen
8 an andere Pädagog*innen in der Schule weitergeben und diversitysensible Bildung an der
9 jeweiligen Schule vorantreiben. Diese Beauftragten sollen, koordiniert durch die Anti-
10 Diskriminierungsstelle des Landes, regelmäßig an Fort- und Weiterbildungen teilnehmen und
11 in engem Austausch miteinander stehen.
- 12 • Anti-Rassismus-Schulungen und Schulungen zu Antisemitismus für bestehendes Lehrpersonal
13 und Schulsozialarbeiter*innen an allen Schulen, sowie grundsätzliche Fortbildungen und
14 Lehrgänge für Lehrkräfte, Sozialarbeiter*innen und Erzieher*innen in Anti-
15 Diskriminierungspädagogik.

16 **Begründung:**

17 *erfolgt mündlich.*

B3

Antrag: **Sex education**

Antragsteller*in: Juso-Unterbezirksvorstand & Juso-Stadtverbandsvorstand

Weiterleitung: Juso-Landeskonferenz, SPD-Landesparteitag

Die Juso-Unterbezirkskonferenz möge beschließen:

1 Verschämt im Biologieunterricht zu sitzen, um von der Lehrkraft "das mit den Bienchen und
2 Blümchen" erklärt zu bekommen. So sieht oftmals der Sexualkundeunterricht in deutschen Schulen
3 aus. Das muss sich dringend ändern.

4 Deshalb fordern wir:

- 5 • der Sexualkundeunterricht muss von geschulten Sexualpädagog*innen übernommen
6 werden.
- 7 • die Lehrinhalte müssen an die Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen orientiert werden
8 insbesondere sollen auch queere Aspekte aufgenommen werden. So soll es beispielsweise
9 genug Raum geben, um Fragen zu stellen.
- 10 • der Unterricht muss sich auch daran orientieren, dass es beim Sex nicht nur um Kinder
11 kriegen geht, sondern dass Lust ein großer Faktor ist. Mythen über weibliche Orgasmen
12 sollen so beispielsweise endlich aufgeklärt werden.
- 13 • Inhalt des Unterrichts muss auch sexualisierte Gewalt sein. Kinder und Jugendliche müssen
14 lernen, was konsensualer Sex ist und was nicht.
- 15 • Auch Verhütungsmittel sollen Thema sein, dabei soll der Fokus auch auf nicht
16 heterosexuellen Verhütungsmitteln liegen

17 **Begründung:**

18 Noch nie war der Zugang zu pornographischen Inhalten so leicht für Kinder und Jugendliche, wie
19 heute. Doch das führt keinesfalls zu einer besseren Aufklärung, sondern nur zu größerer
20 Verunsicherung. Um aufgeklärte Erwachsene zu bekommen, müssen wir Kinder und Jugendliche
21 zeitgemäß aufklären und nicht mit ihren Fragen allein lassen.

B4

Antrag: **Erste Lehren aus Corona: Die digitale Transformation an Bildungsstätten ist überfällig!**

Antragsteller*in: Juso-Unterbezirksvorstand & Juso-Stadtverbandsvorstand

Weiterleitung: Juso-Landeskonferenz, SPD-Landesparteitag, SPD-Unterbezirksparteitag, SPD-Stadtverband Göttingen

Die Juso-Unterbezirkskonferenz möge beschließen:

1 Seit Jahren sprechen sich Politiker*innen wie Pädagog*innen dafür aus, die Digitalisierung – bzw.
2 die digitale Transformation – auch in den Bildungseinrichtungen ankommen zu lassen. Eine
3 Isolierung bzw. Versperrung der (Hoch-)Schulen, und weiteren Bildungsstätten wirkt wie aus der
4 Zeit gefallen. Auch die Beschlusslage von SPD und Jusos spricht eine eindeutige Sprache: Wir wollen
5 die Bedingungen der digitalen und digitalisierten Welt auch im Bildungssektor etablieren.

6 Doch was ist bis dato passiert? Neben Absichtserklärungen gab es mit dem fünf Milliarden Euro
7 schweren Digitalpakt Schule und verschiedenen Projektmitteln für Hochschulen konkrete finanzielle
8 Zugeständnisse des Staates, um die Bildungseinrichtungen zukunftssicher aufzustellen. Leider
9 reicht Geld allein nicht – und die veranschlagten einmaligen Mittel erstreckt nicht. Bildungs- und
10 Medienwissenschaftler*innen sind sich seit langem einig, dass eine bloße Ausstattung der Schulen
11 mit digitaler Hard- und Software allein nicht ausreicht. Es braucht vielmehr eine ganzheitliche
12 Integration einer digitalen Perspektive auf alle Bildungssegmente.

13 Die Corona-Pandemie und die damit einhergehenden, weitgehenden Maßnahmen zur
14 Verlangsamung der Infektionszahlen haben das Thema blitzartig an die Spitze der Bildungspolitik
15 und -praxis getrieben. Auf einmal schrien Eltern wie Lehrkräfte nach digitalen Alternativen zum
16 Präsenzunterricht im Klassenraum. Auch an den Hochschulen wurden digitale Tools für
17 Webkonferenzen, Lernangebote und eLibraries mit Anfragen überschüttet und teilweise an den
18 Rand der Kapazitäten getrieben. Beste Voraussetzungen, um Bildung in der digitalen Welt auch
19 praktisch anzuwenden und in das Bewusstsein der Skeptiker*innen zu rufen?

20 Im Frühjahr 2020 traten die Fehler der Vergangenheit zutage. Auf folgende Missstände wollen wir
21 mit dieser Resolution in aller Deutlichkeit hinweisen und fordern eine transparente und umfassende
22 Bearbeitung, damit Situationen wie dieser in Zukunft besser und funktionaler begegnet werden
23 kann.

- 24 • Gute Ausstattung der Bildungseinrichtungen!

1 Um digitale Bildung nachhaltig und erfolgreich vermitteln und kennenlernen zu können bedarf es
2 nach wie vor einer ganzheitlichen und funktionsfähigen Infrastruktur in den Einrichtungen vor Ort.
3 WLAN-Flickenteppiche, veraltete Präsenzgeräte und auslaufende Softwarelizenzen müssen der
4 Vergangenheit angehören. Noch heute gibt es Schulen – vor allem im ländlichen, aber auch im
5 urbanen Raum – die nach wie vor über kein Schüler*innen-WLAN verfügen

6 • Digitalität in die Curricula!

7 Die digitale Transformation der Gesellschaft mitsamt ihrer Bestandteile Arbeit, Bildung, Mobilität,
8 Umwelt, Wirtschaft, Wissenschaft und vielen weiteren muss in ihrer Beschaffenheit Einzug in die
9 Curricula der Bildungseinrichtungen haben. Es reicht bei weitem nicht mehr, ein Thema wie die
10 Digitalisierung lediglich isoliert in einem einzelnen Fachunterricht zu behandeln. Digitalität muss
11 als Querschnittsthema wahrgenommen und umgesetzt werden

12 • Unterricht neu denken!

13 Die größte Chance wurde während der Corona-Maßnahmen vernachlässigt. Noch immer wird
14 Unterricht (vor allem an allgemeinbildenden Schulen, aber auch an Hochschulen und weiteren
15 Bildungseinrichtungen) konservativ gedacht: Eine Lehrkraft vermittelt einen Stoff X – vielleicht sogar
16 kompetenzorientiert – an eine Gruppe Lernende. Kognitionspsychologie und Pädagogik kritisieren
17 diese Form des Dozierens nicht ohne Grund seit vielen Jahren. Vor allem die Digitalisierung des
18 Bildungssektors bringt eine Vielzahl neuer, moderner und erfolgreicher Lernmodelle mit sich – seien
19 es Blended-Learning-Formate, freie und projektorientierte Lehr-Lern-Arrangements oder
20 dezentrale Lerntools, die sich individuell der Lerngeschwindigkeit der Lernenden anpassen. Fernab
21 von konkreten Beispielen muss sich die Bildungspolitik mit neuen Form des Unterrichtens
22 beschäftigen und digitale Lehr-Lern-Arrangements bewusst einsetzen und fördern.

23 Die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass digitale Formate gefragt und funktional sind. Sie sind dabei
24 nicht als gänzlicher Ersatz der herkömmlichen Art und Weise zu Lehren und zu Lernen zu verstehen.
25 Wir fordern, dass die Voraussetzungen für eine Diversität an Lernangeboten geschaffen wird, die
26 nicht von sozio-ökonomischen Faktoren abhängig ist, sondern allen Schüler*innen zur Verfügung
27 stehen. Nicht zuletzt dürfen wir die analogen und teilweise veralteten Arten zu Unterrichten nicht
28 einfach in das Digitale übertragen, sondern müssen neue, mutige und progressive Wege gehen,
29 um Bildung in der digitalen Welt zukunftsfähig gestalten zu können.

30 **Begründung:**

31 *erfolgt mündlich.*

E1

Antrag: **(Feministische) Außenpolitik – eine humanitäre Außenpolitik**

Antragsteller*in: Juso-Unterbezirksvorstand & Juso-Stadtverbandsvorstand

Weiterleitung: Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Bundeskongress

Die Juso-Unterbezirkskonferenz möge beschließen:

- 1 Als erstes Land der Welt verfolgt Schweden seit 2014 eine feministische Außenpolitik. Darunter
- 2 versteht man, dass in der gesamten außenpolitischen Agenda die Perspektive der
- 3 Geschlechtergerechtigkeit eingenommen wird.

- 4 Damit rücken die Folgen von Außenpolitik in den Fokus des Handelns. Somit wird berücksichtigt,
- 5 dass die Konsequenzen dieses Politikbereiches für verschiedene Gruppen von Menschen
- 6 unterschiedlich ausfallen. Frauen* oder ethnische Minderheiten sind von Außenpolitik anders
- 7 betroffen als beispielsweise Männer. Bei Waffengewalt werden z.B. weniger Frauen* direkt Opfer,
- 8 aber indirekt sind sie am stärksten betroffen.

- 9 Bei einer feministischen Außenpolitik tritt die menschliche Situation in den Fokus des Handelns.
- 10 Und mit der expliziten Berücksichtigung von verschiedenen Perspektiven und der Einbeziehung des
- 11 Aspekts der Geschlechtergerechtigkeit kommt es zu einer Macht-, und Dominanzverschiebung,
- 12 weg von Männern, hin zu Frauen*.

- 13 Eine feministische Außenpolitik hinterfragt und analysiert real existierende Machtstrukturen und
- 14 Machtverteilungen. Sie fragt: Wer hat Macht? Wie wird sie eingesetzt und erhalten? Welche
- 15 Erfahrungen und wessen Perspektiven werden bei Entscheidungen berücksichtigt? Wer trifft die
- 16 Entscheidungen?

- 17 Im zweiten Schritt bedeutet diese Außenpolitik, alle außenpolitischen Entscheidungen darauf
- 18 auszurichten, die strukturellen Ungleichheiten zu beseitigen und Strukturen sowie kulturelle
- 19 Normen, die unterdrücken und ausschließen, zu überwinden. Um dies zu erreichen, werden die
- 20 Perspektiven von marginalisierten Gruppen in den Fokus gerückt.

- 21 Dieses Umdenken in der Außenpolitik hin zu einer feministischen, humanitären, muss auch von der
- 22 Bundesrepublik übernommen werden.

1 Deshalb fordern wir:

- 2 • Das Außenministerium soll einen Plan erstellen, ähnlich dem in Schweden, wie eine
3 feministische Außenpolitik umgesetzt werden kann. Nach der Erstellung dieses Plans soll es
4 Gesetze bzw. Gesetzesänderungen geben, damit dieser umgesetzt werden kann.
- 5 • Im Fokus der neuen Außenpolitik sollen die Menschenrechte stehen. Am Vorbild von
6 Schweden sollen beispielsweise Waffenlieferungen an Länder, in denen
7 Menschenrechtsverletzungen vorliegen und in denen die Lage der Frauen* prekär sind,
8 nicht mehr genehmigt werden.
- 9 • Die Präsentation der BRD nach außen durch Diplomaten*innen ist bisher deutlich Männer
10 dominiert. Nur etwa 13% der Botschafter*innen sind weiblich. Das muss sich ändern. Es soll
11 eine Quote von 50% angestrebt werden. Gerade bei der Neubesetzung von Posten ist auf
12 diese Quote zu achten. Außerdem ist darauf zu achten, dass Posten diverser, beispielsweise
13 mit PoC, besetzt werden.
- 14 • Deutschland soll die Resolution 1325 des UN-Sicherheitsrats weiter voranbringen. Diese
15 ruft Konfliktparteien dazu auf, die Rechte von Frauen* zu schützen und diese
16 gleichberechtigt in Friedensverhandlungen, Konfliktschlichtung und den Wiederaufbau mit
17 einzubeziehen. Die Umsetzung dieser Resolution muss weiter vorangetrieben werden und
18 möglichst von allen Staaten unterzeichnet werden.
- 19 • Deutschland soll sich auf internationaler Ebene, beispielsweise auf EU-Ebene, dafür
20 einsetzen, dass es zu einem Umdenken in der Außenpolitik kommt. Gemeinsam mit
21 Schweden und anderen progressiven Ländern soll so eine Vorreiterrolle eingenommen
22 werden und andere Staaten motiviert werden, ihre Außenpolitik ebenfalls anzupassen.

23 **Begründung:**

24 *erfolgt mündlich.*

E2

Antrag: **Europaweite Bildung – Aufbau einer Europäischen Zentrale für Politische Bildung**

Antragsteller*in: Juso-Unterbezirksvorstand & Juso-Stadtverbandsvorstand

Weiterleitung: Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Bundeskongress, SPD-Unterbezirksparteitag, SPD-Bezirksparteitag

Die Juso-Unterbezirkskonferenz möge beschließen:

1 Die Jusos fordern den Aufbau einer europäischen Zentrale für politische Bildung (EZpB) und
2 unterstützen Vorhaben, die den institutionalisierten Aufbau einer unabhängigen und
3 wissenschaftsorientierten Zentrale auf europäischer Ebene zum Ziel haben.

4 Ziel einer EZpB soll die unabhängige politische Bildung vor allem junger Menschen sein und so zu
5 einem geeinten Europa beitragen.

6 **Begründung:**

7 Die Institutionalisierung politischer Bildung ist in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union sehr
8 unterschiedlich ausgeprägt. Um eine Annäherung aller Staaten aneinander zu erreichen, ist eine
9 EZpB hilfreich. Ziel dieser soll sein, vor allem junge Menschen unabhängig zu informieren und so
10 den europäischen Gedanken noch offensiver in alle Staaten zu tragen. So können Publikationen
11 beispielsweise für die Schule, die Ausbildung oder das Studium genutzt werden.

12 Eine EZpB könnte auch im Hinblick auf die Bekämpfung gegen Fake News und rechtes
13 Gedankengut hilfreich sein.

E3

Antrag: **Solidarität ist eine Waffe – we stand with Rojava**

Antragsteller*in: Juso-Unterbezirksvorstand & Juso-Stadtverbandsvorstand

Weiterleitung: Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Landeskonferenz

Die Juso-Unterbezirkskonferenz möge beschließen:

1 Die Jusos zeigen sich solidarisch mit der Autonomieregion Rojava im Norden Syriens. Rojava stellt
2 einen besonderen Schutzraum für einige Minderheiten da und ist ein weltweit einzigartiges
3 gesellschaftliches Projekt. Auf dem Gebiet gilt ein Gesellschaftsvertrag, der die Form der
4 Selbstverwaltung festschreibt. Dort ist unter anderem die absolute Gleichberechtigung zwischen
5 Männern und Frauen, die Religionsfreiheit und die Vergesellschaftung von natürlich
6 vorkommenden Ressourcen geregelt.

7 Dieses Projekt, das Minderheiten schützt und ohne einen Staat auskommt muss geschützt werden,
8 denn es ist nicht nur radikal demokratisch und feministisch, sondern auch sozialistisch. Deshalb
9 resultiert für uns aus dem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg der Türkei gegen die Region aus
10 unserer Sicht die Notwendigkeit der Selbstverteidigung durch Waffen.

11 Wir fordern die deutsche Bundesregierung, die Europäische Union und die internationale
12 Staatengemeinschaft dazu auf, sich Israel anzuschließen und die Kurd*innen in Rojava zu
13 unterstützen. Das umfasst für uns strukturelle, diplomatische und aber auch militärische
14 Unterstützung der kurdischen Streitkräfte YPG/YPJ. Darüber hinaus müssen die deutschen
15 Waffenexporte insbesondere in die Türkei dauerhaft gestoppt werden.

16 Wir fordern außerdem die Landesregierung dazu auf, sich im Bundesrat dafür einzusetzen.

17 Weiterhin fordern wir die Länder auf, die in den selbstverwalteten Gebieten sitzenden IS
18 Kämpfer*innen zurück in ihre Heimatländer zu holen. Zurzeit sind dies etwa 7000 Menschen. Die
19 Gefangenen üben allein durch ihre Anwesenheit schon großen Druck auf die Autonomieregion aus
20 und es ist davon auszugehen, dass sich der IS dort weiter organisiert. Die Gefangenen deutschen
21 IS Kämpfer*innen, ihre Partner*innen und Kinder müssen nach Deutschland zurückgebracht
22 werden, hier angeklagt und deradikalisiert werden. Wir dürfen Rojava nicht die Bürde der
23 Verantwortung auferlegen, vor allem in Zeiten, in denen die Region stark unter türkischem Druck
24 steht und selbst Hilfe braucht.

1 Nicht zuletzt muss die geopolitische Bedeutung Rojavas für Israel bedacht werden, denn die Region
2 hat einen zunehmenden Einfluss auf die syrische Regierung in Damaskus aufgebaut. Bislang hatte
3 der Iran, einer der größten Feinde Israels, seine geopolitischen Interessen in Syrien – beispielsweise
4 in Form von Waffenlieferungen an die islamistische „Hezbollah“ auf syrischem Boden immer
5 schwerer verfolgen können. Perspektivisch schienen Waffenlieferungen an die „Hezbollah“ in einem
6 demokratischeren Syrien nicht länger möglich zu sein.

7 Durch den von Donald Trump beschlossenen Rückzug der US-Truppen ist der Einfluss der Region
8 Rojava deutlich zurückgegangen, denn dadurch wurde der völkerrechtswidrige Einmarsch der
9 Türkei mit dem Ziel der ethnischen Säuberung möglich gemacht. Damit droht nicht nur die
10 Vertreibung und Völkermord der syrischen Kurd*innen, sondern auch das Zusammenbrechen aller
11 demokratischen Bemühungen in Syrien, die in der Folge zu einer neuen massiven Bedrohungslage
12 Israels führen würden.

13 In der Konsequenz sind nicht nur die Kurd*innen einer existenziellen Bedrohungslage ausgesetzt,
14 sondern auch für Israel hat der Kampf um Rojava eine essenzielle Bedeutung. Für uns ist klar: wir
15 stehen an der Seite von Rojava und solidarisieren uns mit diesem einzigartigen Projekt.

16 **Begründung:**

17 *erfolgt mündlich.*

E4

Antrag: **Unser Blick auf die Welt: ein Aufschlag für eine jungsozialistische Friedens- und Entspannungspolitik**

Antragsteller*in: Juso-Unterbezirksvorstand & Juso-Stadtverbandsvorstand

Weiterleitung: Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Bundeskongress

Die Juso-Unterbezirkskonferenz möge beschließen:

1 "Diese Welt zerfällt, überall Krisen oder Krieg- Die Bienen sterben, Terror in Brüssel und Paris".
2 Dieses Songzitat der linken Hip-Hop Band Antilopen Gang beschreibt die aktuelle Situation
3 weltweit sehr gut. Die Welt verändert sich in einem rasanten Tempo. Die Chancen, die damit
4 einhergehen, werden aber von einigen Herausforderungen und Konflikten begleitet.

5 Um diesen Gegebenheiten adäquat begegnen zu können, muss die Politik neue Narrative in der
6 Friedens- und Entspannungspolitik finden. Das Ziel einer jungsozialistischen Politik in diesem
7 Bereich muss eine Erzählung von Solidarität und Gemeinschaft sein.

8 Wir müssen das aktuelle System analysieren und seine Grenzen aufzeigen. Vor allem aufgrund des
9 (Wieder) Erstarkens radikaler rechter Kräfte müssen wir eigene Analysen aufzeigen und der
10 Panikmache dieser Kräfte etwas entgegensetzen. Die Bereiche der Friedens- und
11 Entspannungspolitik spielen dabei eine entscheidende Rolle und durch ihre (Neu)Definierung
12 können wir wichtige Narrative setzen und Veränderungen erzielen.

13 **Definition Friedens- und Entspannungspolitik**

14 Frieden bedeutet nicht nur die Abwesenheit (gewaltsamer) Konflikte, sondern auch die Klärung
15 sozio-ökonomischer Konflikte. Friedenspolitik ist die Herstellung und Bewahrung der Möglichkeiten
16 eines guten, selbstbestimmten Lebens für alle Menschen. Sie darf nicht durch eigennützige
17 Interessen bestimmt sein, sondern muss global gedacht werden. Sie muss im Dienst der
18 Menschenrechte und der Demokratie stehen und ist im besten Sinne ideologisch und parteiisch.

19 Als Leitsatz hat die Friedenspolitik inne: Nie wieder Faschismus und nie wieder Krieg - und zwar in
20 genau dieser Reihenfolge.

21 **Instrumente der Friedenspolitik**

22 Eine zentrale Frage im Rahmen des Themas der Friedenspolitik sind deren Instrumente. Welche
23 Mittel werden eingesetzt und wie werden diese legitimiert?

1 Dabei müssen vor allem zivile und militärische Ansätze unterschieden werden. Diplomatische
2 Lösungsansätze haben dabei für uns immer Vorrang und militärische Interventionen sind nur als
3 Ultima Ratio zu sehen und nur mit internationalem Mandat auszuführen. Außerdem müssen diese
4 immer mit humanitären Maßnahmen einhergehen. Aus dieser Forderung ergibt sich die
5 Notwendigkeit der Reformierung des Weltsicherheitsrates, da ein reines Einstimmigkeitsprinzip zu
6 einer ungerechtfertigten Blockadepolitik führen kann. Deshalb fordern wir, dass ein System von
7 Checks & Balances eingeführt wird. So wäre beispielsweise die Einführung eines Zweikammern
8 Systems sinnvoll, in der z.B. die zweite Kammer nötigenfalls mit einer 3/4 Mehrheit den
9 Sicherheitsrat überstimmen kann.

10 Für uns Jusos ist außerdem klar, dass wir vor allem die Zivilgesellschaft in Krisensituationen stärken
11 müssen. Zum einen mit mehr Geld, aber auch mit mehr Personal. Auch müssen Begegnungsräume
12 geschaffen werden, in denen sich die Menschen austauschen und Hilfe erfahren können.

13 Aus diesen Forderungen ergibt sich, dass in Zukunft Entwicklungs- und Handelspolitik immer als
14 Bestandteil der Friedenspolitik zu sehen sind, denn nur wenn diese Faktoren mitgedacht werden,
15 kann ein dauerhafter Frieden entstehen.

- 16 • Diplomatische/ zivile Ansätze als erstes Instrument der Friedenspolitik
- 17 • Militärische Interventionen als Ultima Ratio, nur mit internationalem Mandat, nur mit
18 humanitären Maßnahmen
- 19 • Reformierung des UN-Sicherheitsrats
- 20 • Stärkung der Zivilgesellschaft
- 21 • Entwicklungs- und Handelspolitik als Teil der Friedenspolitik verstehen

22 **Sanktionspolitik**

23 Auch der aktuelle Ansatz der Sanktionspolitik muss überdacht werden, denn er weist grobe Lücken
24 und Fehler auf, die geschlossen und verändert werden müssen. Oftmals treffen Sanktionen die
25 Zivilbevölkerung, die das Aktuelle ihrer Regierung nicht verschulden und bei denen völliges
26 Unverständnis hervorgerufen wird.

27 Auch ob das Ziel der Sanktionen im aktuellen Ansatz erreicht wird, ist oft mehr als fragwürdig. Wir
28 leben in einer globalisierten Welt und so treffen z.B. wirtschaftliche Sanktionen oftmals auch die
29 eigene Wirtschaft und Zivilbevölkerung.

30 All dies sind Gründe, warum der Zweck und die Ziele von Sanktionen neu überdacht werden müssen
31 und wir einen neuen Ansatz von Sanktionspolitik finden müssen, sowohl in der EU, als auch global.

1 So wäre beispielsweise die Einführung von Pfandsystemen eine gute diplomatische Lösung. Wenn
2 internationale Verträge geschlossen werden, müssten dann z.B. alle Vertragspartner*innen ein
3 Pfand hinterlegen oder sich darauf einigen, was passiert, wenn es zu einer Vertragsverletzung
4 kommt. So könnte man das oftmals schwerwiegende Argument der willkürlichen Sanktionen
5 beseitigen.

- 6 • Neue Ansätze der Sanktionspolitik finden

7 **Europäische Armee**

8 Wir Jusos müssen uns über die Rolle der Bundeswehr in der Zukunft klar werden. Bereits im
9 Grundsatzprogramm der SPD aus dem Jahr 2007 tauchte der Begriff europäische Armee auf. Wir
10 als Jusos fordern, dass diese in einer demokratisch legitimierten und an das Parlament gebundenen
11 europäischen Armee aufgeht, um die richtigen Weichen zu stellen und ein gemeinsames
12 Bewusstsein über die anzugehenden Herausforderungen zu schaffen.

13 Einer genauen Begriffsdefinition einer europäischen Armee bedarf es noch. Für uns klar erscheint,
14 dass eine Duplizierung der Einrichtungen keinen Sinn ergibt und ein europäisches Kommando an
15 die Stelle der nationalen Streitkräfte tritt. Es muss zu einer ständigen strukturierten Zusammenarbeit
16 auf dem Gebiet der Verteidigungspolitik kommen. Das Sicherheitsverständnis muss gemeinsam
17 definiert und verstanden werden "Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern".
18 Ressortübergreifende Ziele, Aufgaben und Handlungsfelder werden benötigt.

19 Andere Ansätze können und müssen auf dem Weg zu einer gemeinsamen Verteidigungsunion
20 diskutiert werden.

- 21 • Beibehaltung des politischen Primats in den Streitkräften
- 22 • gemeinsames Leitbild nach dem Prinzip der inneren Führung
- 23 • Europa als Friedensprojekt
- 24 • Sicherstellung zukunftsfähiger Industriepolitik
- 25 • gemeinsame Standards (Ausstattung, Verhalten, Strukturen)
- 26 • Weiterentwicklung des Prinzips der Beruflichkeit
- 27 • Verhinderung von Dopplung von Strukturen und damit einhergehende Stärkung des
28 europäischen Pfeilers in der NATO

29 **Rüstungsexporte**

30 Wir Jusos setzen uns dafür ein, dass die Parteispitze der SPD eine vernünftige Haltung gegenüber
31 Waffenexporten einnimmt und diese in Kriegsgebiete und Diktaturen von vornherein unterbindet.
32 Auf die Frage der Parteiführung, wie ein solches Vorhaben zu erreichen ist, antworten wir mit der

1 klaren Aussage, dass diese Gebiete leicht zu definieren sind und ein Export in jene nach
2 erfolgreicher Identifikation auf keinen Fall stattfinden darf. Darüber hinaus fordern wir als Jusos eine
3 Verstaatlichung der Rüstungsproduktion. Durch eine Verstaatlichung lässt sich die volle Kontrolle
4 über die Produktion erreichen. Nur so lässt sich sicherstellen, dass Rüstungsexporte nicht durch das
5 marktwirtschaftliche Element von Angebot und Nachfrage diktiert werden und ein Export in
6 Krisengebiete somit zu einem wirtschaftlich notwendigen Faktor für die Bundesrepublik wird.
7 Darüber hinaus lässt sich nur so das Argument der Arbeitsplatzsicherung durch Waffenexporte und
8 -produktion umgehen, da die Arbeitnehmer*innen dann Angestellte des Staates sind und als solche
9 nicht ohne weiteres entlassen werden können. Weiterhin lässt sich nur durch eine Verstaatlichung
10 der Rüstungsbetriebe der für uns entscheidende demokratische Grundsatz realisieren, der besagt,
11 dass das Gewaltmonopol beim Staat liegt.

12 **Abrüstung**

13 Für uns Jusos ist eine Welt ohne ABC-Waffen das erklärte langfristige Ziel. Nur so lässt sich von
14 einer nachhaltigen und erfolgreichen Friedenspolitik sprechen. Zur Umsetzung dieses globalen
15 Zieles bedarf es einer gleichmäßigen und kontrollierten Abrüstung aller Staaten, die über ABC-
16 Waffen verfügen. Diese Kontrollinstanz muss aus den Vereinten Nationen kommen. Eine
17 reformierte UN muss die Bedingungen schaffen, um die Abrüstung der Staaten zu gewährleisten
18 und partnerschaftlich zu überwachen. Die Kontrollmechanismen müssen hier klar und transparent
19 ausgestaltet werden. Dabei müssen die einzelnen, abrüstenden Staaten als gleichwertige Partner
20 behandelt werden. Nur so lässt sich eine nachhaltige Abrüstung im Rahmen einer modernisierten
21 Friedenspolitik gewährleisten. Für eine dauerhaft nachhaltige Abrüstung ist es zudem wichtig, dass
22 der Export und die Produktion sogenannter „Dual Use“ Güter in Kriegs- und Krisengebiete
23 kontrolliert und im Zweifelsfall verhindert wird, um eine erneute Aufrüstung zu verhindern.

24 **Begründung:**

25 *erfolgt mündlich.*

F1

Antrag: **#Unhatewomen**

Antragsteller*in: Juso-Unterbezirksvorstand & Juso-Stadtverbandsvorstand

Weiterleitung: Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Bundeskongress

Die Juso-Unterbezirkskonferenz möge beschließen:

1 Unter dem Hashtag Unhate Women wurde auf die verbale Gewalt gegen Frauen* aufmerksam
2 gemacht. Dies unterstützen wir ausdrücklich, denn in unserer Gesellschaft gibt es nicht nur
3 physische Gewalt gegen Frauen*, sondern auch verbale.

4 Deshalb fordern wir:

- 5 • Hasskriminalität gegen Frauen* und Mädchen im Internet muss endlich strafrechtlich
6 verfolgt werden. Dazu braucht es eine Gesetzesänderung, die frauenverachtende
7 Hasskriminalität als Hate Crime klassifiziert. Nur so kann es eine effektive Bekämpfung und
8 Strafverfolgung geben.

9 **Begründung:**

10 Frauen* werden in unserer Gesellschaft nicht nur Opfer physischer Gewalt, sondern oftmals auch
11 von verbaler. Unter dem Deckmantel von Rap verdienen Musiker*innen damit auch noch Geld. Die
12 jüngere Generation konsumiert meist sehr unkritisch diese Musik. So wird ein Frauen*bild
13 weitergegeben, das höchst problematisch ist und das Gewalt verherrlicht. Damit muss endlich
14 Schluss sein.

15 Mit der Gesetzesänderung könnte erreicht werden, dass Raptexte mit solchem Inhalt, aber auch
16 Kommentare und andere frauenverachtende Hasskriminalität im Internet bekämpft und geahndet
17 werden.

F2

Antrag: **Menstruationsprodukte für alle zugänglich machen!**

Antragsteller*in: Juso-Unterbezirksvorstand & Juso-Stadtverbandsvorstand

Weiterleitung: Juso-Bezirkskonferenz, SPD Unterbezirksparteitag

Die Juso-Unterbezirkskonferenz möge beschließen:

1 Für einen sehr großen Teil unserer Gesellschaft sind Menstruationsprodukte ein sehr wichtiger
2 Bestandteil des täglichen Lebens. Genau aus diesem Grund müssen diese Produkte auch als das
3 angesehen werden, was sie sind - essenzielle Hygieneartikel. Erst Anfang 2020 wurden
4 Menstruationsprodukten von der so genannten "Luxussteuer" befreit und sind nur noch mit 7% im
5 Gegensatz zu 19% besteuert. Dies war ein sehr wichtiger Schritt in die richtige Richtung, aber
6 definitiv noch nicht genug. Denn viele Menstruierenden können sich auch mit geringerer
7 Besteuerung die Produkte kaum leisten. Speziell für Obdachlose, Familien und Student*innen mit
8 geringem Einkommen stellt die Anschaffung trotz geringem Steuersatz eine finanzielle
9 Herausforderung dar.

10 In Anbetracht der Gleichstellung der Geschlechter, sowie genereller Gleichberechtigung, sollte
11 niemand aufgrund einer natürlichen Körperfunktion finanziell belastet werden und jederzeit die
12 Möglichkeit haben, kostenfrei auf unabdingbare Menstruationsprodukte zurückgreifen zu können.

13 Ein öffentlicher Zugang zu Menstruationsprodukten könnte außerdem dazu beitragen, die
14 Menstruation zu enttabuisieren und auch dadurch zusätzlich zur Gleichstellung der Geschlechter
15 beitragen.

- 16 • Wir fordern, dass Menstruationsprodukte in öffentlichen Einrichtungen,
17 Bildungseinrichtungen und Verwaltungseinrichtungen kostenfrei den Bürger*innen zur
18 Verfügung gestellt werden, um allen Menstruierenden den Zugang zu diesen essenziellen
19 Hygieneartikeln zu ermöglichen und somit zur Gleichstellung der Geschlechter beizutragen.

20 **Begründung:**

21 *erfolgt mündlich.*

F3

Antrag: **Claim the game – Sexismus in Spielen bekämpfen**

Antragsteller*in: Juso-Unterbezirksvorstand & Juso-Stadtverbandsvorstand

Weiterleitung: Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Bundeskongress

Die Juso-Unterbezirkskonferenz möge beschließen:

1 Prinzessin Peach muss von Mario gerettet werden, denn sie wurde mal wieder von Bowser entführt.
2 Oder: Peach liegt tot im Gefrierfach und der Ermittler muss den Mörder finden. Pac-Man begeistert
3 die Welt - Ms. Pac-Man bekommt Lippenstift und eine Schleife, als Variation des Normalen, und
4 darf sich auch durch ein Labyrinth fressen.

5 Das und mehr sind typische Tropes in Videospiele. Sie stellen Frauen* als hilflose zu Rettende
6 (Damsel in Distress), als Variation des Normalen mit stereotypischen weiblichen Attributen (Ms.
7 Male-Character) dar.

8 Gender Tropes in Videospiele sind allgegenwärtig und Anita Sarkeesian hat in ihren Analysen
9 verdeutlicht, welche Tropes häufig bedient werden. Zwei wurden bereits angesprochen. Wir wollen
10 nicht weiter dabei zusehen, wie Sexismus, Rassismus, Queerfeindlichkeit, Antisemitismus oder
11 andere Diskriminierungen in Videospiele fortbestehen. Wir befinden uns in unserer Diskussion
12 nicht mehr in den 80er und 90er Jahren und auch technisch sind Videospiele auf einem hohen Level.
13 Die darin dargestellten Bilder von Frauen*, People of Color oder Queeren Personen wirken dagegen
14 unreflektiert und manchmal wie aus der Zeit gefallen, wenn man sie einer genaueren Analyse
15 unterzieht.

16 Neben den beiden oben genannten Tropes macht Sarkeesian noch weitere Analysen: "Women as
17 background decoration" als ein Trope ist fast selbsterklärend. Dabei geht es aber nicht nur darum,
18 dass Frauen* häufig Non-Player-Characters (NPC) sind und sowohl die Protagonisten als auch
19 Antagonisten männlich, sondern auch, dass diese NPCs sexualisiert und objektiviert werden.
20 Frauen* dienen als spannendes, ansehnliches Hintergrundmaterial für das hauptsächlich männliche
21 Publikum.

22 "Lingerie is not an armor" weist auf die, vor allem in Fantasy Spielen anzutreffenden, Rüstungen hin,
23 die nur aus Lederbändern und sehr wenig Metallplatten bestehen und so zwar "denselben Schutz"
24 bieten sollen, aber gleichzeitig den weiblichen Charakter sexualisieren. Dabei ist es zwar positiv,
25 dass es die Auswahl zwischen Geschlechtern in einem Spiel gibt (meist nur im binären

1 Geschlechtssystem), aber die Frauen* werden hierbei dennoch objektivierte. Das sind nur ein paar
2 Beispiele: Sarkeesian differenziert mitunter 18 verschiedene Tropes, die sexistisch sind und denen
3 wir uns bewusst sein sollten.

4 Aus diesem Grund fordern wir:

- 5 • Einen breiten Gesellschaftlichen Diskurs über "Tropes" und Vorurteile in Spielen. Im Zuge
6 von gendergerechter Erziehung können solche Diskurse unter anderem auch im
7 Schulunterricht, der einen kritischen Umgang mit Medien beinhaltet, geführt werden.

8 Auch bei vielen Neuerscheinungen werden die von Sarkeesian angesprochenen Themen nicht
9 beachtet. Weiterhin wird eine generelle Repräsentanz oder Reflektion nicht geboten. Der sehr
10 erfolgreiche dritte Teil der Fantasy Reihe "The Witcher" lässt keinen einzigen People of Color
11 auftreten. In vielen Spielen gibt es keine Queeren Personen und wenn, dann treten sie häufig als
12 Antagonisten auf.

13 Deshalb fordern wir:

- 14 • Die Förderung von feministischen Spielen. Diese Spiele sollen dabei insbesondere diverse
15 Hauptfiguren besitzen und sowohl Mitglieder der LGBTIQ* Community, People of Color und
16 Frauen* angemessen und ohne ein Zurückgreifen auf Klischees und Vorteile repräsentieren.

17 Sarkeesian als Person stand auch im Mittelpunkt des sogenannten "Gamer Gate" 2014, der um
18 Sexismus und Progressivität im Videospiele entbrannte. Er zeichnete sich durch Drohungen,
19 Beleidigungen, Doxing (Zusammentragen und veröffentlichen personenbezogener Daten zum
20 beruflichen und lebensweltlichen Schaden der Person), Verleumdung und Hasstiraden gegen
21 Menschen wie Sarkeesian aus, die Missstände benennen.

22 Der Beginn des Gamer Gates wird häufig mit Zoë Quinn angegeben, einer Spieleentwicklerin, die
23 als erstes unter dieser Kampagne leiden musste. Sie veröffentlichte zu dieser Zeit ein Erzählspiel
24 über Depressionen, das von der Presse gelobt, von Teilen der online Gamer aber abgelehnt wurde,
25 da es "zu politisch" sei und keine Gewalt beinhaltete oder "Skill" benötige. In dieser Kampagne
26 gegen sie spielte ihr Ex-Freund eine wichtige Rolle, gleichzeitig traten viele der Antagonisten des
27 Gamer Gate später in Alt-Right Kreisen auf. Darüber hinaus beteiligten sich aber viele anonyme
28 online Gamer daran. Die Spieleentwicklerin wurde fortwährend auf Social Media, in Foren, privat
29 und anderen Wegen bedroht und beschimpft. Persönliche Bilder und Daten wurden veröffentlicht,
30 um ihr zu schaden. Von Zoë Quinn ausgehend wurden alle, die feministische, progressive oder nicht
31 weiße, nicht heterosexuelle Inhalte produzierten, mit dieser Kampagne überzogen. So auch
32 Sarkeesian, als sie das erste Video ihrer Reihe "Tropes vs. Women" veröffentlichte.

1 Die Methoden und Kampagnen erinnern stark an die Online Strategien der Rechten im Netz und
2 es ist insofern kein Zufall, dass es dort Überschneidungspunkte gibt und diese Kampagnen als
3 Rekrutierungszentren verwendet wurden. Zwar ist das Zentrum des Gamer Gate abgeebbt, aber
4 Teile davon existieren bis heute, wenn Hass und Hetze gegenüber Entwickler*innen von
5 Videospielen mit Progressiven Inhalten verbreitet wird.

6 Darüber hinaus besteht ein enormes Problem, wie es auch für Social Media bekannt ist, innerhalb
7 der Spiele und der eigenen Kommunikation via Chat oder ähnlichem. Frauen*, Queere Personen
8 und People of Color erfahren häufig Diskriminierung in Spielen durch andere Spieler*innen. In der
9 Regel sind ingame Chats nicht moderiert, haben keinen Filter für entsprechende Beleidigungen und
10 ermöglichen auch keine konsequente Sanktionierung von Rassismus, Sexismus oder
11 Queerfeindlichkeit. Im Gegenteil: Diese Diskriminierungen sind an der Tagesordnung in Online
12 Games. Einige Multiplikator*innen wie Streamer*innen tragen ebenfalls negativ zu diesem Problem
13 bei, indem sie dieses Verhalten vorleben. Ein besonders verstörendes Beispiel ist, dass im Online
14 Modus von Red Dead Redemption 2 Spieler*innen sich als Ku-Klux-Klan verkleideten und
15 entsprechend rassistisch handelten und Sklaverei betrieben. Vielen der beliebtesten Online Spielen
16 fehlen funktionierende und durchsetzungsstarke Sanktionierungsmaßnahmen.

17 Deshalb fordern wir

- 18 • Eine Förderung von Kampagnen und Initiativen gegen Rechts. Dabei sollen auch die
19 Überschneidungen von Rechtsradikalen im Netz und der Gaming Community oder Incel
20 Kultur im Fokus stehen.
- 21 • Eine Förderung von Aufklärungskampagnen, welche die Überschneidung von Rechten im
22 Netz und Gaming betreffen.

23 Auch Online-Vertriebsplattformen wie Steam bieten eine Plattform für Sexismus, Rassismus,
24 Antisemitismus, Queerfeindlichkeit und Diskriminierung. Beispielhaft ist hier ein Spiel names "Rape
25 Day", in welchem der*die Spieler*in als Serienmörder während einer Zombie-Apokalypse
26 insbesondere Frauen* beschimpfen, vergewaltigen und töten soll. Während die Entwickler*innen
27 des Spiels Rechtfertigung in ausschweifenden Erklärungen suchten und explizit "Soziopath*innen"
28 als Teil der Zielgruppe sehen, war das noch nicht erschienene Spiel bereit im Steam Katalog zu
29 finden. Erst nach massiver Kritik seitens Nutzer*innen wurde das Spiel aus dem Katalog entfernt.
30 Die von der Vertriebsplattform dazu getätigte Stellungnahme in der von "unerwarteten Kosten und
31 Risiken" zeigt jedoch nur ein geringes Problembewusstsein.

32 Deshalb fordern wir:

1 • Online-Vertriebsplattformen, die Gamingpresse und Spieleindustrie sollen ihrer
2 Verantwortung gerecht werden und strenge Kriterien für die Prüfung der auf ihren
3 Plattformen zu findenden Spielen festlegen und diese konsequent durchsetzen um
4 antisemitischen, rassistischen, frauen*verachtenden, queerfeindlichen und
5 diskriminierenden Spielen keine Plattform zu geben bzw. sollte die Presse auf solche
6 entsprechend reagieren und die Industrie sie gar nicht erst produzieren bzw. vorbildlich
7 handeln.

8 **Begründung:**

9 *erfolgt mündlich.*

F4

Antrag: **Data2x auch in Europa**

Antragsteller*in: Juso-Unterbezirksvorstand & Juso-Stadtverbandsvorstand

Weiterleitung: Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress, SPD-Unterbezirksparteitag, SPD-Bezirksparteitag

Die Juso-Unterbezirkskonferenz möge beschließen:

1 Es gibt nicht nur einen großen Gender Pay Gap, sondern auch einen großen Gender Data Gap.
2 Daten über Frauen werden in verschiedensten Kontexten nicht oder nur unzureichend erhoben.
3 Von Sicherheit beim Auto über historische Ereignisse bis hin zur Medizin und Stadtplanung.

4 Diese nicht oder nur teilweise erhobenen Daten und die damit entstehenden Datenlücken
5 beeinflussen das Leben von Frauen* jeden Tag, ob im Alltag oder im Beruf. Sie können sogar so
6 dramatisch werden, dass sie zum Tod führen können (bspw. im Bereich der Medizin).

7 Frauen* machen etwa 50% der Bevölkerung aus. Wir dürfen diesen Teil nicht datenpolitisch
8 ignorieren totschweigen. Wir müssen sie in alle Teile der Gesellschaft gleichberechtigt einbinden,
9 auch bei den Daten.

10 Deshalb fordern wir:

- 11 • Eine europaweite Initiative wie Data2x in den USA. Diese wurde u.a. von Hillary Clinton ins
12 Leben gerufen und hat das Ziel, den Gender Data Gap zu schließen.
- 13 • Bundesweit braucht es auch solche Initiative. Die Bundesregierung muss solche
14 Bestrebungen unterstützen, finanziell, personell und mit Gesetzesinitiativen. Beispielsweise
15 soll es nicht mehr möglich sein, Medikamente auf den Markt zu bringen, die nicht auch für
16 Frauen* getestet sind. Fördergelder sollen deshalb an die Maßgabe gebunden sein, dass
17 auch Daten von Frauen* erhoben und in die Entwicklung eingebunden sind.
- 18 • Auch das Land Niedersachsen soll sich an einer solchen Initiative des Bundes orientieren.
19 Auch hier sollen Fördergelder so verteilt werden, dass es ohne die Einbindung von Daten
20 über Frauen* keine Ausschüttung dieser gibt.
- 21 • Es soll aktiv darauf hingewirkt werden, dass der Gender Data Gap so schnell wie möglich
22 geschlossen wird. Durch Anreize, Sanktionen und mehr Investitionen in entsprechende
23 Forschung soll dies möglich gemacht werden.

24 **Begründung:**

25 *erfolgt mündlich.*

F5

Antrag: **Herstory – den Gender Daten Gap endlich schließen**

Antragsteller*in: Juso-Unterbezirksvorstand & Juso-Stadtverbandsvorstand

Weiterleitung: Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Landeskonferenz, SPD-Unterbezirksparteitag

Die Juso-Unterbezirkskonferenz möge beschließen:

1 Wenn es um die historische Bedeutung von Frauen* geht, dann geht es meist um König*innen.
2 Welche Rolle Frauen* aber beispielsweise in Kriegen gespielt haben, welche Bedeutung sie in der
3 Gesellschaft zu unterschiedlichen Zeitpunkten hatten, wird wenig beleuchtet, weder im
4 Geschichtsunterricht, noch in Museen.

5 Deshalb fordern wir:

- 6 • In Ausstellungen, die geschichtliche Zusammenhänge behandeln, soll die Rolle der Frau
7 beleuchtet werden. Es soll dargestellt werden, welche Bedeutung sie in diesem Kontext
8 hatten. So sollen beispielsweise bedeutende Frauen aus dieser Zeit vorgestellt werden.
- 9 • Bei der Förderung von Museen mit staatlichen Mitteln soll darauf geachtet werden, dass
10 diese Richtlinie eingehalten wird.

11 **Begründung:**

12 Noch immer bekommt man den Eindruck in Museen, dass Geschichte eine rein männliche
13 Angelegenheit war. Doch Forschungen zeigen, dass das so nicht stimmt. Beispielsweise wurden
14 schon Skelette von Kriegerinnen aus der Wikingerzeit gefunden.

15 Wir müssen den Fokus darauf richten und zeigen, dass Frauen* auch in längst vergangenen
16 Jahrhunderten eine wichtige Rolle gespielt haben.

F6

Antrag: **Single Women – eine feministische Betrachtung von Beziehungskonzepten und Kinderlosigkeit**

Antragsteller*in: Juso-Unterbezirksvorstand & Juso-Stadtverbandsvorstand

Weiterleitung: Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress

Die Juso-Unterbezirkskonferenz möge beschließen:

1 **Status ungeklärt?**

2 Single sein - eine Gegebenheit, die in unserer heutigen Gesellschaft immer häufiger vorkommt. Die
3 Scheidungsrate liegt in Deutschland bei etwa 40% (Quelle: Statistisches Bundesamt) und
4 Singleplattformen off- wie online gibt es zahllose.

5 Die feministische Betrachtung vom Single sein und Beziehungskonzepten abseits von monogamen
6 Zweierbeziehungen fällt aber oftmals hinten runter und ist nicht bzw. nur kaum in der
7 (feministischen) Debatte vertreten. Frauen* spielen für die Politik vor allem als Mütter und
8 Ehefrauen eine Rolle. Diejenigen, die nicht in dieses Muster fallen, sind vor allem in der Diskussion
9 kaum sichtbar. Das müssen wir ändern!

10 **Single?**

11 Single sein in unserer Gesellschaft wird für Frauen* ab einem gewissen Alter mit Scheitern verknüpft.
12 Es ist ein Makel, der zum Teil ganz offen thematisiert wird. Frauen* werden bemitleidet. Das Motiv
13 einer erfolgreichen Junggesellin passt bei Frauen* nicht. Männer hingegen können auch in
14 fortgeschrittenem Alter unbehelligt Single sein, ohne dafür von allen schief angeguckt zu werden.

15 Diese Gegebenheit ist nur ein Auswuchs von vielen des Patriarchats, dennoch kein belangloser.
16 Denn der Druck, der auf Single Frauen ausgeübt wird, sowohl im privaten als auch beruflichen
17 Kontext, geht uns alle an! Dieser Druck ist äußerst sexistisch und veranschaulicht unsere patriarchale
18 Gesellschaft sehr gut: Frauen können nicht allein sein, sie brauchen einen starken Partner an ihrer
19 Seite. Sie brauchen jemanden, um den sie sich liebevoll kümmern können.

20 Beruflich erfolgreiche Single Frauen werden dabei doppelt benachteiligt. Sie werden nicht als
21 erfolgreich gefeiert, sondern es wird eher gefragt, ob das jetzt alles sei, wo denn Mann und Kinder
22 seien und warum sie sich so sehr auf die Karriere konzentriere, anstatt darauf, eine Familie zu
23 gründen. Wieder eine zutiefst sexistische Verhaltensweise, die Frauen zu Gebärmaschinen und
24 Ehefrauen degradiert. Ganz praktisch sichtbar wird dies auch in unserer Sprache. Während eine

1 Frau, die sich sehr auf ihren Job fokussiert "Karrierefrau" genannt wird, gibt es das Pendant dazu
2 für einen Mann einfach nicht.

3 **Sexuelle Freiheit?**

4 Sexuelle Freiheit bedeutet, Sexualität ohne gesellschaftliche Normen und Zwänge ausleben zu
5 können, soweit anderen dadurch nicht geschadet wird. Auch wenn sich in den vergangenen
6 Jahrzehnten schon vieles in eine positive Richtung für Frauen entwickelt hat, gibt es auch im 21.
7 Jahrhundert immer noch viele Normen für weibliche Sexualität, sowie einen Abgrund aus Scham
8 und Beschämung, in den Frauen leicht abrutschen können. Denn über weibliche Sexualität wird
9 nach wie vor hart geurteilt. Dies gilt auch für Single Frauen. Dabei ist es egal, ob eine Single Frau
10 häufig wechselnde Sexualpartner*innen hat, oder keine. Beides wird oft kritisch beäugt. Auch in
11 Bezug auf Single Frauen sollte für uns gelten, was für alle Menschen gilt: Vorurteilsfreie
12 Anerkennung einer Bandbreite an sexueller Diversität, und zwar unabhängig von unseren
13 persönlichen Vorlieben, Lebensphasen und -entwürfen.

14 **Ohne Kinder?**

15 Der Begriff der Kinderlosigkeit ist negativ konnotiert und weist auf einen Makel hin. Auch hier
16 werden wieder sexistische Stigmen deutlich. Frauen* werden ab einem bestimmten Alter, das
17 Außenstehende als Angemessen deklarieren, um Kinder zu gebären, immer wieder mit Fragen wie
18 "Und wann planst du (endlich) Kinder zu bekommen?" gelöchert. Und das oftmals nicht nur in einem
19 privaten Kontext, sondern auch beruflich. Frauen* um die 30 müssen sich oft die Fragen der
20 Familienplanung über sich ergehen lassen. Sei es (illegaler Weise) in Bewerbungen oder anderen
21 beruflichen Kontexten.

22 Einen besonders krassen Fall stellen dabei Frauen* dar, die bewusst kinderlos sind, da diese mit
23 völligem Unverständnis behandelt werden. Was viele nicht respektieren: Eine Frau zu sein bedeutet
24 nicht, einen angeborenen Kinderwunsch zu haben. Deutlich wird dies auch oft im Zuge von
25 angestrebten Sterilisationen. Hier werden Frauen häufig von Ärzt*innen bevormundet, die den
26 Frauen ins Gewissen reden und unterstellen, irgendwann würden sie schon Kinder wollen und diese
27 Entscheidung bereuen.

28 Die Grenzüberschreitungen, die Frauen ohne Kinder immer wieder erfahren müssen, machen
29 sprachlos. Es wird sich ganz konkret danach erkundigt, wann es denn endlich so weit sei und es
30 wird darauf hingewiesen, dass man ja auch nicht unendlich viel Zeit hätte. Dieses bloße Abstellen
31 auf die Gebärfähigkeit von Frauen und ihre Rolle als Mutter ist sexistisch und überholt.

32 **Im Alter allein?**

1 Eine weitere Grenzüberschreitung die Single Frauen* widerfährt, ist die Frage, ob nicht die Angst
2 bestehen würde, im Alter allein zu sein. Das Fehlen partner*innenschaftlicher Beziehungen im Alter
3 wird mit Einsamkeit verknüpft. Dem zugrunde liegt oftmals die irrige Vorstellung, dass Frauen* nur
4 innerhalb einer Partnerschaft mit leiblichen Kindern Glück, Erfüllung grundlegender soziale
5 Bedürfnisse und Liebe erfahren können. Die gesellschaftliche Vorstellung scheint zu sein, dass
6 schlussendlich auch eine toxische Beziehung besser sei, als im Alter alleine zu sein. Hinzu kommt
7 die Vorstellung, dass insbesondere eigene Kinder eine "Versicherung" gegenüber Einsamkeit im
8 Alter darstellen würden.

9 Dabei sollte klar sein, dass Lebensmodelle auch im Alter vielfältig sind. Ob selbst gewähltes soziales
10 Netzwerk, Partner*innen, Freund*innen oder anderes - kein Lebensmodell ist dem anderen
11 überlegen. Partner*innenlosigkeit und Kinderlosigkeit ist nie - auch im Alter - ein Makel.

12 Klar ist auch, dass Einsamkeit im Alter jede*n betreffen kann. Hier muss eine gesellschaftliche
13 Diskursverschiebung stattfinden. Anstatt Frauen* durch gesellschaftliche Zwänge in (toxische)
14 Partner*innenschaften zu drängen, sollten wir uns fragen, wie wir mit möglicher Einsamkeit im Alter
15 als Gesellschaft umgehen wollen.

16 **Und jetzt?**

17 Wir sollten endlich aufhören, unser (veraltetes) Familienbild anderen, vor allem Frauen, aufdrücken
18 zu wollen. Es muss ein Umdenken geben. Single Frauen sind kein Makel.

19 Wir müssen endlich anerkennen, dass Frauen* nicht gleichzeitig Mütter sind. Es gibt genug Frauen*
20 die keine Kinder haben wollen, aber auch solche, die keine bekommen können. Es muss ein
21 Umdenken erreicht werden. Wir müssen anerkennen, dass Frauen* ohne Kinder oder Partner*innen
22 im Alter weder unglücklich noch unvollständig sind.

23 **Begründung:**

24 *erfolgt mündlich.*

G1

Antrag: **Gendermedizin als Standard – der Mensch ist nicht männlich!**

Antragsteller*in: Juso-Unterbezirksvorstand & Juso-Stadtverbandsvorstand

Weiterleitung: Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Landeskonferenz, SPD-Unterbezirksparteitag, SPD-Landesparteitag

Die Juso-Unterbezirkskonferenz möge beschließen:

1 Wir fordern eine umfassende Erweiterung der medizinischen Forschung und Lehre durch
2 geschlechtsspezifische Aspekte sowie eine Anpassung der medizinischen Praxis durch
3 gendermedizinische Diagnostiken, Therapien und Medikationen. Die anatomische Frau darf in der
4 Medizin nicht mehr als Sonderfall, der anatomische Mann nicht mehr als Standard gelten.

5 Für uns heißt das insbesondere

- 6 1. Wenn in der medizinischen Lehre vom Menschen gesprochen wird, darf nicht der
7 anatomische Mann gemeint sein. Die Lehre soll an eine geschlechtsspezifische Medizin
8 ansetzen, die Frau also nicht als medizinisch anormal betrachten. Vorbild hierfür kann die
9 Charité in Berlin sein, die als einzige medizinische Fakultät in Deutschland derzeit die
10 Gendermedizin lehrt.
- 11 2. Therapien und Medikationen sollen angepasst werden.
- 12 3. In den dazugehörigen Studien und der sonstigen Forschung dürfen finanzielle Erwägungen
13 auf keinen Fall zu einer geschlechtsbezogenen Benachteiligung führen. Klinische Studien
14 müssen repräsentativ sein und auch die (Neben-)Wirkungen auf den weiblichen Körper
15 müssen ausreichend gewürdigt werden.

16 **Begründung:**

17 Die Beschwerden und Symptome einer Krankheit sowie die (Neben-)Wirkungen der passenden
18 Medikamente unterscheiden sich bei Männern und Frauen enorm. Dies führt bereits zu
19 mangelhaften klinischen Studien, in denen Frauen oft unterrepräsentiert sind und endet in falschen
20 Therapien und Medikationen. Um eine faire und gleichberechtigte medizinische Versorgung
21 gewährleisten zu können, sollen die angehenden Mediziner*innen an den rund 40 medizinischen
22 Fakultäten in Deutschland für Gendermedizin sensibilisiert werden. Dazu gehört jedoch auch die
23 Sensibilisierung der schon praktizierenden Mediziner*innen, die sich vielmals der eigentlich nötigen
24 Unterscheidung zwischen Mann und Frau in Diagnostik und Behandlung nicht bewusst sind.

G2

Antrag: **An Apple a day keeps the doctor away!**

Antragsteller*in: Juso-Unterbezirksvorstand & Juso-Stadtverbandsvorstand

Weiterleitung: Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Landeskonferenz, SPD-Unterbezirksparteitag, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag

Die Juso-Unterbezirkskonferenz möge beschließen:

1 Wir fordern, dem Themenfeld „gesundheitliche Bildung“ im Sachkundeunterricht der Grundschulen
2 und im Biologieunterricht der weiterführenden Schulen einen weiten Platz einzuräumen. Inhaltlich
3 sollen die Schüler*innen Prinzipien gesundheitsfördernder Lebensführung (Ernährung, Sport,
4 Schlaf-Wach-Rhythmus, Risikoverhalten) verstehen. Dafür sollen anatomische, physiologische und
5 hygienischen Grundlagen vermittelt werden, die Implikationen für das eigene Verhalten erarbeitet
6 werden und der gesellschaftliche Kontext gesundheitsrelevanten Verhaltens reflektiert werden.
7 Besonders im Zusammenhang mit dem Sexualkundeunterricht ist neben der Aufklärung über
8 sexuell übertragbare Infektionen auf geschlechtliche und sexuelle Vielfalt einzugehen.

9 Die Schüler*innen sollen nicht nur theoretische Kenntnisse zur gesunden Lebensführung gewinnen,
10 sondern ihren (Schul-)alltag auch selbst gesundheitsförderlich gestalten können. Dafür sollen
11 partizipative Strukturen und neue Lernmethoden in allen Altersstufen und Schulformen ermöglicht
12 und aktiv unterstützt werden.

Begründung:

14 Nicht nur inadäquates Verhalten in der sog. „Corona-Krise“, sondern auch der weiterhin
15 erschreckend hohe Anteil an rauchenden Jugendlichen und der Mangel an körperlichem Training
16 bei vielen jungen Menschen zeigt, wie wichtig eine frühe und umfassende gesundheitliche Bildung
17 für alle ist. Besonders das früh erlernte Verhalten und die gewonnenen Einstellungen zu Ernährung,
18 Sport, Schlaf und psychischem Eigenschutz prägen für das ganze Leben. Hier können die Schulen
19 selbstverständlich die häusliche Erziehung nicht ersetzen, sie können in diesen Bereichen aber
20 wichtige Akzente setzen. Da gesundheitsrelevantes Verhalten stark sozial stratifiziert ist, kann eine
21 umfassende Bildung zu diesem Themenbereich in allen Schulformen dazu beitragen, die sozial
22 bedingten verschiedenen Gesundheitsrisiken zu relativieren.

23 Da viele der häufigen und schweren Erkrankungen in der Bevölkerung besonders durch die
24 Reduktion von gesundheitsschädlichem Verhalten (wie Rauchen, unausgewogene Ernährung,
25 Bewegungsmangel) behandelt werden können, ermöglicht eine breite und frühe gesundheitliche
26 Bildung auch eine deutliche Verbesserung der Gesundheit der Bürger*innen.

- 1 Gesundheitsrelevantes Verhalten betrifft die alltäglichen Strukturen und muss deshalb im Alltag
- 2 erlernt und in diesen integriert werden. Wenn die Schüler*innen solche Veränderungen des Alltags
- 3 selbst gestalten können, steigt die Motivation an solchen Veränderungen teilzunehmen. Außerdem
- 4 haben die Schüler*innen hier Gelegenheit, demokratische Prozesse kennenzulernen, praktisch
- 5 umzusetzen und Verantwortung zu übernehmen.



Antrag: **Hebammenversorgung sichern**

Antragsteller*in: Juso-Unterbezirksvorstand & Juso-Stadtverbandsvorstand

Weiterleitung: Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Bundeskongress, SPD-Unterbezirksparteitag, SPD-Bezirksparteitag

Die Juso-Unterbezirkskonferenz möge beschließen:

1 Hebammen und Entbindungspfleger*innen sind ausgebildete Fachkräfte, die Gebärende während
2 der Schwangerschaft, der Geburt und des Wochenbetts betreuen. Sie sind dabei entscheidend für
3 die Sicherheit und Selbstbestimmtheit der Gebärenden - vor allem bei der Geburt. Gleichzeitig
4 sichern Hebammen und Entbindungspfleger*innen die im Sozialgesetzbuch verankerte frei Wahl
5 der Geburt - sei es Krankenhaus, Geburtshaus oder Zuhause. Auch bei der Vor- und Nachsorge
6 übernehmen sie bedeutende Aufgaben.

7 Untersuchungen zeigen, dass eine gute Hebammenbetreuung zu weniger Frühgeburten, weniger
8 medizinischen Eingriffen während der Geburt, zu kürzeren Krankenhausaufenthalten führen kann.
9 [1]

10 Gleichzeitig sind die Arbeits- und Beschäftigungssituationen für Hebammen und
11 Entbindungspfleger*innen prekär. Bei fast der Hälfte aller Geburten betreut eine Hebamme bzw.
12 ein*e Entbindungspfleger*in zwei Gebärende gleichzeitig. Zu Stoßzeiten oder bei
13 Personalknappheit steht eine Hebamme bis zu fünf Gebärenden parallel bei. Die Folge ist, dass
14 Hebammen in Deutschland inzwischen dauerhaft mehr als doppelt so viele Gebärende betreuen
15 wie Hebammen in anderen europäischen Ländern. Immenser Druck, mögliche medizinische
16 Komplikationen oder Traumata oder strukturbedingte Gewalt sind dabei sowohl für Gebärende als
17 auch für Hebammen Alltag. So sind nicht immer Gebärende und Kind im Mittelpunkt der
18 Geburtshilfe, sondern der medizinische Aspekt der Risiken und die Abläufe in den Kliniken und
19 finanzielle Fragen. Dabei ist insbesondere für Erstgebärende ist eine intensive Eins-zu-Eins
20 Betreuung enorm wichtig, damit die Geburt reibungslos verläuft und damit bei Komplikationen
21 schnell eingegriffen werden kann. Die derzeitige Situation ist somit sowohl für die Gebärenden als
22 auch für die Hebammen und Entbindungspfleger*innen untragbar. Hinzu kommt, dass Hebammen
23 im Klinikalltag viele fachfremde Tätigkeiten wie Assistenz Tätigkeiten, Materialbeschaffung und
24 Putzdienste übernehmen müssen. Dies schränkt in erheblichem Maß die Zeit für die originäre
25 Geburtshilfe und die Betreuung der Gebärender und ihrer Kinder ein und wird bei 63% der
26 Hebammen als Grund dafür angegeben, ihre Tätigkeit in der Klinik reduzieren oder sogar aufgeben

1 zu wollen. [2] Diese Situation führt dazu, dass Schwangere Personen sowohl im ländlichen Raum
2 als auch in Ballungszentren nur schwer eine Hebamme bzw. ein*e Entbindungspfleger*in finden.

3 Wir fordern daher:

- 4 • Die Sicherstellung einer Eins-zu-Eins Betreuung in allen Kliniken und der damit verbunden
5 Entlastung der Hebammen und Entbindungspfleger*innen. Neue Hebammenstellen sowie
6 Stellenaufstockungen in geburtshilflichen Abteilungen sollen dabei aus einem
7 Sonderprogramm refinanziert werden.
- 8 • Die Auflösung der starren hierarchischen Strukturen in Kliniken, um eine gewaltfreie Geburt
9 und Geburtshilfe zu ermöglichen.
- 10 • Hebammen in der klinischen Geburtshilfe konsequent von fachfremden Tätigkeiten zu
11 befreien und in ihren Kernkompetenzen für die direkte Betreuung der Gebärenden und
12 Neugeborenen einzusetzen. In jeder geburtshilflichen Abteilung sollen zudem Hebammen-
13 geleitete Kreißsäle geschaffen werden. Ebenso sollen Hebammen deutlich stärker in die
14 Leitung und Organisation der geburtshilflichen Abteilungen eingebunden werden.

15 Auch finanziell ist die Ausübung des Hebammenberufs keineswegs unproblematisch. Dies fängt
16 bereits in der schlecht vergüteten Ausbildung an. Besonders beispielhaft ist dafür aber auch, die
17 Problematik der Haftpflichtversicherung. Denn alle von Hebammen und Entbindungspfleger*innen
18 ausgeführten Behandlungen müssen versichert sein. Durch Nachhaftung, welche noch 30 Jahre
19 nach der Geburt greifen kann, muss der Versicherungsschutz von Entbindungspfleger*innen und
20 Hebammen dies ebenfalls abdecken. Durch die lange Verjährungsfrist kann es sein, dass ein solcher
21 Versicherungsfall erst im Rentenalter eintritt. Dadurch entsteht eine unkalkulierbare
22 Kostensituation.

23 Für die Versicherungen sind die Kosten, um geburtshilflichen Schäden zu regulieren, in den letzten
24 Jahren drastisch angestiegen. Die entstandenen Kosten werden auf Hebammen und
25 Entbindungspfleger*innen übertragen. Vor zehn Jahren musste eine freiberufliche Hebamme bzw.
26 ein*e freiberufliche*r Entbindungspfleger*in in der Geburtshilfe knapp 450 Euro im Jahr für die
27 Versicherung zahlen. Diese Prämie hat sich über die Jahre fast verzehnfacht. Ursache sind dabei
28 aber nicht vermehrte Schadensfälle, sondern die Schadenshöhe im Einzelfall. Besonders betroffen
29 sind freiberufliche Hebammen und Entbindungspfleger*innen. Auch der zuletzt beschlossene
30 Sicherstellungszuschlag, ändert an dieser Situation wenig. Hebammen und
31 Entbindungspfleger*innen bekommen den Zuschlag nur dann, wenn sie eine Mindestanzahl an
32 geforderten geburtshilflichen Leistung innerhalb eines festgelegten Zeitraumes erbringen. Alle

1 Hebammen bzw. Entbindungspfleger*innen haben dabei fest definierte Abzüge von den
2 Gesamtprämien, welche nicht erstatt werden und nicht durch mehr erbrachte geburtshilfliche
3 Leistungen auszugleichen sind. Hinzu kommt, dass die Abzüge mit steigenden Haftpflichtkosten
4 prozentual ansteigen. Hebammen bzw. Entbindungspfleger*innen, die sehr wenige geburtshilfliche
5 Leistungen mit den Krankenkassen abrechnen können, bekommen nun überhaupt keinen Ausgleich
6 mehr, da der Anspruch für diesen Sicherstellungszuschlag an die Bedingung geknüpft ist, dass
7 mindestens eine geburtshilfliche Leistung pro Quartal abgerechnet werden kann.

8 Wir fordern daher:

- 9 • Einen Haftpflicht Fonds, wie vom Deutschen Hebammenverband gefordert.

10 **Begründung:**

11 *erfolgt mündlich.*

12 **Anmerkungen:**

13 [1] <https://www.hebammenverband.de/beruf-hebamme/was-machen-hebammen/>

14 [2] Eckpunkte der Stellungnahme zum Geburtshilfe-Stärkungsgesetz: Hebammenverband:
15 [https://www.hebammenverband.de/index.php?eID=tx_securedownloads&p=5472&u=0&g=0&t=](https://www.hebammenverband.de/index.php?eID=tx_securedownloads&p=5472&u=0&g=0&t=1592759138&hash=e94c0abd9a8ed80736bd4dbc2ac4747f8b2886fb&file=/fileadmin/user_upload/1592759138&hash=e94c0abd9a8ed80736bd4dbc2ac4747f8b2886fb&file=/fileadmin/user_upload)
16 [1592759138&hash=e94c0abd9a8ed80736bd4dbc2ac4747f8b2886fb&file=/fileadmin/user_upload](https://www.hebammenverband.de/index.php?eID=tx_securedownloads&p=5472&u=0&g=0&t=1592759138&hash=e94c0abd9a8ed80736bd4dbc2ac4747f8b2886fb&file=/fileadmin/user_upload/1592759138&hash=e94c0abd9a8ed80736bd4dbc2ac4747f8b2886fb&file=/fileadmin/user_upload)
17 [/pdf/Stellungnahmen/20200212_Eckpunkte_Geburtshilfe-](https://www.hebammenverband.de/index.php?eID=tx_securedownloads&p=5472&u=0&g=0&t=1592759138&hash=e94c0abd9a8ed80736bd4dbc2ac4747f8b2886fb&file=/fileadmin/user_upload/1592759138&hash=e94c0abd9a8ed80736bd4dbc2ac4747f8b2886fb&file=/fileadmin/user_upload)
18 [Staerkungsgesetz_Hebammenverband_final.pdf](https://www.hebammenverband.de/index.php?eID=tx_securedownloads&p=5472&u=0&g=0&t=1592759138&hash=e94c0abd9a8ed80736bd4dbc2ac4747f8b2886fb&file=/fileadmin/user_upload/1592759138&hash=e94c0abd9a8ed80736bd4dbc2ac4747f8b2886fb&file=/fileadmin/user_upload)

G4

Antrag: „**Homöopathie, beweis doch erstmal, dass du wirkst!**“

Antragsteller*in: Juso-Unterbezirksvorstand & Juso-Stadtverbandsvorstand

Weiterleitung: Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Bundeskongress, SPD Unterbezirksparteitag und SPD Landesparteitag

Die Juso-Unterbezirkskonferenz möge beschließen:

1 20 Millionen von 40 Milliarden Euro Arzneimittelausgaben werden jährlich von den gesetzlichen
2 Krankenkassen für homöopathische Behandlungen bezahlt. Dieses Geld stammt von der
3 Solidargemeinschaft.

4 Die Wirksamkeit von homöopathischen Behandlungen ist nicht wissenschaftlich erwiesen. Einige
5 Studien berichten zwar von der Wirksamkeit der Homöopathie, doch sind diese zum Teil im
6 Studiendesign fraglich [1]. Der wissenschaftliche Konsens ist jedoch, dass die Wirksamkeit von
7 Homöopathie nicht über den Placeboeffekt hinaus geht [2]. Jedes Medikament muss vor seiner
8 Zulassung langwierige Zulassungsverfahren bestehen, in diesen wird durch multizentrische
9 doppelverblindete randomisierte kontrollierte Studien die Wirksamkeit belegt. Diese Praxis gibt es,
10 um Patient*innen zu schützen und um das Geld der Solidargemeinschaft sinnvoll einzusetzen.
11 Homöopathische Mittel haben ihre Wirksamkeit nie eindeutig in solchen Studien belegt.

- 12 • Deswegen fordern wir, dass homöopathische Behandlungen nicht mehr von den
13 gesetzlichen Krankenkassen bezahlt werden, bis die gleichen Zulassungskriterien, die auch
14 andere Medikamente erfüllen müssen, erfüllt sind.
- 15 • Desweiteren fordern wir, dass das so eingesparte Geld in die Versorgung der Patient*innen
16 reinvestiert wird.

17 Ein Großteil der Effekte von homöopathischen Behandlungen beruht auf der menschlichen
18 Zuwendung, die Patient*innen durch die Behandler*innen erfahren und auf der Erwartungshaltung
19 der Behandler*innen. Dieser Benefit soll nicht nur finanziell besser gestellten Patient*innen
20 zuteilwerden, sondern allen Menschen. Das reinvestierte Geld soll helfen, Gesprächen und
21 menschlicher Zuwendung im medizinischen Sektor wieder einen größeren Stellenwert
22 einzuräumen.

23 **Begründung:**

24 *erfolgt mündlich.*

1 **Anmerkungen:**

2 [1] Hahn, R. G. (2013). Homeopathy: Meta-Analyses of Pooled Clinical Data. Complement Med Res
3 20, 376–381.

4 [2] Teixeira, M. Z., Guedes, C. H. F. F., Barreto, P. V. & Martins, M.A. (2010). The placebo effect and
5 homeopathy. Homeopathy 99, 119–129.

G5

Antrag: **Infektprävention**

Antragsteller*in: Juso-Unterbezirksvorstand & Juso-Stadtverbandsvorstand

Weiterleitung: Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag

Die Juso-Unterbezirkskonferenz möge beschließen:

1 Etwa 5% der Bevölkerung stehen Impfungen ablehnend gegenüber. Dabei sind Impfungen die
2 sicherste Methode, Krankheitsausbrüche von anderweitig nicht behandelbaren Erkrankungen zu
3 verhindern und somit die Geimpften und das Umfeld vor diesen Erkrankungen zu schützen.
4 Immungeschwächte und chronisch Kranke können gegen einige Erkrankungen selbst nicht geimpft
5 werden, sie können deshalb nur durch eine ausreichend hohe Impfquote der umgebenden
6 Bevölkerung effektiv vor einer Infektion geschützt werden (sog. Herdenimmunität).

7 Wir fordern daher eine umfassende öffentliche Aufklärungskampagne sowie verpflichtende
8 Aufklärungen der Erziehungsberechtigten über Impfungen bei den U-Untersuchungen. Diese
9 Aufklärung soll gezielt auch das Vorgehen gegen Fehlinformationen und die Folgen von
10 impfpräventiven Erkrankungen enthalten.

11 Wer seinem Kind notwendige medizinische Behandlungen vorenthält, vernachlässigt das Kind und
12 gefährdet das Wohlergehen des Kindes. Ebenso sollte es sich mit Präventionsmaßnahmen wie
13 Impfungen verhalten, denn auch sie sind die einzige Behandlung von vielen Infektionskrankheiten.
14 Das Unterlassen von empfohlenen Impfungen gefährdet also wissentlich die Gesundheit und das
15 Leben der Schutzbefohlenen und des persönlichen Umfeldes. Die persönliche Entfaltungsrechte der
16 Erziehungsberechtigten enden, wo die körperliche Unversehrtheit ihrer Kinder gefährdet wird.
17 Deshalb fordern wir eine gesetzliche Impfpflicht für Minderjährige für alle von der STIKO (Ständige
18 Impfkommision am Robert-Koch-Institut) empfohlenen Impfungen.

Begründung:

19
20 Aktuell liegt die Impfquote (Anteil der Geimpften an der Allgemeinbevölkerung) für die erste
21 Masern-Impfung bei 97% der Schulanfänger*innen, für die zweite Impfung aber nur bei 93%. Der
22 Großteil der Bevölkerung lässt seine Kinder also impfen, für eine ausreichende „Herden-immunität“
23 ist allerdings ein Anteil von mindestens 95% notwendig. 4% der Schulanfänger*innen sind
24 dementsprechend nicht wegen fehlenden Willens, sondern wegen Versäumnissen nicht
25 ausreichend geschützt [1]. Diese Menschen (sowie ihr Umfeld) könnten mit einer gesetzlichen
26 Pflicht erreicht werden. Außerdem müssen wir – strategisch gedacht – durch die Forderung nach

1 einer Impfpflicht keine große Ablehnung befürchten, weil die Zustimmung zu einer Impfpflicht bei
2 rund 77% liegt.

3 In der Debatte um mögliche „Impfschäden“ wird meistens eine manipulierte britische Studie von
4 1998 von Wakefield zitiert [2]. Darin wurde ein Zusammenhang zwischen der MMR-Impfung
5 (Masern, Mumps, Röteln) und der angeblich erhöhten Inzidenz von Autismus-Spektrum-Störungen
6 hergestellt. Die Studie wurde mehrfach widerlegt und unethische Forschungsmethoden des
7 Autors nachgewiesen [3]. In der laufenden Debatte werden vor diesem Hintergrund aber autistische
8 Störungen dämonisiert. Impfgegner*innen werfen Autismus als „entmenschlichende
9 Geisteserkrankung“ in die Waagschale gegenüber den statistischen Erfolgen von Impfungen. Diese
10 Abwertung von Menschen mit Autismus-Spektrum-Störungen, die von Impfgegner*innen
11 vorgenommen wird, verurteilen wir scharf!

12 Impfstoffe sind die sichersten Arzneimittel, die auf dem europäischen Markt vorhanden sind. Sie
13 unterliegen weit strengeren Zulassungskriterien als andere Arzneimittel. Auch wenn Impfungen
14 zugelassen sind, werden sie erst nach gründlicher epidemiologischer Prüfung und Abwägung
15 gegenüber nachgewiesenen unerwünschten Wirkungen empfohlen. Für diese aufwändig
16 erarbeitete Empfehlung setzt das Bundesgesundheitsministerium zusammen mit den obersten
17 Landesgesundheitsbehörden die STIKO ein, deren Mitglieder dreijährig neu berufen werden und
18 Expert*innen auf ihrem jeweiligen Gebiet sind. Dabei wird besonders auf die Unbefangenheit der
19 Kommissionsmitglieder geachtet. Die Zusammensetzung ist stets öffentlich transparent und alle
20 Entscheidungen müssen umfassend wissenschaftlich belegt sein. Daher entspricht eine
21 Impfeempfehlung durch die STIKO einer umfassenden wissenschaftlichen Beratung an die politisch
22 Verantwortlichen.

23 **Anmerkungen:**

24 [1] Robert-Koch-Institut (2019): Impfquoten bei der Schuleingangsuntersuchung in Deutschland
25 2017.

26 [2] Wakefield AJ, Murch SH, Anthony A, Linnell J, Casson DM, Malik M, Berelowitz M, Dhillon AP,
27 Thomson MA, Harvey P, et al. (1998): Ileal-lymphoid-nodular hyperplasia, non-specific colitis, and
28 pervasive developmental disorder in children. Lancet Lond Engl 351, 637–641

29 [3] Taylor B, Miller E, Farrington CP, Petropoulos MC, Favot-Mayaud I, Li J, Waight PA (1999):
30 Autism and measles, mumps, and rubella vaccine: no epidemiological evidence for a causal
31 association. Lancet Lond Engl 353, 2026–2029

11

Antrag: **Beziehungstat? Femizide!**

Antragsteller*in: Juso-Unterbezirksvorstand & Juso-Stadtverbandsvorstand

Weiterleitung: Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Landeskonferenz, Bundeskongress, SPD-Unterbezirksparteitag

Die Juso-Unterbezirkskonferenz möge beschließen:

1 "Familiendrama", "Beziehungstat" oder "Eifersuchtstat". So werden Morde an Frauen* in den
2 Medien oftmals genannt. Diese Begriffe erwecken den Eindruck, dass die Frauen* eine Mitschuld
3 an dem hätten, was mit ihnen passiert. Diese Verharmlosung ist zutiefst sexistisch und spiegelt in
4 keinsten Weise die Realität wider. Alle drei Tage wird in Deutschland eine Frau* von ihrem (Ex-)
5 Partner getötet.

6 Die Verharmlosung dieser Taten passiert aber nicht nur in den Medien, sondern auch im sich
7 anschließenden Verfahren. "Trennungstötungen", wie diese Verbrechen genannt werden, werden
8 zumeist nicht als Mord gewertet, sondern als Totschlag, da keine niedrigen Beweggründe vorlägen.
9 Der Bundesgerichtshof hat erst 2019 diese Rechtspraxis zementiert und entschied dazu: "Wenn die
10 Trennung von dem Tatopfer ausgeht und sich daher der Angeklagte durch die Tat gerade dessen
11 selbst beraubt, was er eigentlich nicht verlieren will".

12 Durch dieses Urteil manifestiert sich der patriarchale Besitzanspruch. Frauen* bekommen damit eine
13 Mitschuld, weil sie diesen Besitzanspruch verletzt haben. Mit solchen Urteilen wird das Bild des
14 Mannes als "Eigentümer", "Besitzer" und "Herrscher" über die Frau festgeschrieben. In dieser Logik
15 eignet sich der Mann den Besitz an der Frau durch den Mord wieder an. Der Mann nimmt sich nur
16 das, was ihm zusteht.

17 Dabei ist es ganz anders: Es ist der Frauen*hass des Mannes, der zum Mord führt, nicht die
18 Entscheidungen der Frau. Deshalb sollten wir diese Taten nennen, was sie sind. Es sind Femizide.
19 Deshalb fordern wir:

- 20 • Femizide müssen in den polizeilichen Statistiken als Hassverbrechen erfasst werden
- 21 • Trennungstötungen müssen als Femizide gewertet werden
- 22 • Femizide müssen als solche benannt werden
- 23 • Femizide müssen in der juristischen Praxis als solche anerkannt werden, daher muss dieser
24 Tatbestand in die juristische Ausbildung aufgenommen werden und Richter*innen müssen
25 zu diesem Thema geschult werden

- 1 **Begründung:**
- 2 *erfolgt mündlich.*

12

Antrag: **Hufeisen im Reitstall lassen**

Antragsteller*in: Juso-Unterbezirksvorstand & Juso-Stadtverbandsvorstand

Weiterleitung: Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Landeskonferenz, Bundeskongress, SPD-Unterbezirksparteitag

Die Juso-Unterbezirkskonferenz möge beschließen:

1 Im Zuge verschiedener aktueller Ereignisse, beispielsweise nach dem Anschlag von Hanau, bei
2 denen rechtsextreme Taten verübt wurden, geschieht ein wiederkehrendes Muster. Anstatt diese
3 rechten Taten zu verurteilen und nach Ursachen und Lösungen für das Problem zu suchen, werden
4 Debatten aufgemacht, die nach dem Motto "Jeder Extremist ist Mist" am eigentlichen Thema
5 vorbeigehen. Dabei werden in diesen Diskussionen links- und rechtsextremes Gedankengut
6 gleichgesetzt. Über nahezu alle Parteien hinweg schaffen Politiker*innen es nicht, diese Gewalttaten
7 zu verurteilen, ohne gleichzeitig auch auf "die Gefahr von Links" hinzuweisen.

8 Ein grober Irrtum. Wie schon das Känguru richtig erkannt hat: „Es gibt einen Unterschied. Die einen
9 zünden Ausländer an, die anderen Autos. Und Autos anzünden ist schlimmer. Denn es hätte mein
10 Auto sein können. Ausländer besitze ich keine.“ [1]. Was das Känguru beziehungsweise Marc-Uwe
11 Kling hier polemisch ausdrückt ist, dass es einen Unterschied zwischen Links- und
12 Rechtsextremismus gibt, der sich ideologisch manifestiert. Diese Unterscheidung wird von
13 Vertreter*innen der sogenannten Extremismustheorie, auch Hufeisentheorie genannt, verleugnet.

14 Weit verbreitet unter Verfechter*innen der Extremismustheorie ist die Annahme, beide "Ränder"
15 stellten gleichermaßen eine Gefahr für unsere Demokratie dar. Es sind jedoch im Gegenteil oft
16 gerade diese als "linksextremistisch" abgestempelten Gruppen und Initiativen, die die Werte
17 unserer Demokratie und des Grundgesetzes schützen. Sie treten ein für Menschenwürde,
18 Gleichberechtigung und gegen jegliche Diskriminierung. Sie retten Menschenleben auf dem
19 Mittelmeer, unterstützen Geflüchtete vor Ort und stellen sich Nazis auf der Straße entgegen. Vielen
20 linken Bewegungen geht es zudem sogar um mehr demokratische Mitbestimmung, wohingegen
21 das Ziel von Rechtsextremist*innen die Zerstörung derselben ist [2].

22 Doch nicht nur die verharmlosende Gleichsetzung von Rechts- und Linksextremismus ist
23 problematisch an dieser Theorie. Denn Teil dieser Darstellung sind nicht nur die "extremistischen
24 Ränder", sondern auch eine sogenannte "gemäßigte Mitte". Was jedoch eine Partei oder politische
25 Strömung zum Teil der "Mitte" macht, bleibt dabei relativ unkonkret. Es ist deshalb kein Zufall, dass
26 sich rechte bis faschistische Parteien selbst zur bürgerlichen Mitte erklären und damit eine

1 Verschiebung des ganzen politischen Diskurses bewirken. Zudem ignoriert die Theorie komplett
2 die rassistischen und antisemitischen Tendenzen, die auch in der sogenannten "bürgerlichen Mitte"
3 Anschluss finden [3]. Auch hier findet wieder eine Verharmlosung statt, menschenfeindliche
4 Einstellungen werden ignoriert.

5 Mittlerweile ist die Extremismustheorie auch in der sozialwissenschaftlichen Forschung stark
6 kritisiert und widerlegt worden. Dabei wird vor allem der Fokus auf die Vereinfachung und
7 Eindimensionalität der Theorie gelegt. So betont Prof. Dr. Stöss, Politikprofessor an der FU Berlin,
8 dass sich die politische Realität wie im Extremismus Konzept nicht auf einer einzigen Achse (Rechts
9 – Mitte – Links) abbilden lasse und für die wissenschaftliche Analyse viel zu unterkomplex sei.

10 Auch Prof. Dr. Salzborn, ebenfalls Politologe, lehnt die Extremismustheorie ab [4]. Sie verharmlose
11 den Rechtsextremismus. Eine dynamische, komplexere Theorie sei notwendig, um die Dimensionen
12 richtig darstellen zu können.

13 Viele Expert*innen halten die derzeit gängige Extremismustheorie für unterkomplex und falsch,
14 trotzdem argumentieren Jusos und vor allem Parteistrukturen trotzdem noch immer mit ihr. Sie
15 veröffentlichen Stellungnahmen, die diese unterstützen und handeln zum Teil aufgrund der
16 Analysen dieser. Das muss endlich aufhören. Wir müssen endlich in der kompletten Partei mit all
17 ihren Gliederungen am Puls der Wissenschaft ankommen und die Extremismustheorie ablehnen.

18 Deshalb fordern wir:

- 19 • die Jusos und die SPD müssen sich von der Extremismustheorie distanzieren
- 20 • keine öffentlichen Stellungnahmen, wie zum Beispiel Pressemitteilungen, die sich dieser
21 Theorie bedienen
- 22 • klare Statements gegen Rechts, ohne die Einbeziehung von "Linksextremismus", besonders
23 wenn dieser mit dem aktuellen Vorfall nichts zu tun hat
- 24 • die SPD muss sich dafür einsetzen, dass die Extremismustheorie aus der politischen Analyse
25 verdrängt wird und durch aktuelle wissenschaftliche Theorien ersetzt wird. Dazu gehört
26 auch das Einsetzen für mehr Forschungsmittel.
- 27 • bei Vorfällen, bei denen sich andere Parteien der Extremismustheorie bedienen, soll die SPD
28 auf die Mängel dieser hinweisen

29 **Begründung:**

30 *erfolgt mündlich.*

31 **Anmerkungen:**

- 1 [1] Aus: Marc-Uwe Kling: Die Känguru Offenbarung.
- 2 [2] Vgl. [https://www.bpb.de/politik/extremismus/linksextremismus/263507/contra-](https://www.bpb.de/politik/extremismus/linksextremismus/263507/contra-extremismusmodell)
- 3 [extremismusmodell](https://www.bpb.de/politik/extremismus/linksextremismus/263507/contra-extremismusmodell), zuletzt aufgerufen am 21.03.2020
- 4 [3] Vgl. dazu: [https://www.zdf.de/nachrichten/politik/hufeisentheorie-hufeisenschema-](https://www.zdf.de/nachrichten/politik/hufeisentheorie-hufeisenschema-rechtsextremismus-afd-linke-thueringen-102.html)
- 5 [rechtsextremismus-afd-linke-thueringen-102.html](https://www.zdf.de/nachrichten/politik/hufeisentheorie-hufeisenschema-rechtsextremismus-afd-linke-thueringen-102.html), zuletzt aufgerufen am 21.03.2020
- 6 [4] Vgl. z.B. Samuel Salzborn: Rechtsextremismus. Erscheinungsformen und Erklärungsansätze.

13

Antrag: **Gesetzesänderung der Abgabenordnung**

Antragsteller*in: Juso-Unterbezirksvorstand & Juso-Stadtverbandsvorstand

Weiterleitung: Juso-Bezirkskonferenz, SPD-Unterbezirksparteitag, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag

Die Juso-Unterbezirkskonferenz möge beschließen:

1 Wir fordern die Änderung der Abgabenordnung in §52. In Absatz 2, Ziffer 18 soll hinter Frauen und
2 Männer ergänzt werden:

3 *„sowie trans und queeren Personen.“*

4 In Absatz 2, Ziffer 19 soll hinter Ehe und Familie ergänzt werden:

5 *„gleichgeschlechtliche und verschiedengeschlechtliche Lebensweisen.“*

6 **Begründung:**

7 Momentan werden vielen Vereinen die Gemeinnützigkeit aberkannt, weil sie nicht den Kriterien des
8 §52 AO entsprechen.

9 Vereine wie das Queere Zentrum in Göttingen, die queere Personen beraten und ihnen eine
10 Anlaufstelle bieten, sind essentiell. Ohne solche und viele weitere ähnliche Angebote gäbe es eine
11 große Lücke. Wenn solchen Vereinen die Gemeinnützigkeit abgesprochen würde, stünden sie vor
12 dem Aus. Das muss auf jeden Fall verhindert werden! Eine Änderung der Abgabenordnung des §52
13 AO ist daher notwendig, um die Zukunft dieser Vereine zu bewahren und diesen Paragraphen ins
14 21. Jahrhundert zu holen.

K1

Antrag: **Autofreie Zonen vor Grundschulen: Verkehrschaos eindämmen**

Antragsteller*in: Juso-Unterbezirksvorstand & Juso-Stadtverbandsvorstand

Weiterleitung: SPD-Stadtverband Göttingen, SPD-Unterbezirksparteitag

Die Juso-Unterbezirkskonferenz möge beschließen:

1 Jeden Morgen kommt es vor Göttinger Schulen zu Staus und Behinderungen im Straßenverkehr,
2 verursacht durch anhaltende Autos, mit denen viele Eltern ihre Kinder zur Schule bringen. Ob aus
3 Sorge, dass den eigenen Kindern auf dem Schulweg etwas passieren könnte, ob die Schule auf dem
4 Weg zur Arbeit der Eltern liegt oder anderweitigen Gründen ist das Auto für viele Schüler*innen
5 das normale Verkehrsmittel, um zur Schule zu kommen. Oft wird dabei nur vor dem Schultor, auf
6 der Straße oder dem Fußweg angehalten, um das Kind rausspringen zu lassen, Hauptsache jedoch
7 möglichst nah bei der Schule. Neben der Behinderung anderer Verkehrsteilnehmer*innen stellen
8 die sogenannten „Eltern-Taxis“ jedoch gerade für die Schulkinder eine besondere Gefahr dar.
9 Mehrfach ist es in verschiedenen Städten schon zu Unfällen gekommen. Verschärft wird die
10 Situation besonders dann, wenn bei der Schule nur wenige Parkplätze vorhanden sind, die auch
11 und vor allem durch die Lehrkräfte genutzt werden müssen, und wenn die Schule in einem Bereich
12 liegt, in der die Straßen eng und die Halte- und Wendemöglichkeiten begrenzt sind.

13 Beispiel Höltytschule: Die Grundschule im Ostviertel der Stadt Göttingen liegt an einer Sackgasse,
14 eine andere Zufahrtmöglichkeit gibt es nicht. Die wenigen Parkplätze müssen sich mit der
15 gegenüberliegenden KiTa geteilt werden und reichen kaum für die Lehrkräfte und Erzieher*innen.
16 Trotzdem fühlen sich viele Eltern bemüßigt in die Sackgasse hoch zu fahren, um ihr Kind direkt vor
17 der Schule abzusetzen. Aufgrund der fehlenden Wendemöglichkeit führt dies bei der Anzahl der
18 Autos jeden Morgen zu Rückstaus bis zum unteren Ende der Sackgasse, Autos blockieren sich
19 gegenseitig, alle Fahrenden sind gestresst.

20 Die Leidtragenden sind dabei die Kinder, denn das Chaos vor den Schulen führt regelmäßig zu
21 gefährlichen Situationen. Schüler*innen, die zu Fuß oder mit dem Fahrrad zur Schule kommen,
22 müssen sich zwischen den stehenden Autos hindurchzwängen und können dabei leicht übersehen
23 werden. Aufgrund ihrer Größe werden die Kinder nicht nur im toten Winkel übersehen, sondern
24 auch, wenn sie dicht vor oder hinter einem Auto langlaufen. Der bei allen Fahrer*innen hohe
25 Stresspegel aufgrund des Chaos und des Zeitmangels erhöht das Risiko eines Unfalls darüber

1 hinaus. Außerdem atmen die Kinder zwangsläufig Abgase der Autos ein, wenn sie zwischen diesen
2 hindurchlaufen.

3 Lösungen für dieses Problem können neben Aufklärung der Kinder und Eltern, die offensichtlich
4 nicht ausreicht, auch Zufahrtsbeschränkungen sein. Eine andere Idee sind extra eingerichtete Zonen
5 zum An- und Abholen in einiger Entfernung der Schule, wie sie bereits in anderen Städten getestet
6 werden.

7 Wir positionieren uns gegen sogenannte „Elterntaxis“. Deshalb fordern wir:

- 8 • Stärkere Berücksichtigung von Verkehrsführung in der Nähe von Schulen bei der
9 Stadtplanung
- 10 • Neubewertung der Verkehrssituation vor allen Göttinger Schulen
- 11 • Prüfung von Möglichkeiten zur Einrichtung von Bring- und Abholzonen
- 12 • Gegebenenfalls Sperrung von Zufahrtsstraßen (außer für Anlieger und Lehrkräfte)
- 13 • Ausreichend Stellplätze für Fahrräder und Roller für Lehrkräfte und Schüler*innen
- 14 • Für die Hölty-Schule: Zufahrt der Sackgasse nur für Anlieger und Lehrkräfte

15 **Begründung:**

16 *erfolgt mündlich.*

K2

Antrag: **Jugendnetzkarte für den VSN**

Antragsteller*in: Juso-Unterbezirksvorstand & Juso-Stadtverbandsvorstand

Weiterleitung: SPD-Unterbezirksparteitag, SPD-Stadtratsfraktion Göttingen, SPD-Kreistagsfraktion

Die Juso-Unterbezirkskonferenz möge beschließen:

1 Umwelt- und klimabewusste Mobilität fördern und zugleich auf den sozialen Ausgleich achten –
2 das ist eine der größten Herausforderungen für die heutige Sozialdemokratie. Wir wollen die
3 Verkehrswende, aber wir wollen sie nicht zu Lasten der finanziell schlechter gestellten, sondern
4 sozial gerecht für Alle.

5 Die Jugendnetzkarte ist ein erster Schritt auf dem Weg zu diesem Ziel. Die Idee: Schüler*innen und
6 Freiwilligendienstleistende nutzen für 15 Euro einen Monat lang den gesamten VSN. Die Vorteile
7 liegen klar auf der Hand: Wir entlasten dadurch tausende junge Menschen und deren Familien
8 durch ein einfaches, günstiges Ticket. So fördern wir die Mobilität dieser jungen Menschen und
9 ermöglichen ihnen bessere Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Gerade in einer ländlichen Region
10 wie unserer ist es elementar, dass auch junge Menschen auf dem Land gut mobil sein können und
11 die Möglichkeit haben, günstig in die nächste Stadt zu kommen. Auch können wir mit einem
12 günstigen Ticket vielleicht die eine oder andere zum Umstieg vom Auto auf den ÖPNV bewegen.
13 Durch das günstige Angebot werden junge Menschen zudem dazu motiviert den ÖPNV zu nutzen
14 und wenn sie dies tun und sich daran gewöhnen, dann werden sie auch später hoffentlich eher den
15 ÖPNV nutzen.

16 Die Erfahrungen der Region Hannover, die ein solches Ticket vor zwei Jahren eingeführt hat, sind
17 durchweg positiv. Sie wird von der Zielgruppe super gut angenommen und hat tausende Familien
18 finanziell entlastet.

19 Daher fordern wir die Einführung einer Jugendnetzkarte auch für die Tarifgebiete des
20 Verkehrsverbunds Südniedersachsen (VSN).

21 **Begründung:**

22 *erfolgt mündlich.*

K3

Antrag: **Ausflug zum Kehr mit Bus statt Auto**

Antragsteller*in: Juso-Unterbezirksvorstand & Juso-Stadtverbandsvorstand

Weiterleitung: SPD-Stadtverband Göttingen, SPD-Unterbezirksparteitag

Die Juso-Unterbezirkskonferenz möge beschließen:

1 In den Jahren 2017 und 2018 wurde Sommermonaten nach langer Zeit wieder eine Busverbindung
2 zum Kehr mit Bussen der GöVB bedient [1]. Dies begrüßen wir sehr, da eine Busanbindung des
3 (Nah-)Erholungsgebiets und beliebten Ausflugsziels für viele Göttinger*innen vielen Menschen
4 einen Besuch ermöglicht, für die die Anfahrt sonst nicht möglich wäre – und motiviert andere, das
5 Auto stehen zu lassen. Das Aus dieses Probebetriebes finden wir daher sehr bedauerlich und
6 fordern eine schnelle Wiederaufnahme. Als Gründe für die Einstellung des Busbetriebes zum Kehr
7 wurden damals unter anderem ein zu geringes Fahrgastaufkommen, der schlechte Zustand der
8 Straße [2] und durch parkende Autos verursachte fehlende Wendemöglichkeiten für die Busse [3]
9 genannt. Die Parksituation am Kehr ist an gut besuchten Tagen ohnehin desaströs. Damit sich der
10 Bus wieder rentiert, schlagen wir eine Reihe von Maßnahmen vor, die das Fahrgastaufkommen auf
11 dieser Strecke steigern und gleichzeitig einen Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz leisten würden.

12 Wir fordern:

- 13 • Sperrung der Zufahrtsstraßen für den Individualverkehr mit Ausnahme des für die
14 Bewirtung der Reitanlagen und Gastronomieangebote nötigen Verkehrs.
- 15 • Schaffung einer Wendemöglichkeit für Busse sowie mehr Außensitzplätzen an Stelle der
16 Parkplatzflächen
- 17 • Ausbesserung der Straße für den Bus- und Radverkehr
- 18 • Die Idee eines Bürger*innen-Bus lehnen wir ab, solange dieser nur durch unbezahltes
19 Engagement betrieben wird

20 **Begründung:**

21 Ein Verbot von privaten PKW würde nicht nur die Nachfrage nach der Busverbindung erhöhen,
22 sondern auch die Straße schonen, die ohnehin in einem sehr schlechten Zustand ist. Zusätzlich
23 würden oben am Kehr die Parkflächen wegfallen und damit ausreichend Platz für
24 Wendemöglichkeiten der Busse zur Verfügung stehen. Auch der Außenbereich der

1 Gastronomieangebote könnte durch mehr Sitzplätze vergrößert werden. Geringere Abgaswerte,
2 Reduzierung des CO2 Ausstoßes und geringere Feinstaubbelastung im Erholungsgebiet sorgen
3 zudem für noch bessere Luft, weniger Lärm zu mehr Raum für Entspannung. Außerdem ermöglicht
4 erst eine Busverbindung für viele Menschen den Zugang zum Kehr, wie Menschen, die aus
5 unterschiedlichen Gründen kein Auto besitzen und/ oder aufgrund einer Beeinträchtigung in ihrer
6 Mobilität eingeschränkt sind. Wir unterstützen deshalb den Einsatz der SPD in Göttingen für die
7 Wiederaufnahme einer Busverbindung, fordern aber weitreichendere Maßnahmen.

8 **Anmerkungen:**

9 [1] [https://www.goettinger-tageblatt.de/Die-Region/Goettingen/Faehrt-doch-bald-wieder-ein-](https://www.goettinger-tageblatt.de/Die-Region/Goettingen/Faehrt-doch-bald-wieder-ein-Bus-zum-Kehr-im-Goettinger-Stadtwald)
10 [Bus-zum-Kehr-im-Goettinger-Stadtwald](https://www.goettinger-tageblatt.de/Die-Region/Goettingen/Faehrt-doch-bald-wieder-ein-Bus-zum-Kehr-im-Goettinger-Stadtwald), aufgerufen am 16.03.2020

11 [2] [https://www.goettinger-tageblatt.de/Die-Region/Goettingen/Faehrt-doch-bald-wieder-ein-](https://www.goettinger-tageblatt.de/Die-Region/Goettingen/Faehrt-doch-bald-wieder-ein-Bus-zum-Kehr-im-Goettinger-Stadtwald)
12 [Bus-zum-Kehr-im-Goettinger-Stadtwald](https://www.goettinger-tageblatt.de/Die-Region/Goettingen/Faehrt-doch-bald-wieder-ein-Bus-zum-Kehr-im-Goettinger-Stadtwald), aufgerufen am 16.03.2020

13 [3] [https://www.goettinger-tageblatt.de/Die-Region/Goettingen/Ausschuss-fuer-Umwelt-](https://www.goettinger-tageblatt.de/Die-Region/Goettingen/Ausschuss-fuer-Umwelt-Klimaschutz-und-Mobilitaet-Kein-Bus-mehr-zum-Kehr)
14 [Klimaschutz-und-Mobilitaet-Kein-Bus-mehr-zum-Kehr](https://www.goettinger-tageblatt.de/Die-Region/Goettingen/Ausschuss-fuer-Umwelt-Klimaschutz-und-Mobilitaet-Kein-Bus-mehr-zum-Kehr), aufgerufen am 16.03.2020

K4

Antrag: **Dem Morgenrot entgegen – unser Fahrplan für die Kommunalwahl 2021**

Antragsteller*in: Juso-Unterbezirksvorstand & Juso-Stadtverbandsvorstand

Weiterleitung: SPD-Stadtverband Göttingen, SPD-Unterbezirksparteitag

Die Juso-Unterbezirkskonferenz möge beschließen:

1 Die Kommunalwahlen 2021 werden richtungsweisend – für Göttingen und für die SPD. Es wird
2 darum gehen, ob Göttingen weiter von einem SPD-Oberbürgermeister regiert wird, ob es im
3 Landkreis weiterhin einen sozialdemokratischen Landrat oder eine sozialdemokratische Landrätin
4 gibt und ob wir im Kreistag und Stadtrat weiterhin die größte Fraktion sein werden. Denn trotz
5 Erfolgserlebnissen wie der Wahl in Hamburg muss klar sein: Die existentielle Krise unserer Partei ist
6 bei weitem noch nicht abgewendet.

7 Darüber nun in Panik zu verfallen ist wenig sinnvoll. Vielmehr sollte uns das Bewusstsein über diese
8 Tatsache noch mehr motivieren im Wahlkampf und seiner Vorbereitung alles zu geben. Die
9 vergangenen Jahre haben gezeigt, dass ohne unseren großen Einsatz kein Wahlkampf für die SPD
10 zu stemmen ist. Aus dieser Tatsache folgt einerseits unser Anspruch, die Ausrichtung unserer Partei
11 – inhaltlich wie personell – maßgeblich mitzubestimmen. Andererseits begründet unsere
12 Kampagnenfähigkeit auch die Verantwortung, mit besonders akribischer Vorbereitung in den
13 Kommunalwahlkampf zu gehen.

14 Wir möchten erreichen, dass in Göttingen progressive, soziale und umweltgerechte Politik gemacht
15 wird. Dazu braucht es eine starke SPD mit jungsozialistischen Einflüssen.

16 Konkret bedeutet das:

17 **Kandidierende**

18 In einem Kommunalparlament sollten alle Bevölkerungsschichten abgebildet werden. Leider bilden
19 meist Männer die Mehrheit. Wir setzen uns daher gezielt für die Kandidatur von (jungen) Frauen*
20 ein. Außerdem sollten die Kandidierenden sich mit den sozialdemokratischen Werten identifizieren
21 und vor Ort gut verankert sein.

22 Bei der Wahl des Stadtrats setzen wir uns gezielt für eine*n Juso-Kandidat*in ein. Dafür werden wir
23 eine geeignete Person bei den Göttinger Ortsvereinen vorstellen. Sie sollte die Werte der Jusos
24 repräsentieren und die Belange von jungen Menschen vertreten. Gerade in einer jungen Stadt wie
25 Göttingen sollten die Interessen von jungen Menschen besonders berücksichtigt werden. Wir

1 fordern, dass die Juso-Kandidatur auf einem der obersten 4 Listenplätze steht. Uns ist es wichtig
2 nicht nur Symbolpolitik zu betreiben, sondern auch lokal mitzuentcheiden.

3 **Themen**

4 Aus aktuellem Anlass setzen wir uns dafür ein, dass der Klimawandel und Maßnahmen zur
5 Verlangsamung einen besonderen Schwerpunkt in diesem Wahlkampf bilden. Auch vor Ort kann
6 man vieles tun, um eine bessere Umweltbilanz zu erreichen, beispielsweise durch vorausschauende
7 Verkehrspolitik und guten ÖPNV. Bei der Umweltpolitik ist es uns wichtig, dass diese nicht zu Lasten
8 der Arbeiter*innen und Geringverdiener*innen geht. Deshalb setzen wir uns dafür ein, die
9 Unternehmen stärker in die Pflicht zu nehmen, um eine sozial gerechte Umweltpolitik zu machen.

10 Frauen* und Männer sind in Deutschland noch immer nicht gleichberechtigt. Sie verdienen deutlich
11 weniger und in höheren Positionen ist der Anteil an Frauen* sehr gering. Auch auf kommunaler
12 Ebene setzen wir uns für die Gleichberechtigung sowie eine verbindliche Frauenquote ein.

13 Das Kernthema der Sozialdemokratie ist die Sozialpolitik. Auch darauf werden wir einen besonderen
14 Fokus setzen. Wir setzen uns für flächendeckende Kitabetreuung und soziale Gerechtigkeit ein.
15 Auch der „Kampf gegen Rechts“ ist für uns ein wichtiges Thema in Göttingen, damit Rechtsradikale
16 hier nicht weiter Fuß fassen können.

17 Wir setzen uns für bezahlbaren Wohnraum für alle ein. Investoren sollten nicht durch
18 Modernisierungsumlagen Mieten in die Höhe treiben und so Mieter*innen vertreiben, die dort
19 schon seit Jahren leben. Außerdem sollen bei Neubauten die soziale Durchmischung sowie der Bau
20 von Sozialwohnungen berücksichtigt werden.

21 **Wahlkampfplanungen**

22 Damit der Wahlkampf reibungslos und erfolgreich über die Bühne geht, ist eine frühzeitige Planung
23 essenziell. Deshalb sollten sich schon im Laufe des Jahres 2020 alle wichtigen Akteur*innen
24 (Ortsvereine, Stadtverbandsvorstand, Stadtrat, Arbeitsgemeinschaften) gemeinsam besprechen,
25 wie der Wahlkampf ablaufen soll.

26 Fokus muss dabei natürlich das inhaltliche Wahlprogramm sein. Aber auch organisatorische Fragen
27 wie „Können die OV's allein verteilen oder brauchen sie Hilfe?“ oder „Welche größeren Aktionen
28 planen wir?“ müssen frühzeitig geklärt werden.

29 Deshalb empfiehlt es sich eine Wahlkampfkommission oder ähnliches aus den oben genannten
30 Gruppen einzusetzen, damit die Planungen frühzeitig beginnen können.

1 **Fazit**

2 Zusammen mit dem Stadtverband, dem Unterbezirk und den Ortsvereinen möchten wir erreichen,
3 dass bei den Menschen in Göttingen ankommt: Die SPD in Göttingen ist ein Garant für eine linke,
4 solidarische, ökologische, feministische und antifaschistische Kommunalpolitik. Wir kämpfen für
5 diverse Kommunalparlamente und eine hohe Wahlbeteiligung bei jungen Menschen.

6 **Begründung:**

7 *erfolgt mündlich.*

01

Antrag: **Papier sparen – Vorwärts nur auf Anfrage gedruckt versenden**

Antragsteller*in: Juso-Unterbezirksvorstand & Juso-Stadtverbandsvorstand

Weiterleitung: Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Bundeskongress, SPD-Unterbezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag

Die Juso-Unterbezirkskonferenz möge beschließen:

1 Die Zeitung der deutschen Sozialdemokratie, die Vorwärts, ist eine Zeitung mit langer Tradition von
2 historischer Bedeutung.

3 Mittlerweile jedoch wird die Zeitung von vielen Mitgliedern nicht mehr oder nur ausschnittsweise
4 gelesen und landet oftmals direkt im Altpapier. Für die Papierproduktion wird jedoch viel Energie
5 benötigt und CO₂-Ausstoß verursacht. Auch wir wollen unseren Teil dazu beitragen, Ressourcen zu
6 sparen und den Ausstoß von Treibhausgasen zu reduzieren. Wir begrüßen daher die nun
7 eingeführte Möglichkeit, die Vorwärts als e-Paper zu empfangen. Dennoch möchten wir noch einen
8 Schritt weitergehen: Wir wollen, dass die Vorwärts nur noch auf Anfrage als gedruckte Version
9 verschickt wird und die Versendung als E-Paper langfristig zum Normalfall wird. Wir fordern, dass
10 Neumitgliedern, die die Zeitung bisher nicht empfangen, die Vorwärts nur auf ausdrücklichen
11 Wunsch hin als gedruckte Version zugeschickt wird. Außerdem sollen alle Mitglieder häufiger über
12 die Möglichkeit des E-paper informiert werden, sowohl per Mail als auch in der gedruckten Version
13 selbst. Nach einiger Übergangszeit sollen alle Mitglieder, die eine E-Mail-Adresse hinterlegt haben,
14 die Vorwärts automatisch nur noch als digitales Exemplar zugeschickt bekommen, wenn sie diese
15 nicht ausdrücklich als Druckversion anfragen. Zusätzlich zu den umweltschützenden Beweggründen
16 können auf diese Weise hohe Druckkosten eingespart werden.

17 **Begründung:**

18 *erfolgt mündlich.*

02

Antrag: **Es reicht! Bunte-Socken-Pflicht für alle endlich durchsetzen!**

Antragsteller*in: Juso-Unterbezirksvorstand & Juso-Stadtverbandsvorstand

Weiterleitung: Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Landeskonferenz

Die Juso-Unterbezirkskonferenz möge beschließen:

1 Das Leben ist trist und grau. Die Kleidungsdoktrin in vielen Berufsfeldern ist strikt und lässt wenig
2 Raum zur individuellen Entfaltung zu. Als progressiver Jugendverband müssen wir uns auch gegen
3 diese Form der Einschränkung bewusst entgegenstellen. Wir Jusos fordern daher: Her mit den
4 bunten Socken!

5 Mit dem Überbegriff „bunt“ sind eine Vielzahl von Formen, Designs, Muster und Schnittformen
6 inkludiert. Egal ob kariert, gepunktet, gestreift, mit geometrischen Mustern, Symbolen, Schriftzügen
7 oder Eigenkreationen (es ist beispielsweise möglich, Gesichter und Bilder auf Socken drucken zu
8 lassen): Brechen wir mit dem weiß-grau-schwarzem Konsens!

9 Bunte Socken sind ein Ausdruck unseres Widerstands gegen veraltete Normen – und verbreiten
10 nebenher allgemeine Freude und Wohlbefinden. Natürlich wollen wir dabei nichts überstürzen: Als
11 Neueinsteiger*innen im Tragen von bunten Socken kann mit einfarbigen Signaltönen (z.B. Rot,
12 Gelb, Grün, Neontöne) begonnen werden, die Schritt für Schritt bis hin zu Mottosocken und
13 ausgefalleneren Mustern entwickelt werden können.

14 Ein weiterer Vorteil ist die indirekte Kommunikationsform bunter Socken. Heute besonders gut
15 gelaunt? Her mit den Koala-Socken! Morgen etwas angespannt: Gestreifte Socken schaffen Abhilfe.
16 Beim Lernen helfen die Eulensocken, beim Spaziergang die klein-gepunkteten Socken. – Jede Juso-
17 Gliederung kann so auch eigene Schwerpunkte hervorheben: Der Delegation aus Weser-Ems steht
18 beispielsweise für Landeskonferenzen das ganze Repertoire von maritimen und hafenwirtschaftlich-
19 bezogenen Mustern zur Verfügung: Ahoi, liebe Genoss*innen!

20 Die Maßnahme kann schrittweise erfolgen und ist dadurch niedrigschwellig und sozialverträglich.
21 Wir fordern, dass mittelfristig alle Juso-Veranstaltungen durch bunten Socken ergänzt und
22 bereichert werden. Vor allem sehen wir die Vorstände der Juso-Gliederungen hier in einer
23 Vorbildrolle: Sie geben den Takt in Sachen guter Fußbekleidung vor, ohne dabei allzu dominant
24 aufzutreten. Unsere Forderung schließt eine Übergangszeit von 3-6 Monaten je nach Ebene ein.
25 Ziel ist es, bis zum Jahreswechsel 2020/2021 vollständig auf bunte Socken umgestiegen zu sein.

- 1 **Begründung:**
- 2 *erfolgt mündlich.*

03

Antrag: **Gemeinsam kämpfen, fair streiten – für eine gute Debattenkultur innerhalb der SPD**

Antragsteller*in: Juso-Unterbezirksvorstand & Juso-Stadtverbandsvorstand

Weiterleitung: SPD-Stadtverband Göttingen, SPD-Unterbezirksparteitag

Die Juso-Unterbezirkskonferenz möge beschließen:

1 Diskussionen und Streitigkeiten aufgrund von Meinungsverschiedenheiten sind die Basis für eine
2 Demokratie und auch für die Arbeit in der SPD unersetzlich. Debatten können gerne mal härter und
3 erbitterter werden, jedoch ist gegenseitiger Respekt und Höflichkeit wichtig. Denn bei allen
4 Meinungsverschiedenheiten sind wir immer noch Genoss*innen.

5 Damit wir auch in Zukunft friedliche und respektvolle Debatten in der SPD haben, sollten wir auf
6 folgende Dinge vermehrt achten:

- 7 • Die Vorredner*in ausreden lassen und erst nach Ende der Rede vortreten
- 8 • Auch bei hitzigen Diskussionen weiterhin sachlich bleiben und sich auf die Argumente zum
9 Thema konzentrieren
- 10 • Keine Zwischenrufe bei anderen Redner*innen
- 11 • Redner*innenliste beachten
- 12 • Anträge und Redebeiträge sachlich und respektvoll kritisieren

13 Bei der Umsetzung dieser Dinge können folgende Mechanismen und Werkzeuge helfen:

- 14 • Konstruktive Kritik zu Anträgen kann z.B. über Änderungsanträge erfolgen. Diese
15 ermöglichen konkret Änderungsvorschläge zu machen und zu einer Verbesserung des
16 Antrags beizutragen. Von dieser aktiven inhaltlichen Auseinandersetzung kann unsere
17 innerverbandliche Arbeit nur profitieren.
- 18 • Eine quotierte Erstredner*innenliste sorgt dafür, dass in Debatten nicht immer wieder die
19 selben Leute reden und sorgt für mehr Redebeiträge von Frauen* und Männern, die nicht
20 schon mehrmals zu dem Thema gesprochen haben.

21 Wir sollten alle gemeinsam daran arbeiten die Debattenkultur zu verbessern und in Zukunft
22 respektvoll zu streiten.

23 **Begründung:**

24 *erfolgt mündlich.*

04

Antrag: **Die SPD? Eine antifaschistische Partei!**

Antragsteller*in: Juso-Unterbezirksvorstand & Juso-Stadtverbandsvorstand

Weiterleitung: SPD-Stadtverband Göttingen, SPD-Unterbezirksparteitag, SPD-Bezirksparteitag

Die Juso-Unterbezirkskonferenz möge beschließen:

1 Dass rechte Kräfte auf dem Vormarsch sind, wissen wir nicht erst seit Hanau. Spätestens seit dem
2 Einzug der AfD in den Bundestag ist klar: wir erleben gerade einen deutlichen Rechtsruck.

3 Die SPD ist die Partei, die für eine solidarische und gerechte Gesellschaft steht. Sie ist die einzige
4 Partei, die gegen das Ermächtigungsgesetz gestimmt hat. Viele Genoss*innen sind aktiv in
5 Bündnissen gegen Rechts, gehen gegen Nazis auf die Straße und bieten rechten Ideologien
6 argumentativ Paroli. Diese antifaschistische Linie muss nicht nur fortgesetzt, sondern auch
7 ausgebaut werden. Auch begreift sich die SPD als die Partei, die für eine offene und tolerante
8 Gesellschaft streitet. Dieser Kampf muss deutlich intensiviert werden, ganz nach dem Motto: Wehret
9 den Anfängen.

10 Deshalb fordern wir:

- 11 • Einen konkreten Aktionsplan der SPD gegen rechte Ideologien
- 12 • Die Vision einer toleranten, demokratischen und freien Gesellschaft noch stärker nach
13 außen zu tragen
- 14 • Konsequente Haltung zeigen: keine falsch verstandene Solidarität mit jenen Faschist*innen,
15 Mitgliedern der AfD oder sonstigen rechten Bewegungen, die sich selbst als Opfer
16 darstellen. Keine öffentlichen Äußerungen, die eine solche Solidarität vermuten lassen.
17 Nirgendwo und Niemals!

18 Hinter den ständigen Tabubrüchen mit anschließender Relativierung von AfD-Politiker*innen in der
19 Öffentlichkeit steckt eine Strategie, die darauf abzielt, die Grenzen des Sagbaren zu verschieben,
20 eine rechtsradikale Wähler*innenschaft anzusprechen und eine größtmögliche Medienpräsenz zu
21 erzielen. Die anschließende Relativierung soll dabei verhindern, Wähler*innen aus dem (rechts-
22)konservativen Spektrum oder Protestwähler*innen abzuschrecken. Auch der Versuch rechter
23 Parteien, sich selbst als Opfer darzustellen, ist ein Beispiel für gezielte Tatsachenverdrehung. Diese
24 Strategien müssen als solche entlarvt werden.

1 Wir fordern daher:

- 2 • Aufklärung und Sensibilisierung über die Strategien rechter Bewegungen durch
- 3 pädagogisches Personal oder Institutionen der politischen Bildung
- 4 • Verdeutlichung der Gefahren solcher Strategien.
- 5 • Zusammenarbeit mit progressiven Kräften, die gegen diese Bewegungen ankämpfen

6 In Thüringen ist das passiert, was linke Kräfte seit dem Einzug der AfD in den Bundestag befürchten:
7 bürgerliche Parteien machen gemeinsame Sache mit dieser faschistischen Partei. Dieser Tabubruch
8 muss einmalig bleiben. Und auch wenn es für die SPD selbstverständlich war bisher, möchten wir
9 noch einmal betonen:

- 10 • keine Zusammenarbeit mit der AfD! Ob in Koalitionen, in Gemeinden oder in anderen
- 11 Kontexten.

12 Für uns muss die SPD die Partei sein, die mit progressiven Kräften zusammenarbeitet, diese stärkt
13 und ausbaut.

14 Deshalb fordern wir:

- 15 • Beibehaltung und Ausbau linker, progressiver Bündnis-Strukturen
- 16 • Sichtbarkeit der SPD im Kampf gegen Rechts unter anderem über Social Media, auf
- 17 Demonstrationen und durch Beschlüsse
- 18 • Hinarbeiten auf linke Bündnisse, nicht nur parlamentarisch
- 19 • Zusammenarbeit mit Wissenschaftler*innen und deren Unterstützung bei der Erforschung
- 20 und Analyse von rechten Strukturen
- 21 • finanzielle und personelle Unterstützung von Vereinen, Verbänden und anderen Strukturen,
- 22 die rechtes Gedankengut bekämpfen wollen

23 **Begründung:**

24 *erfolgt mündlich.*

05

Antrag: **Erweiterung und Ausnahme zur Alkoholregelung des Juso-Unterbezirks und Juso-Stadtverbands Göttingen**

Antragsteller*in: Juso-Unterbezirksvorstand & Juso-Stadtverbandsvorstand

Weiterleitung:

Die Juso-Unterbezirkskonferenz möge beschließen:

1 1. Erweiterung

2 Mit dem Antrag P1 aus dem Jahr 2019 fordern wir als Jusos ein Verbot für das organisierte
3 Bereitstellen von Alkohol auf mehrtägigen Veranstaltungen. Wir nehmen das Thema sehr ernst und
4 fordern deshalb darüber hinaus auch ein Verbot zur organisierten Bereitstellung von Alkohol auf
5 eintägigen Veranstaltungen.

6 2. Ausnahme

7 Gleichzeitig fordern die Jusos Göttingen eine Ausnahme zu der oben vorgeschlagenen
8 Verbotsregelung von Alkohol für die Jahresendzeitfeier. Die Ausnahme gilt ausschließlich für die so
9 bezeichnete Veranstaltung. Die Jusos Göttingen stehen geschlossen hinter ihrem gefassten
10 Beschluss, neben der oben genannten Veranstaltung, keinen Alkohol anzubieten und sind sich über
11 die Begründung und Analyse des Antrages P1 aus dem Jahr 2019 bewusst. Besonders an diesem
12 Tag, bedarf es, entsprechend der Ausnahme, einer besonderen Awareness und Sensibilität für den
13 Konsum von Alkohol und die damit einhergehenden Folgen.

14 **Begründung:**

15 Zu 1.: Siehe Antrag P1, „Alkohol ist das Schiff, mit dem du untergehst“, von 2019.

16 Zu 2.: Auf der Jahresendzeitfeier ist immer ganz nett so.

R1

Antrag: **Wir wollen keine Floskeln! Wir wollen einen Kampf dem Antisemitismus!**

Antragsteller*in: Juso-Unterbezirksvorstand & Juso-Stadtverbandsvorstand

Weiterleitung: Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Landeskonferenz

Die Juso-Unterbezirkskonferenz möge beschließen:

1 Antisemitismus ist nicht erst seit dem Anschlag in Halle ein Bestandteil unserer Gesellschaft. Es
2 reicht nicht, nur im Zuge solcher Gräueltaten über das Vorgehen gegen Antisemitismus zu
3 sprechen. Wir müssen endlich handeln und uns diesem großen Problem stellen.

4 Deshalb fordern wir:

- 5 • Um Antisemitismus, auch wirksam, bekämpfen zu können, muss die Wurzel dieses
6 Gedankenguts erfasst werden. Deshalb muss es ein Umdenken in den in Deutschland
7 vermittelten Geschichtsbildern geben. Beispielsweise das verklärte Bild des christlichen
8 Abendlandes muss zurechtgerückt werden. Mit ihr geht die allumfassende Verurteilung des
9 Judentums einher. Ein Umdenken dieses Geschichtsbildes muss Einzug in die Bildung
10 erhalten. Nicht nur in Schulen, sondern durch in Medien wie dem Fernsehen und dem
11 Internet muss dieser Wandel verstärkt in den Fokus genommen werden.
- 12 • Mit Hinblick auf den Geschichtsunterricht und die Behandlung der Shoa muss der
13 Jüd*innenhass stärker in den Fokus rücken. Es muss betont werden, dass Jüd*innen nicht
14 erst zwischen 1933 und 1945 Opfer eines rassistischen und fanatischen Gewalt Regimes
15 wurden. Es muss erklärt werden, warum es so weit kommen konnte. Nur so wird fassbar,
16 dass Jüd*innen nicht als Jüd*innen verantwortlich für Feindschaft und Ressentiments waren,
17 sondern ein komplexer historischer Prozess dahinterstand.
- 18 • Es muss endlich ein Ende der Floskelkultur geben. Statt nur Sonntagsreden zu halten, muss
19 endlich gehandelt werden. Es darf keine Toleranz gegenüber allen Manifestationen von
20 Jüd*innenfeindschaft geben. Dazu gehört auch die Benennung von muslimisch-
21 antisemitischen Antisemitismus, der bisher in unserer Gesellschaft kaum thematisiert wird.
22 Aber auch die obsessive und surreale Hass- und Feindbildrhetorik von Linken im
23 israelbezogenen Antisemitismus muss kritisiert und thematisiert werden. Um Jüd*innenhass
24 effektiv begegnen zu können, muss der vorherrschende anti-israelische Antisemitismus in
25 den Fokus genommen und bekämpft werden. Doppelstandards in Bezug auf die
26 Verurteilung von Antisemitismus müssen beendet werden. Diese sind einer der Gründe,

1 warum es bisher keine flächendeckenden Maßnahmen gibt. Um Jüd*innenhass effektiv zu
2 bekämpfen, muss rechter, linker sowie muslimischer Antisemitismus gleichbehandelt
3 werden.

- 4 • Um Antisemitismus wirksam zu bekämpfen, sind Antisemitismus-Beauftragte notwendig,
5 nicht nur auf den Länderebenen, sondern auch im Bund. Ein*e ständige*r hauptamtlicher
6 Beauftragte*r auf Bundesebene und in jedem Land sind deshalb unerlässlich. Diese
7 Personen brauchen außerdem eine adäquate Ausstattung mit Ressourcen. Sowohl
8 Handlungsbefugnisse, finanzielle Mittel und Mitarbeiter*innen gehören dazu. Bei der
9 Besetzung dieser Stellen ist unbedingt darauf zu achten, dass Personen mit jüdischem
10 Hintergrund eingestellt werden.
- 11 • Jüd*innenhass muss international bekämpft werden. Führende Politiker*innen, die den
12 jüdischen Staat als "Kolonial- und Unrechtsstaat" bezeichnen, oder EU
13 Parlamentarier*innen, die applaudieren, wenn im Parlament bekannte judeophobe
14 Stereotype artikuliert werden, müssen mit aller Entschlossenheit darauf aufmerksam
15 gemacht werden, dass dieses Verhalten nicht geduldet wird. Es reicht nicht, wenn Neonazis,
16 Islamist*innen und BDS-Aktivist*innen kritisiert werden. Wir müssen auch einen Blick auf
17 die Bühne der internationalen Politik werden und auch dort eingreifen. Wer aus
18 diplomatischer Zurückhaltung und realpolitischen Überlegungen heraus schweigt, trägt
19 passiv zur Erstarkung und Tolerierung von Jüd*innenhass bei. Wir fordern deshalb die
20 Bundes- und Landesregierung dazu auf, sich aktiv im Kampf gegen den Antisemitismus,
21 auch auf politischer Ebene, zu engagieren und diesem Verhalten Einhalt zu gebieten.
- 22 • Es muss eine konsequente Erfassung, Veröffentlichung und Ahndung antisemitischer
23 Straftaten geben, nur so kann effektiv gegen Antisemitismus vorgegangen werden.
- 24 • Auch die Antisemitismusforschung muss ausgebaut und besser finanziert werden. Deshalb
25 sind langfristig angelegte Forschungsförderungen wichtig, um die Hintergründe und
26 Mechanismen von Antisemitismus zu untersuchen und zu analysieren.
- 27 • Im Hinblick auf die Prävention von Antisemitismus ist ebenfalls eine dauerhafte Förderung
28 notwendig

29 **Begründung:**

30 *erfolgt mündlich.*

R2

Antrag: **Mehr Professuren für Antisemitismusforschung**

Antragsteller*in: Juso-Unterbezirksvorstand, Juso-Stadtverbandsvorstand & Juso-Hochschulgruppe Göttingen

Weiterleitung: Juso-Landeskonferenz, SPD-Unterbezirksparteitag

Die Juso-Unterbezirkskonferenz möge beschließen:

1 Seit Jahren steigt die Zahl antisemitischer Straftaten in Deutschland und ganz Europa. Juden
2 verstecken ihre Kippa, Jüdinnen tragen die Davidssternkette lieber unter dem Oberteil, jüdische
3 Schulen gleichen Hochsicherheitsgefängnissen und vor jeder Synagoge stehen Polizist*innen. Der
4 Anschlag von Halle war ein vorläufiger, erschreckender Höhepunkt einer beunruhigenden
5 Entwicklung.

6 Ja, es stimmt: antisemitische Straftaten nehmen zu. Aber: Antisemitismus war schon immer da. Auch
7 nach 1945 war er nicht einfach weg, er wandelte sich, existiert in anderen Formen weiter. Die zutiefst
8 menschenverachtende Haltung aber blieb. Der autoritäre Charakter ist tief in der DNA der
9 Bundesrepublik verwurzelt, Antisemitismus gehört zu Deutschland wie Schnitzel, Sauerkraut und
10 Kleingartenanlage. Das ist die bittere Wahrheit, die uns sämtliche empirische Studien seit
11 Jahrzehnten vor Augen führen. In allen gesellschaftlichen Schichten sind antisemitische
12 Einstellungen und Vorurteile relativ gleich verteilt. Und auch alle Parteien des politischen Spektrums
13 sind ähnlich stark betroffen, mit einer Ausnahme: der AfD.

14 Antisemitismus greift die Grundlagen der freiheitlichen, bürgerlichen Gesellschaft an. Jüd*innen
15 werden von den Antisemit*innen mit der Moderne, die sie ablehnen, gleichgesetzt, Antisemitismus
16 wird so zur „negativen Leitidee“ (Salzborn) der Moderne. Statt die Ursachen für Unzulänglichkeiten
17 der unvollendeten Moderne in abstrakten Strukturen der Gesellschaft zu suchen, werden
18 Enttäuschung, Entfremdungsgefühle und Sinnverlust personifiziert und „der Jude“ als Ursache
19 ausgemacht. Antisemit*innen sind unfähig „abstrakt zu denken und konkret zu fühlen“ (Salzborn)
20 und greifen dadurch die Idee von Freiheit und Gleichheit aller Menschen grundsätzlich an.

21 Die Erforschung von Antisemitismus ist also nach wie vor wichtig, wahrscheinlich wichtiger denn je.
22 Dennoch ist die Antisemitismusforschung in Deutschland vor allem eine Domäne der
23 Historiker*innen. Andere Disziplinen beschäftigen sich eher selten ausführlich mit Antisemitismus.
24 Es ist heute gut möglich, dass jemand in ihrem*seinem sozial- oder geisteswissenschaftlichen
25 Studium nicht ein einziges Mal mit Antisemitismus konfrontiert wird. Außer in der
26 Geschichtswissenschaft gehört die Erforschung von Antisemitismus in keinem Fach zum Kanon. Das

1 muss sich ändern! Antisemitismus ist eine alles umfassende Ideologie, um sich die Welt zu erklären.
2 Seine Entstehung, Wirkung, Erscheinungsformen, Bekämpfung und Prävention müssen deshalb aus
3 vielen Perspektiven und interdisziplinär erforscht werden. Es kann nicht sein, dass Antisemitismus
4 im Lehramtsstudium und in anderen pädagogischen Studiengängen häufig keine große Rolle spielt.
5 Um ihn wirksam zu bekämpfen, muss er aber gut erforscht sein und dieses Wissen an die
6 Pädagog*innen der Zukunft weitergegeben werden.

7 Wir fordern daher:

- 8 • Die Einrichtung von Professuren für Antisemitismusforschung an deutlich mehr
9 Hochschulen als heute. Diese müssen dabei in verschiedenen Disziplinen verankert sein und
10 interdisziplinär arbeiten.
- 11 • Eine Ausweitung des Lehrangebots im Bereich der Antisemitismusforschung außerhalb der
12 Geschichtswissenschaft, v.a. in den Fächern der Sozial, Geistes- und Kulturwissenschaften.
- 13 • Ein Angebot von grundlegenden und einführenden, interdisziplinären Lehrveranstaltungen
14 zu Antisemitismus und anderen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit für
15 Studierende aller Fächer.
- 16 • Eine stärkere Thematisierung von Bekämpfung und Prävention des Antisemitismus in
17 pädagogischen Studiengängen, vor allem im Lehramt.

18 **Begründung:**

19 *erfolgt mündlich.*

R3

Antrag: **Keinen Fußbreit rechten Nazihipstern: Die „Identitären“ konsequent bekämpfen**

Antragsteller*in: Juso-Unterbezirksvorstand & Juso-Stadtverbandsvorstand

Weiterleitung: Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Landeskonferenz, SPD-Unterbezirksparteitag

Die Juso-Unterbezirkskonferenz möge beschließen:

1 Die sogenannte Identitäre Bewegung (im Folgenden IB oder „Identitäre“) ist eine stramm rechte,
2 gut vernetzte und gefährliche Organisation, die in vielen europäischen Staaten agiert und seit Mitte
3 der 2010er Jahre auch in Deutschland zunehmend Präsenz zeigt. Als vermeintlich „junge
4 Patriot*innen“, „Verteidiger*innen Europas“ und Anhänger*innen einer Ideologie, die sie als
5 Ethnopluralismus bezeichnen, tritt die IB – vor allem im Internet – in Erscheinung. Im Folgenden soll
6 es darum gehen, dieses Phänomen als Teil der Neuen Rechten einordnen zu können und
7 aufzuzeigen, warum es sich bei dieser Gruppe um alles andere als eine ungefährliche Bewegung
8 handelt.

9 **Womit haben wir es zu tun?**

10 „Identitäre“ wissen um die Wirkmacht des Internets auf junge Menschen. Nicht zuletzt deshalb sind
11 weniger die öffentlichen Auftritte mobilisierend, sondern die mediale Vermarktung hinterher. So
12 geschehen im Kommunalwahlkampf in Hamburg 2020. Gemeinsam mit einem Bruder im Geiste
13 drangen Identitäre mit einer Fahne in das Ernst-Thälmann-Museum ein, um kurz darauf von den
14 Verantwortlichen verwiesen zu werden und zu verschwinden. Im Internet dagegen: Stolztes Posieren
15 im Museum, die Fahne hochhaltend und einen konfusen Duktus aus der Querfront-Richtung in den
16 Beitrag schreibend. Die Reichweite entfaltet sich weniger durch das Auftreten an realen Orten,
17 sondern vielmehr in der digitalen Sphäre – was die IB auch so gefährlich macht. Dennoch ist auch
18 die Präsenz vor Ort nicht zu vernachlässigen: Aktive Ortsgruppen wie in Göttingen und einigen
19 weiteren Studierendenstädten treten in den letzten Monaten wieder häufiger in Erscheinung. Sie
20 beflyern Cafeterien, Studierendenwohnheime und Wohngebiete.

21 Die Ideologie der IB ist perfide, denn sie verpackt alte Terminologie in Neue: Aus „Ausländer Raus!“
22 wird „Erhalt der christlichen Tradition in Europa“, aus Rassismus wird „Ethnopluralismus“. Ganz im
23 Geiste der Vordenker der Neuen Rechten distanzieren sich die meisten Kamerad*innen öffentlich
24 vom Nationalsozialismus – verpacken aber zentrale ideologische Bestandteile mit neuen Begriffen
25 in ihre Art zu denken: Alter Wein in neuen Schläuchen! Der Rechtsextremismusforscher Samuel
26 Salzborn hat diese Ambitionen treffend zusammengefasst: „Das Ziel des (neu)rechten Kampfes um

1 kulturelle Hegemonie ist, die Grenzen des Sagbaren aufzuweichen und die politische Kultur der
2 Bundesrepublik auf diese Weise schleichend nach rechts zu verschieben.“ [1]. Die IB nimmt in dieser
3 Struktur einen aktionistischen Part ein.

4 Auch, wenn die IB bislang nicht aktiv an Wahlen partizipiert, sind die natürlichen Partner*innen die
5 Rechtspopulist*innen und rechtsradikalen Parteien in Europa. In Österreich, dem Hotspot der IB,
6 sind enge inhaltliche wie personelle Verflechtungen mit der rechten FPÖ längst offengelegt. Und in
7 Deutschland gilt zwischen IB und AfD zwar ein Unvereinbarkeitsbeschluss, allerdings ist dieser
8 unlängst verwässert und wiederholt ignoriert worden. In Halle (Saale) gab es bis vor Kurzem in
9 einem Gebäude, der nun ehemaligen Deutschlandzentrale der IB, mehrere Abgeordnetenbüros der
10 AfD. In vielen (teil-)öffentlichen Veranstaltungen treten Funktionär*innen der rechtsradikalen Partei
11 gemeinsam mit sog. „Identitären“ auf oder beziehen sich in Wortbeiträgen wohlwollend
12 aufeinander. Identitäre arbeiten für AfD-Abgeordnete und sind selbst Mitglieder der Partei.

13 **Was heißt das für uns als Antifaschist*innen?**

14 Die Folge für uns scheint zunächst klar: Keinen Fußbreit den sogenannten „Identitären“. Doch wie
15 wirkt sich das auf unsere Arbeit vor Ort aus? Neben klaren Abgrenzungen und einem wachen Auge
16 müssen wir den rechten Aktivitäten aktiv entgegenzutreten: Auf Gegendemonstrationen, beim
17 täglichen Gang über den Campus, dem Einkauf in der Innenstadt oder auf dem Wochenmarkt am
18 Dorfplatz. Wo auch immer die IB ihre krude und rassistische Weltanschauung verbreitet, muss
19 klargemacht werden, dass kein Platz in unserer Gesellschaft eingeräumt bleiben darf. Die
20 Diskursverschiebung nach rechts hat dieser Ideologie bereits viel zu viel Raum zur Entfaltung
21 gegeben. Als Antifaschist*innen ist es hier zentral, diesem Trend Einhalt zu gebieten!

22 Politisch müssen wir uns dessen klar sein, dass die Verflechtungen zur AfD und dem vom
23 Verfassungsschutz beobachteten „Flügel“ groß sind. Auch müssen uns die engen Verflechtungen
24 zu weiteren Akteur*innen der Neuen Rechten, seien es der Verleger Götz Kubitschek mit seiner
25 rechten Kaderschmiede in Schnellroda oder der Verein Ein Prozent, der sich um Mobilisierung und
26 Finanzierung von Aktionen bemüht, allen klar sein. [2] Es reicht nicht mehr, Akteur*innen aus dem
27 rechten Spektrum isoliert zu betrachten. Für uns kann daher die Antwort nur lauten: Der AfD, der
28 IB und damit dem Netzwerk der Neuen Rechten kein Podium mehr auf Diskussionsabenden,
29 Wahlkampfaktionen oder ähnlichem geben. Dem Trugschluss, Funktionär*innen argumentativ im
30 öffentlichen Raum schlagen zu können, wenn diese doch mit unlauteren Mitteln, Lügen und
31 weiteren Agitationstechniken manipulieren, muss Einhalt geboten werden!

1 Die Strategien der IB im digitalen Raum orientieren sich stark an denen der sogenannten Internet-
2 Trolle. Online-Kommentare von Anhänger*innen der IB, die unter Youtube-Videos und Facebook-
3 Kommentarspalten gezielt Stimmung für oder gegen etwas machen, sind noch lange nicht
4 gesamtgesellschaftlich relevant. Vor allem das „Umweltsau“-Beispiel und die desaströse Reaktion
5 des WDR-Intendanten Tom Buhrow haben gezeigt, wie die Online-Strategie der IB funktioniert –
6 und wie man nicht darauf reagieren sollte. Die Kurzform: Ein Haufen Kommentare unter einem
7 Beitrag sind noch lange kein Shitstorm, wie der Kolumnist und Youtuber Rezo es feststellt. [3] Solche
8 Online-Aktionen, die von IB-Aktivist*innen in internen Kanälen geplant und ausgeführt werden,
9 sollten schlichtweg als Kommentarhaufen und nicht direkt als gesellschaftlicher Aufschrei
10 wahrgenommen werden.

11 Viele Menschen kennen die Hintergründe und die Vorgehensweise der sogenannten Identitären
12 nicht. Unsere ständige Aufgabe wird es sein, die rechten neonazistischen Kamerad*innen als solche
13 zu entlarven und ihren Rassismus sowie ihre perfiden Methoden klar zu benennen und zu kritisieren.

14 **Begründung:**

15 *erfolgt mündlich.*

16 **Anmerkungen:**

17 [1] Salzborn, S. (2018). Heidegger für Halbgebildete – Identitäre Heimatideologie zwischen Fiktion
18 und Propaganda. In Wissen Schafft Demokratie 03/2018 (S. 159-167).

19 [2] Vgl. Fuchs, C. & Middelhoff, P. (2019). Das Netzwerk der Neuen Rechten. Wer sie lenkt, wer sie
20 finanziert und wie sie die Gesellschaft verändern. Rowohlt Polaris.

21 [3] Rezo (03.01.2020). Die Umweltsau im Twitter-Dorf. Eine Kolumne von Rezo. ZEIT-ONLINE.
22 Online verfügbar: [https://www.zeit.de/kultur/2020-01/wdr-oma-umweltsau-lied-social-media-](https://www.zeit.de/kultur/2020-01/wdr-oma-umweltsau-lied-social-media-youtube-twitter)
23 [youtube-twitter](https://www.zeit.de/kultur/2020-01/wdr-oma-umweltsau-lied-social-media-youtube-twitter)

R4

Antrag: **Kein Vergeben, kein Vergessen – kein Schlusstrich bei den Taten des NSU**

Antragsteller*in: Juso-Unterbezirksvorstand & Juso-Stadtverbandsvorstand

Weiterleitung: Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress, SPD-Unterbezirksparteitag, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag

Die Juso-Unterbezirkskonferenz möge beschließen:

1 Nach fünf Jahren ist am 11.07.2018 endlich ein Urteil des Oberlandesgerichts München im NSU-
2 Prozess gesprochen worden. Das Urteil und der Verlauf der Verhandlungen haben gezeigt, dass die
3 zentralen Fragen noch immer nicht beantwortet sind. Die lückenlose Aufarbeitung der Taten des
4 NSU steht aus, genau wie der Rassismus der ermittelnden Behörden gegenüber den Opfern und
5 Angehörigen. Eine weitere ungeklärte Frage ist die Rolle der Verfassungsschutzbehörden und ihrer
6 Mitarbeiter*innen und V-Leute.

7 Wer war noch im Netzwerk des NSU aktiv? Welche Beziehungen gab es ins Ausland? Wer half vor
8 Ort? Wie erfolgte die konkrete Opferauswahl? Wie finanzierte sich der NSU? Half ihm staatliches
9 Geld bei der Planung und Ausführung seiner Taten? Wie viel und was wussten die Geheimdienste
10 in den Jahren 1998 bis zum 4.11.2011? Haben V-Leute oder ihre Kontaktpersonen im
11 Verfassungsschutz die Taten gefördert, ermöglicht, gedeckt? Warum wurden am 11. November
12 2011 die Akten von sieben V-Leuten mit engen Bezügen zur Neonaziszene in Thüringen
13 geschreddert? Gab es weitere Opfer oder Überfälle, die bis heute nicht dem NSU zugeordnet
14 wurden?

15 All diese und noch mehr Fragen sind noch immer unbeantwortet und Angehörige, die Antworten
16 auf diese Fragen suchen, wurden von den Verantwortlichen regelmäßig auf den Prozess vor dem
17 OLG München verwiesen. Die Anklageschrift der Bundesanwaltschaft beschränkte sich jedoch von
18 Beginn an auf ein vermeintliches Trio, die Erkenntnis, dass der NSU ein Netzwerk hatte, wurde
19 ignoriert.

20 In seiner Urteilsverkündung blieb das OLG München zudem gegenüber den meisten Neben
21 Angeklagten weit unter dem von der Staatsanwaltschaft geforderten Strafmaß zurück und relativiert
22 hierdurch nicht nur die Taten des NSU, sondern legt auch ein Fundament für weitere rechte
23 Gewalttäter*innen. Das durch die Behörden geleistete Aufklärungsversprechen wurde in keiner
24 Weise eingehalten, und für die Angehörigen der Mordopfer ist es ein Schlag ins Gesicht, dass seit
25 dem Urteil des letzten Jahres keinerlei weitere Aufklärung stattgefunden hat und die notwendige

1 politische und gesellschaftliche Diskussion über institutionellen Rassismus und rechten Terror
2 ausbleibt.

3 Die Jusos Göttingen solidarisieren sich mit den Opfern rechter Gewalt, das heißt: Kein Schlussstrich
4 – Aufklärungsarbeit über das Ende des Prozesses hinaus.

5 Deshalb fordern wir:

- 6 • Wir müssen uns dem Rassismus in der Gesellschaft konsequent entgegenstellen.
7 Rassistisches Gedankengut beschränkt sich nicht auf Neonazis und die AfD. Rassismus zieht
8 sich durch die ganze Gesellschaft. Effektive Lösungen brauchen eine parteiübergreifende
9 und gesellschaftliche Diskussion sowie eine wissenschaftlich fundierte Begleitung.
- 10 • Wir fordern den Bundestag auf, eine Enquete-Kommission zum strukturellen und
11 institutionellen Rassismus in Deutschland einzusetzen, die Konzepte zu seiner wirksamen
12 Bekämpfung vorantreiben soll.
- 13 • In Polizei und Justiz muss Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit als
14 Tatmotiv von Straftaten mehr Beachtung finden und besser erkannt werden. Dafür braucht
15 es eine größere Berücksichtigung politischer und rassismuskritischer Bildung in der
16 Ausbildung von Polizist*innen und Jurist*innen.
- 17 • Auch in Niedersachsen hatte der NSU ein umfangreiches Unterstützer*innennetzwerk und
18 konnte bei mehreren Besuchen auf Rückhalt zählen. Deshalb braucht es auch im
19 niedersächsischen Landtag einen Untersuchungsausschuss, der die Rolle niedersächsischer
20 Behörden und insbesondere des Verfassungsschutzes beleuchtet.
- 21 • Die Jusos Göttingen fordern auch weiterhin eine Reformierung der Sicherheitsbehörden.
22 Spätestens seit dem NSU Prozess hat der Verfassungsschutz gezeigt, dass er nicht geeignet
23 ist für die Aufklärung und Abwehr rechten Terrors und Gewalt. Der Verfassungsschutz muss
24 abgeschafft werden!

25 **Begründung:**

26 *erfolgt mündlich.*

R5

Antrag: **Name it: Es ist Rassismus!**

Antragsteller*in: Juso-Unterbezirksvorstand & Juso-Stadtverbandsvorstand

Weiterleitung: Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Landeskonferenz

Die Juso-Unterbezirkskonferenz möge beschließen:

- 1 Nach Anschlägen wie in Hanau wird in den Medien schnell von Fremdenfeindlichkeit geredet.
- 2 Dieser Begriff verschleiert aber das wahre Problem und suggeriert Dinge, die so nicht stimmen.
- 3 Täter*innen wie dem in Hanau geht es nicht darum, ob die Opfer einen deutschen Pass haben oder
- 4 nicht. Es geht Ihnen darum, dass die Personen eine andere Hautfarbe haben oder einer anderen
- 5 Religion angehören. Man sollte diesen Rassismus auch so nennen. Man sollte sagen, dass es
- 6 Rassismus oder ggf. Antisemitismus ist.
- 7 Der Begriff Fremdenfeindlichkeit suggeriert außerdem, dass es sich bei den Opfern um Fremde
- 8 handelt. Das ist keineswegs der Fall. Es handelt sich eigentlich immer um Menschen, die wir kennen,
- 9 die in Deutschland leben, hier arbeiten. Es sind Nachbar*innen, Kolleg*innen, Freund*innen, keine
- 10 Fremden! Sie sind Teil unserer Gesellschaft, unserer Leben.
- 11 Wir sollten diese Taten endlich richtig benennen: es sind rassistische Taten. Und dagegen müssen
- 12 wir als Gesellschaft vorgehen. Rassismus hat keinen Platz bei uns.
- 13 **Begründung:**
- 14 *erfolgt mündlich.*

R6

Antrag: **Rechte Netzwerke bei Bundeswehr und Polizei zerschlagen**

Antragsteller*in: Juso-Unterbezirksvorstand & Juso-Stadtverbandsvorstand

Weiterleitung: Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress

Die Juso-Unterbezirkskonferenz möge beschließen:

1 Im Zuge von Terrorermittlungen gegen Bundeswehrsoldat*innen im Jahr 2017 wurde das
2 sogenannte rechtsradikale "Hannibal"-Netzwerk entdeckt, welches Ende 2018 durch
3 Medienberichte bekannt wurde. Das "Hannibal"-Netzwerk stellt dabei einen Zusammenschluss von
4 aktiven und ehemaligen (Elite)-Soldat*innen, Polizist*innen und Mitarbeiter*innen des
5 Verfassungsschutzes, welche sich als "Prepper" verstehen und sich in auf einen sogenannten "Tag
6 X" vorbereiten, an welchem die öffentliche Ordnung zusammenbrechen würde. Dafür wurden
7 öffentliche Feindeslisten von politischen Gegner*innen erstellt, Waffen und Munition in großem
8 Maße besorgt, Leichensäcke und Ätzkalk bestellt. Laut Chatprotokollen, Bestelllisten und
9 Eigenaussagen einiger Prepper wollten sie einen bewaffneten Umsturz und Massentötungen
10 politischer Gegner vorbereiten.

11 Hauptagitatoren des Netzwerks waren zum einen der ehemalige KSK-Soldat André S. alias
12 „Hannibal“, welcher den Verein Uniter e.V gründete und zum anderen der Bundeswehroffizier
13 Franco A. Franco. A, der bereits in seiner Masterarbeit rassistische, antisemitische und
14 rechtsradikale Ansichten vertrat und trotz dessen in der Bundeswehr aufgenommen wurde, legte
15 sich dabei eine falsche Identität als syrischer Geflüchteter vor und plante Terroranschläge in Berlin
16 und weiteren Orten. In dem von S. gegründeten Verein und den Chatgruppen, die unter dem
17 Sammelbegriff "Nordkreuz" bekannt wurden, organisierten sich die Prepper. Im Hannibal-Netzwerk
18 waren auch weitere Gruppen unter dem Namen Westkreuz und Südkreuz vernetzt. Es ist davon
19 auszugehen, dass weitere Netzwerke in die AfD, vor allem zu Björn (Bernd?!) Höcke und seinem
20 Flügel, zum rechtsradikalen "Thule-Seminar", zu den Identitären und zum sogenannten "Institut für
21 Staatsforschung" bestanden. Auch der Verfassungsschutz soll bereits Ende 2016 Kenntnis von den
22 Rechten Strukturen bzw. dem "Nordkreuz" gehabt haben.

23 Das Bekanntwerden des Hannibal-Netzwerks zeigt, wie weit Rechtsradikale schon mit den
24 Sicherheitsbehörden wie Polizei und Bundeswehr vernetzt sind. Die bekanntesten Agitatoren des
25 Netzwerks wie André S. und Franco A. waren fast alle Mitarbeiter der Sicherheitsbehörden, ein Teil
26 der Prepper nutze die Berufliche Stellung dazu Munition und Waffen zu entwenden und zu horten.

1 Hinzu kommt, dass die Mitglieder des Netzwerks über die durchgeführten Razzien im Vorfeld durch
2 Mitarbeiter des Militärischen Abschirmdienstes informiert wurden und so große Teile des
3 Beweismaterials weggeschafft wurde.

4 Die Folgen, die durch die Entdeckung des Netzwerks entstanden, waren bzw. sind dabei gering. Es
5 folgte wenig gesellschaftlicher Diskurs und die auf den Todeslisten benannten Personen wurden
6 teilweise erst mit einer Verzögerung von fast 2 Jahren informiert und blieben so unwissend und
7 ungeschützt.

8 Der sogenannte "NSU 2.0" ist nur ein weiteres Beispiel für rechtsradikale Netzwerke, Strukturen
9 und/oder womöglich Gewaltbereiten im öffentlichen Dienst. Aufgetauchte Schreiben mit der
10 Unterschrift "NSU 2.0" konnten mit der Polizei Hessens in Verbindung gebracht werden. Im August
11 2018 erhielt Seda Basay-Yildiz, eine Rechtsanwältin, die die Angehörigen eines Opfers des NSU
12 vertritt, ein solches Drohschreiben. Das zeigt uns, dass trotz bekanntwerden der oben erwähnten
13 Netzwerke, die Dunkelziffer groß bleibt und die Aufklärungen und Vorfälle nicht mit der Energie
14 verfolgt werden (wollen), wie sie angemessen wäre.

15 Wir fordern daher:

- 16 • Eine lückenlose Aufklärung dieser und weiterer rechter Netzwerke und Strukturen innerhalb
17 der Bundeswehr und Polizei, des Militärischen Abschirmdienstes und allen Mitgliedern aus
18 der Zivilgesellschaft durch einen Untersuchungsausschuss im Bund sowie in den Landtagen
19 der betroffenen Bundesländer mit entsprechenden Konsequenzen.
- 20 • Eine lückenlose Aufklärung über die Rolle des Militärischen Abschirmdienstes sowie des
21 Verfassungsschutzes und etwaigen Verbindungen zum Hannibal Netzwerk.
- 22 • Die Entfernung der in dem rechten Netzwerk aktiven Personen aus den
23 Sicherheitsbehörden.
- 24 • Präventivmaßnahmen in Form von verstärkten Schulungen und Gesprächen für die
25 Bundeswehr, die Polizei und weitere Dienste, unabhängig vom Rang, in Bezug auf den
26 Nationalsozialismus, Rechte Strukturen und Pflichten und Rechte gegenüber oben
27 genannten Straftaten. Wir verlangen ein klares Bekenntnis zum Antifaschismus von allen in
28 den Sicherheitsbehörden aktiven Personen.
- 29 • Das umfassende und sofortige Informieren der auf den "Feindeslisten" genannten Personen
30 und die nötige Unterstützung dieser.

31 Der Fall des Patrick J. zeigt weiterhin, dass Teile der Bundeswehr und des militärischen
32 Abschirmdienstes kein Interesse an Aufklärung und Arbeit gegen Rechte Netzwerke und Strukturen

1 haben. Der Soldat wies auf eine Vielzahl rechtsextremer Vorfälle, Fotos und Aktionen hin und wurde
2 dafür mit einer fadenscheinigen Begründung aus dem Dienst entlassen, nicht die Beschuldigten.
3 Wir verurteilen ein solches Verhalten aufs schärfste. Er schickte dem militärischen Abschirmdienst
4 ein Dossier mit den gesammelten Informationen aus Chatgruppen u.ä., nur sehr vereinzelt wurde
5 den von J. erhobenen Vorwürfen nachgegangen. So schrieb ein Hauptgefreiter, dass er „gegen die
6 komplette Selbstaufgabe der weißen Nationen“ kämpfe. oder ein Oberstabsgefreiten, der – einem
7 Reichsbürger gleich – schrieb, sie alle seien nur „dumme Arbeiter, die einer großen GmbH
8 angehören“. Statt weiteren Hinweisen nachzugehen, wies in vielen Fällen, bevor er sich an den
9 Abschirmdienst wandte, das Personalamt der Bundeswehr viele Hinweise von J. als völlig
10 übertrieben und haltlos zurück und zog stattdessen seine Eignung als Soldat in Zweifel.

11 Wir fordern daher:

- 12 • Solidarität mit Whistleblowern und Schutz der Person, die auf Massive Missstände, trotz der
13 Gefahr für ihre Person, hinweist.
- 14 • Das konsequente Verfolgen, Aufklären und ziehen von Konsequenzen in solchen Fällen und
15 Kritik am Gedanken der*s "Nestbeschmutzer*in" und der Bundeswehr oder anderen
16 "Einheiten", wie der Polizei, als "Schicksalsgemeinschaft".

17 **Begründung:**

18 *erfolgt mündlich.*

R7

Antrag: **Völkische Landnahme endlich beenden**

Antragsteller*in: Juso-Unterbezirksvorstand & Juso-Stadtverbandsvorstand

Weiterleitung: Juso-Landeskonferenz, SPD-Landesparteitag

Die Juso-Unterbezirkskonferenz möge beschließen:

1 Eine Diskussion, die schon länger Einzug in die Politik gefunden hat, ist die der Landflucht. Immer
2 mehr, vor allem junge, Menschen verlassen ländliche Gebiete, um in einer größeren Stadt zu leben.
3 Diese Problematik ist als solche in der Politik angekommen und wird zum Teil schon bekämpft. Dass
4 es aber ein umgekehrtes Problem gibt, ist in der Politik noch nicht richtig angekommen: die
5 völkische Landnahme.

6 Immer mehr rechte bzw. rechtsextreme Siedler*innen kaufen ganz gezielt Bauernhöfe und Grund
7 in ländlichen Regionen, um sich dort niederzulassen. Sie wollen mit ihren Familien ihre völkisch-
8 nationalistische Weltanschauung praktisch leben und ihr Brauch- und Volkstum wiedererwecken.
9 Sie bringen sich in Vereinsleben, Eltern- und Umweltinitiativen ein, bemühen sich um Gemeinwohl,
10 Kultur, Naturschutz. Bei diesen Personen handelt es sich um ganz verschiedene Teile der rechten
11 Szene. Von Identitären bis Ökofaschist*innen ist alles dabei.

12 Diese Entwicklung ist sehr gefährlich, da die rechte Szene ihr Gedankengut so immer mehr ausleben
13 und verbreiten kann. Es gibt Landstriche, in denen sich ganze Siedlungen aus Rechtsextremen
14 entwickelt haben, auch in Niedersachsen.

15 Dieser Tendenz muss Einhalt geboten werden, deshalb fordern wir:

- 16 • Die Landesregierung muss betroffene Kommunen unterstützen, damit sich diese gegen
17 völkische Landnahme wehren können. So muss es Aufklärungskampagnen in den
18 betroffenen Regionen und darüber hinaus geben. Politiker*innen vor Ort müssen informiert
19 und geschult werden. Außerdem muss Geld bereitgestellt werden, damit
20 Gegenmaßnahmen, beispielsweise die Organisation von antirassistischen Dorffesten oder
21 Vereinsgründungen, ergriffen werden können.
- 22 • Das Phänomen der völkischen Landnahme muss besser untersucht werden. Es braucht
23 außerdem einen Handlungsplan, wie diese Entwicklung unterbunden werden kann. Hier ist
24 auch eine Zusammenarbeit mit anderen Bundesländern hilfreich.

1 • Die Bevölkerung vor Ort, vor allem Kinder und Jugendliche, müssen informiert werden.
2 Oftmals nehmen die Bewohner*innen der betroffenen Regionen die Entwicklungen eher als
3 positiv wahr, da sich die Siedler*innen aktiv ins Dorfleben einbringen. Politische Bildung ist
4 daher essenziell, um zu verdeutlichen, welches Weltbild von diesen Menschen gelebt wird.
5 Projekte an Schulen sind beispielsweise eine gute Initiative. Allgemein muss die politische
6 Bildung, nicht nur in den betroffenen Regionen, ausgebaut und verbessert werden. Es
7 braucht mehr Geld und Personal, um dem Rechtsruck und der Rechtsextremen Szene zu
8 begegnen. Initiativen vor Ort, die sich gegen die Landnahme wehren, müssen unterstützt
9 werden. Nicht nur finanziell, sondern auch durch Beratung.

10 **Begründung:**

11 *erfolgt mündlich.*

S1

Antrag: **Obdachlosigkeit bekämpfen, nicht Obdachlose!**

Antragsteller*in: Juso-Unterbezirksvorstand & Juso-Stadtverbandsvorstand

Weiterleitung: Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Landeskonferenz, SPD-Stadtverband Göttingen, SPD-Unterbezirksparteitag

Die Juso-Unterbezirkskonferenz möge beschließen:

1 Rund 48 000 Menschen in Deutschland leben auf der Straße, insgesamt sind rund 650 000
2 Menschen wohnungslos. Die Gründe für Wohnungslosigkeit sind vielfältig, aber zu sagen:
3 „Niemand muss in Deutschland auf der Straße leben“ ist naiv, gefährlich und nahezu
4 menschenverachtend. An der Bekämpfung von Wohnungslosigkeit zeigt sich, wie gut der
5 Sozialstaat wirklich ist.

6 In den letzten Jahren ist ein beängstigender Trend festzustellen. Immer mehr Kommunen und
7 Firmen versuchen durch eine Reihe „kreativer“ Maßnahmen, Obdachlose aus dem öffentlichen
8 Straßenbild zu vertreiben und ihnen den Aufenthalt an öffentlichen Orten unmöglich zu machen.
9 Riesige Steine werden unter Brücken abgelegt, U-Bahnhöfe mit klassischer Musik beschallt,
10 Sitzbänke mit mehreren Lehnen ausgestattet und spitze Zacken vor Schaufenstern installiert. Diese
11 Praxis verurteilen wir aufs Schärfste! Sie soll Menschen, die als unangenehm wahrgenommen
12 werden, vertreiben. Man will „das Problem“ nicht vor Augen haben, kümmert sich aber auch nicht
13 um ihr Schicksal. Ganz nach dem Motto: Aus den Augen, aus dem Sinn.

14 Wir fordern daher ein sofortiges Ende dieser Praktiken, die gegen Obdachlose im öffentlichen Raum
15 gerichtet sind. Insbesondere fordern wir alle SPD-Fraktionen in den Kommunen auf, gegen diese
16 Maßnahmen vorzugehen und sich für ihr Ende einzusetzen!

17 Stattdessen brauchen wir einen neuen Ansatz in der Bekämpfung von Obdachlosigkeit. Der Fokus
18 auf die „Verantwortung des Einzelnen“, der sich doch nur kümmern und bemühen müsse, ist
19 vollkommen gescheitert. Obdachlose befinden sich in aller Regel in einem Teufelskreis: ohne
20 Wohnung kein Job, ohne Job keine Wohnung. Wir brauchen radikale neue Lösungen.

21 Ein Ansatz könnte das „Housing first“-Konzept nach finnischem Vorbild sein: Obdachlose
22 bekommen ohne Bedingungen eine eigene Wohnung vom Staat, um dann nach und nach wieder
23 in ein „normales“ Leben zurückzukehren. Die Y-Foundation, eine NGO aus Finnland, erklärt das
24 Prinzip so: „Wir haben das Prinzip umgedreht: Normalerweise müssen Obdachlose erst ihr Leben
25 auf die Reihe kriegen, um wieder eine eigene Wohnung zu bekommen. Wir machen das

1 andersherum. Wir geben ihnen eine dauerhafte Wohnung, damit sie ihr übriges Leben wieder in
2 den Griff kriegen können. Seit 2008 gibt es das Housing-First-Programm in den zehn größten
3 Städten in Finnland. Wir sprechen Obdachlose auf der Straße an, in den Heimen, bei Treffen mit
4 Sozialarbeitern.“ [1]

5 Finnland ist mit diesem Ansatz überaus erfolgreich. Die Straßenobdachlosigkeit konnte effektiv
6 verringert werden und am Ende ist es für den Staat sogar günstiger, als sich um viele Obdachlose
7 zu kümmern.

8 Wir fordern daher, in der Bekämpfung der Obdachlosigkeit in Deutschland neue Wege zu gehen.
9 Statt den Einzelnen aus dem öffentlichen Raum zu vertreiben, muss der Staat Geld in die Hand
10 nehmen, um wirklich etwas für die Menschen auf der Straße zu tun. Das wäre dann ein wirklich
11 guter Sozialstaat.

12 **Begründung:**

13 *erfolgt mündlich.*

14 **Anmerkungen:**

15 [1] [https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2018-03/finnland-soziale-gerechtigkeit-](https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2018-03/finnland-soziale-gerechtigkeit-grundwohnen-juha-kaakinen-interview/komplettansicht)
16 [grundwohnen-juha-kaakinen-interview/komplettansicht](https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2018-03/finnland-soziale-gerechtigkeit-grundwohnen-juha-kaakinen-interview/komplettansicht)

S2

Antrag: **Ausgespielt – Spielsucht keine Chance geben**

Antragsteller*in: Juso-Unterbezirksvorstand & Juso-Stadtverbandsvorstand

Weiterleitung: Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Bundeskongress, SPD-Unterbezirksparteitag, SPD-Bezirksparteitag

Die Juso-Unterbezirkskonferenz möge beschließen:

1 Pathologisches Spielen oder zwanghaftes Spielen, umgangssprachlich auch als Spielsucht
2 bezeichnet ist eine Verhaltenssucht die vom zwanghaften Drang, Glücksspiele zu spielen
3 (Spielautomaten Kasinos, Wettbüro, Online), trotz negativer Folgen (Schulden, zerstörte
4 Sozialkontakte, Jobverlust) gekennzeichnet ist.

5 In Deutschland sind schätzungsweise 500.000 Menschen pathologische bzw. "problematische"
6 Glücksspieler*innen (Quelle: Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung). Möglicherweise gibt
7 es aber eine hohe Dunkelziffer: Betroffene werden meist erst dann erfasst, wenn sie Hilfe suchen.
8 Die Auswirkungen der Spielsucht dabei umso erschreckender. Die Suizidrate ist unter Spieler*innen
9 besonders hoch - höher als bei anderen Suchterkrankungen.

10 Eine Möglichkeit für Hilfe sind Suchtberatungsstellen. Dort kann eine Beratung stattfinden und
11 weitere Maßnahmen getroffen werden. Ein Problem ist jedoch, dass es nur sehr wenige
12 Suchtberatungsstellen für Menschen mit Migrationshintergrund und wenigen Deutschkenntnissen
13 gibt. Dies muss sich ändern, denn die Nachfrage ist hoch.

14 • Wir fordern einen Ausbau von internationalen und interkulturellen Beratungsstellen mit
15 Therapeut*innen und Berater*innen die auch Menschen, die nicht gut deutsch sprechen,
16 unterstützen können.

17 Eine Möglichkeit für Betroffene gegen die Spielsucht vorzugehen ist die "Selbst- oder Fremdsperre".
18 Diese Sperre verhindert den Zugang zu allen Glücksspielen, die in den staatlichen Spielbanken
19 angeboten werden, z.B. Roulette, Glücksspielautomaten, Kartenspiele wie Poker, Black-Jack etc. Eine
20 Selbstsperre gilt bundesweit und ist unbefristet, läuft aber mindestens ein Jahr. Der Antrag ist
21 persönlich bei einer Lotto-Annahmestelle, der Rezeption einer Spielbank oder einer Zentrale der
22 Lottogesellschaften zu stellen. Unter bestimmten Voraussetzungen können auch Angehörige und
23 andere eine so genannte Fremdsperre beantragen. Zu den Voraussetzungen gehören z.B. das
24 Vorliegen einer Glücksspielsucht oder Überschuldung mit existenziellen Auswirkungen auf die
25 Familie. Spielstätte sind in der Pflicht, Spieler*innen auf eine Sperre hin zu überprüfen. Dies
26 geschieht jedoch nicht zuverlässig.

1 • Wir fordern, Spielstättenbetreiber*innen in die Pflicht zu nehmen und bei nicht
2 hinreichender Kontrolle das Recht für Erkrankte ihre Verluste zurückzubekommen.

3 Ob On- oder Offline von Spielsucht Betroffen sind überall im Alltag mit Werbung für Glücksspiele,
4 Sportwetten, Online-Casinos betroffen. Auch werden so immer neue Personen angesprochen und
5 können so an einer Glücksspielsucht erkranken. Dies gilt es zu verhindern.

6 In den vergangenen Jahren scheiterte ein gemeinsamer Glücksspielstaatsvertrag der Länder immer
7 wieder an den Egotrips einzelner Bundesländer. So verhinderten zum Beispiel NRW und Schleswig-
8 Holstein 2017 die endgültige Ratifizierung des zweiten Glücksspieländerungsstaatsvertrags.

9 • Wir fordern, dass im Bereich Spielsuchtprävention endlich an einem Strang gezogen wird
10 und Bundesländer ihre finanziellen Interessen an der Glücksspielbranche in den
11 Hintergrund stellen. Hierzu gehört auch eine Einigung beim Werbeverbot für Glücksspiel
12 und die Durchsetzung eines solchen in öffentlich-rechtlichen Medien, im öffentlichen Raum
13 sowie in allen Medien. Gleiches soll für Apps im Bereich des Online-Glücksspiels
14 einschließlich in App-Werbung, sowie insgesamt den Bereich der Wettportale gelten.

15 Aktuell gibt es eine Ungleichbehandlung von illegalen Online-Anbietern (z.B. Online-Casinospielen)
16 und legalen Lotteriebetrieben (z.B. der Fernsehlotterie). Letztere zahlen Lotteriesteuer, müssen
17 Abgaben für gemeinnützige Zweck bezahlen und anderes. Illegale Onlineanbieter zahlen keine
18 vergleichbaren Steuer oder nur die Umsatzsteuer auf den Bruttospielertrag. Die steuerliche
19 Ungleichbehandlung muss abgeschafft werden.

20 • Deshalb fordern wir im Rennwett- und Lotteriewettgesetz einen Steuertatbestand für illegale
21 Glücksspiele. Die Steuer- und Abgabenlast für Online-Casinospiele und für andere illegale
22 Glücksspiele wie schwarze Lotterien nicht geringer ausfällt als bei einem vergleichbaren
23 legalen Angebot.

24 Ein weiteres Problem ist, dass das Angebot illegaler Glücksspiele im Strafgesetzbuch unter Strafe
25 gestellt, jedoch das Online-Angebot von ausländischen Glücksspielanbietern nicht abgedeckt wird.
26 Hier ist die Rechtslage aufgrund der Weite des Internets kompliziert. Es könnten jedoch Lösungen
27 gefunden werden, z.B. in dem gegen Angebote in deutscher Sprache oder Internetseite, die auf .de
28 enden, vorgegangen wird.

29 • Wir fordern eine Prüfung und Änderung des Strafgesetzbuches, um auch ein
30 strafrechtliches Vorgehen gegen illegale Online-Anbieter zu ermöglichen.

1 Wissenschaftlich Forschung zu Glücksspielen und ihrer Prävention ist entscheidend um sinnvolle
2 neue Gesetze und Präventionsprogramme zu entwickeln. Deshalb ist unerlässlich, dass die
3 Finanzierung dieser Forschung gewährleistet ist.

- 4 • Wir fordern, dass die wissenschaftliche Forschung zu Glücksspiel sichergestellt wird, um
5 Suchtgefahren zu vermeiden und abzuwehren.

6 Schon früh sind bereits Jugendliche mit Online-Casinos und Glücksspiel konfrontiert. Bekannte
7 Gesichter, wie beispielsweise Oliver Kahn, machen Werbung für Sportwetten. Prominente und
8 Influencer*innen bewerben mobile Games wie Coin Master, welches einen simulierten einarmigen
9 Banditen enthält, bei welchem mit Echtgeld weitere Versuche erkaufte werden können. Auch
10 finanzielle Involviertheit von bereits in der Glücksspielbranche aktiven Personen war und ist bei
11 dieser Art von Spiele Apps vorhanden.

- 12 • Wir fordern daher die Aufklärung über Spielsucht und -behandlung ist in Schulen
13 verpflichtend einzuführen und das Angebot von Beratungsgesprächen auszubauen und zu
14 verbessern.
- 15 • Die Erweiterung des Jugendschutzgesetzes in Bezug auf mobile Games auf die Interaktion
16 bezüglich exzessiver Nutzung sowie finanzieller Schädigungen von Minderjährigen durch
17 diese Art von mobile Games.
- 18 • Die Überprüfung von mobile Games wie Coin Master durch die Bundesprüfstelle für
19 jugendgefährdende Medien unter Einbeziehung aktueller wissenschaftlicher Forschung
20 zum Thema Glücksspiel.

21 Alles in allem stellen wir fest, dass es endlich eine einheitliche Gesetzgebung geben muss, welche
22 von allen Ländern gleichermaßen durchgesetzt wird. Dabei muss die Prävention im Vordergrund
23 stehen. Des Weiteren muss auch bei der Behandlung darauf geachtet werden, dass alle Menschen
24 die gleiche Unterstützung bei der Bekämpfung ihrer Sucht erfahren und ein breit ausgebautes Netz
25 an Beratungsstellen gewährleistet wird.

26 **Begründung:**

27 *erfolgt mündlich.*



Antrag: **Wohnungsbau voranbringen**

Antragsteller*in: Juso-Unterbezirksvorstand & Juso-Stadtverbandsvorstand

Weiterleitung: Juso-Landeskonferenz, SPD-Unterbezirksparteitag

Die Juso-Unterbezirkskonferenz möge beschließen:

1 Um die Wohnungsnot in niedersächsischen Städten wie Göttingen endlich in den Griff zu
2 bekommen, müssen konkrete Maßnahmen ergriffen werden, um bezahlbaren Wohnraum zu
3 schaffen. Kleinere, voneinander isolierte Bauprojekte müssen einer umfassenden Strategie weichen,
4 die großflächig und mittelfristig eine hohe Anzahl neuer Wohneinheiten schafft. Wir müssen den
5 kommunalen und vom Land geförderten Wohnungsbau in den Ballungszentren intensivieren, um
6 bezahlbaren Wohnraum für alle zu schaffen.

7 Deshalb fordern wir:

- 8 • Es sollen mehr städtebauliche Verträge mit Investoren nach §11 BauGB geschlossen werden.
9 So können beispielsweise dringend notwendige bezahlbare Wohneinheiten gemeinsam mit
10 privaten Investoren gebaut werden. Diese müssen sich dann aber an die Vorgaben der
11 jeweiligen Gemeinde halten und dürfen den sozialen Wohnraum nicht vernachlässigen.
- 12 • Der kommunale und genossenschaftliche Besitz soll ausgebaut werden. Anstatt von
13 privaten Investoren bauen zu lassen, soll der Besitz der öffentlichen Hand und der
14 Genossenschaften ausgebaut werden. So können wir sicherstellen, dass der Wohnraum
15 nicht für Spekulationen oder Mietenwucher missbraucht werden kann.
- 16 • Eine höhere Landesförderung für die Schaffung von Wohnraum muss dauerhaft und nicht
17 projektgebunden in den Landeshaushalt eingeplant werden.
- 18 • In Göttingen ist eine Überarbeitung des kommunalen Handlungskonzepts für bezahlbaren
19 Wohnbau notwendig. Diese Gesamtstrategie soll alle Akteur*innen wie
20 Mieter*innenvertretungen, Studierendenvertreter*innen, Investor*innen und Gemeinde-
21 bzw. Stadtverwaltung zusammenführen und deren Interessen versuchen zu
22 berücksichtigen.

23 **Begründung:**

24 *erfolgt mündlich.*

U1

Antrag: **Für eine sozial gerechte Flugsteuer, die effektiv zum Umweltschutz beiträgt**

Antragsteller*in: Juso-Unterbezirksvorstand & Juso-Stadtverbandsvorstand

Weiterleitung: Juso-Bezirkskonferenz

Die Juso-Unterbezirkskonferenz möge beschließen:

1 Bei den Überlegungen, wie man den CO² Ausstoß reduzieren kann, steht vor allem der Flugverkehr
2 im Fokus der Öffentlichkeit, verdeutlicht durch die Popularisierung des Begriffes „Flugscham“. Dies
3 ist durchaus nachvollziehbar, ist doch das Flugzeug, abgesehen von der Schifffahrt, das
4 umweltschädlichste Transportmittel.

5 Bei den Versuchen, dem entgegenzuwirken wird aber oft gefordert, einfach pauschal die
6 bestehende Luftverkehrsabgabe zu erhöhen. Dies kann aber nicht das richtige Mittel zum Zweck
7 sein, vor allem, da es relativ betrachtet eher die Gruppen belastet, die nicht die Hauptnutzer*innen
8 des Flugverkehrs sind. Zahlen aus Großbritannien zeigen dies anschaulich. Laut einer Studie, die
9 von der britischen Regierung in Auftrag gegeben wurde, wurden im Jahr 2014 70% der Flüge, die
10 in Großbritannien starten oder enden, von nur 15% der Flugreisenden unternommen.
11 Entsprechende Zahlen aus Deutschland gibt es noch nicht, man kann aber davon ausgehen, dass
12 die Verhältnisse ähnlich sind.

13 Für mehr als die Hälfte des CO², das durch Flugreisen verursacht wird, ist also eine kleine Minderheit
14 von Reisenden verantwortlich, ob es wohlhabende Leute sind, die sich viele Urlaube im Jahr leisten
15 können, oder eben vor allem Geschäftsreisende. Der Großteil der Bevölkerung, leistet sich
16 höchstens einen Flug im Jahr, um Urlaubsreisen unternehmen zu können, wenn überhaupt. Eine
17 pauschale Flugsteuer trifft aber genau letztere Gruppe schwerer als die anderen, da für diese
18 Gruppe selbst nur ein Flug bereits eine hohe finanzielle Belastung darstellen kann.
19 Geschäftsreisende aber spüren diese Kosten kaum, da diese von der Firma übernommen werden.
20 So sieht kein fairer, sozialdemokratischer Umweltschutz aus.

21 Zudem adressiert eine solche Steuer nicht das Hauptproblem, da es Vielfliegerei nicht explizit
22 bestraft. Das derzeitige Modell der Luftverkehrssteuer ist also nicht nur nicht sozial gerecht, sondern
23 auch nicht wirklich dafür geeignet, zum Umweltschutz beizutragen. Deutlich effektiver und
24 gerechter wäre es, wenn die Steuer zunächst mit einem relativ geringen Betrag beginnt, dann aber
25 mit jedem weiteren Flug innerhalb eines Jahres steigt. Dies könnte Menschen mit niedrigerem
26 Einkommen entlasten und wirksam dazu beitragen, dass die Zahl an Flügen im Jahr abnimmt.

1 Firmen werden einen Anreiz bekommen, wenn möglich digitale Kommunikationswege zu nutzen,
2 anstelle von Geschäftsreisen.

3 Um das Ausmaß der Zusatzkosten pro Flug festzulegen kann man sich an der bereits bestehenden
4 Staffelung der Luftverkehrssteuer orientieren. Dadurch, dass bei Flugreisen bereits die Personalien,
5 sowie die Passnummer der Reisenden erfasst werden, sollte es keine Herausforderung sein,
6 festzustellen, wie oft eine Person bereits in einem gegebenen Jahr geflogen ist.

7 Daher fordern wir, dass die Machbarkeit einer solchen Maßnahme geprüft und dass ihre Umsetzung
8 für zukünftige Umweltprojekte in den Blick gefasst wird.

9 **Begründung:**

10 *erfolgt mündlich.*

U2

Antrag: **Energiewende in öffentliche Hand**

Antragsteller*in: Juso-Unterbezirksvorstand & Juso-Stadtverbandsvorstand

Weiterleitung: Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress

Die Juso-Unterbezirkskonferenz möge beschließen:

1 Wir fordern eine öffentliche Investitionsstrategie in und den öffentlichen Betrieb von Offshore-
2 Windenergieanlagen!

3 Die Klimakatastrophe ist nicht nur ein Problem unseres auf fossilen Brennstoffen basierenden
4 technischen Fortschritts, sondern eine wesentliche Folge der kapitalistischen Wirtschaftsordnung.
5 Die notwendige Dekarbonisierung besonders im Bereich der Energiewirtschaft muss deshalb mit
6 einer wesentlichen Veränderung der Eigentumsstrukturen einhergehen. Privatwirtschaftlich
7 organisierte Energieunternehmen werden den Ausbau der erneuerbaren Energien nur unter großer
8 öffentlich finanzierter Förderung vorantreiben und die produzierte Energie (insb. Strom) nur zu
9 hohen Preisen an die Verbraucher*innen abgeben, um ihren Gewinn damit zu sichern. Beides
10 belastet die öffentlichen Haushalte und die Verbraucher*innen und bremst den dringend
11 notwendigen Ausbau der erneuerbaren Energien. Die problematische Situation verschärft sich
12 dadurch, dass der Energieproduktionssektor durch wenige Konzerne dominiert wird. Der Versuch,
13 durch Verteuerung der konventionellen Stromerzeugung (CO₂-Preis) und Förderung der
14 nachhaltigen Stromerzeugung (EEG-Umlage) im Rahmen der privatwirtschaftlichen Organisation
15 der Stromproduktion eine Energiewende zu erreichen, hat bisher wenig Erfolge verzeichnet und zu
16 einer Verteuerung des Stroms beigetragen, die vor allem Geringverdiener*innen trifft.

17 Große wirtschaftliche Transformationen wie die Energiewende bedürfen daher einer aktiven Rolle
18 des Staates, da nur so ausreichende Investitionen in einen schnellen Ausbau getätigt werden
19 können. Es sollen besonders die nachhaltigen Technologien gefördert werden, von denen eine
20 möglichst konstante Energieproduktion und minimale negative Auswirkungen auf Umwelt und
21 Bevölkerung anzunehmen ist. Wir fordern deshalb:

- 22 • Die Gründung einer staatlichen Energiegesellschaft. Neben dem Bund sollen die Länder und
23 Kommunen Miteigentümer*in sein.
- 24 • Den massiven Ausbau der Offshore-Windenergie durch diese staatliche Energiegesellschaft.
- 25 • Förderung von Forschung und Entwicklung zu vielfältigen, nachhaltigen
26 Energieproduktionsmethoden.

- 1 • Den sukzessiven Aufkauf des Stromnetzes durch die staatliche Energiegesellschaft, um die
- 2 Netzdominanz von wenigen Energiekonzernen zu brechen.
- 3 • Eine kostendeckende, aber unterhalb des Marktpreises liegende Abgabe von Ökostrom
- 4 durch die staatliche Energiegesellschaft, um so den Marktanteil privater Energiekonzerne
- 5 stückweise zu reduzieren und damit gleichzeitig die Strompreise niedrig zu halten.
- 6 • Die öffentliche Förderung durch Kredite und Fördergelder von genossenschaftlich
- 7 organisierter nachhaltiger Stromproduktion.

8 **Begründung:**

9 *erfolgt mündlich.*

U3

Antrag: **Das kommt uns nicht in die Tüte!**

Antragsteller*in: Juso-Unterbezirksvorstand & Juso-Stadtverbandsvorstand

Weiterleitung: Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress, SPD-Unterbezirksparteitag, SPD-Bezirksparteitag

Die Juso-Unterbezirkskonferenz möge beschließen:

1 Unser Planet erstickt im Plastikmüll. Das Aufkommen von Kunststoffverpackungen ist zwischen
2 2000 und 2016 um 74% gestiegen. In Deutschland werden insgesamt 12 Millionen Tonnen
3 Kunststoffe pro Jahr verbraucht, wovon nicht einmal die Hälfte recycelt wird, um wieder aufbereitet
4 und neu genutzt zu werden.

5 Ob in Flüssen und Meeren, im Gebirge oder in den Wüsten – selbst an den abgelegensten Orten
6 dieser Welt lässt sich Plastik finden. Plastik ist schon längst in die Organismen von Menschen und
7 Tieren übergegangen. Plastik braucht Jahrhunderte, um abgebaut zu werden und ist eine
8 Bedrohung für Menschen und unser Ökosystem geworden. Die Plastik Vermüllung des Planeten ist
9 eine der existenziellen Fragen unserer Zeit.

10 Nationale Parlamente, aber auch beispielsweise das EU-Parlament beginnen, die Probleme der
11 Plastiknutzung auf die politische Tagesordnung zu setzen. So wird in der gesamten EU eine Reihe
12 von Einwegprodukten aus Plastik ab 2021 verboten sein. Doch das darf nur der erste Schritt sein,
13 diese Maßnahme muss der Beginn einer langen Kette sein.

14 Wir haben keine Lust auf einen Plastic Planet und sagen dem Plastik den Kampf an. Denn die Zeit
15 tickt!

16 **Unser Plastik im globalen Süden? Nicht mit uns!**

17 Während die Bundesregierung mit immer neuen Kampagnen zur Mülltrennung den Eindruck
18 erweckt, Deutschland sei Recycling-Weltmeister, spricht die Realität eine andere Sprache: Deutscher
19 und europäischer Plastikmüll landen oftmals im globalen Süden und führen dazu, dass dort Boden
20 und Gewässer verschmutzt werden. Statt sich selbst um den eigenen Müll zu kümmern, behandelt
21 Deutschland den globalen Süden wie eine Mülldeponie. Dabei wollen wir nicht länger zusehen!

22 Dass unser Plastikkonsum nicht nur Deutschland und Europa betrifft, sondern auch die
23 Lebensqualität der Menschen, sowie die Ökosysteme in anderen Teilen der Welt beeinträchtigt,
24 wird hier deutlich klar.

1 Gerade die Staaten des globalen Nordens als Spitzenkonsument*innen von Plastik müssen sich für
2 einen fairen und nachhaltigen Umgang mit ihrem Müll einsetzen. Unser Plastikmüll darf nicht denen
3 zur Last fallen, die ihn gar nicht produziert haben. Und wir dürfen nicht wegsehen, wenn unser Müll
4 in Staaten landet, die unverantwortliche Deponien betreiben und damit die Gesundheit ihrer
5 Bürger*innen gefährden.

6 Deshalb fordern wir:

- 7 • den sofortigen Exportstop von deutschem und europäischen Plastikmüll auf den Weltmarkt
- 8 • das Durchsetzen eines internationalen Plastikabkommens, welches die Umsetzung einer
9 Plastikwende und ambitioniertes Recycling in allen Ländern finanziell ermöglicht
- 10 • eine europäische Recycling-Strategie: Wir wollen, dass sämtlicher Plastikmüll, welcher in der
11 EU anfällt, auch im Gebiet der EU recycelt wird und fordern deshalb eine entsprechende
12 Strategie auf den Weg zu bringen!

13 **Plastik Steuer – Abgabe für den Naturschutz**

14 Die EU-Plastik Strategie, welche die Europäische Kommission 2018 vorgelegt hat, ist mit dem Ziel,
15 dass bis zum Jahr 2030 weniger Kunststoffe in der Umwelt landen, zunächst zu begrüßen. Diese
16 Strategie richtet sich an alle, die mit Kunststoff zu tun haben: von den Produzent*innen über die
17 Verbraucher*innen bis hin zur Abfallentsorgung.

18 Ob diese Strategie Realität wird, hängt jedoch von der praktischen Umsetzung ab und hier fehlen
19 bis heute an vielen Stellen konkrete Maßnahmen, um dieses Ziel zu erreichen. Zu einer dieser
20 dringend nötigen Maßnahmen zählt für uns auch eine Plastiksteuer, welche in erster Linie auf
21 Plastikverpackungen erhoben werden soll. Diese soll nicht auf die Konsument*innen zurückfallen,
22 sondern die Industrie zur Kasse bitten. Auf der einen Seite soll diese Steuer den Anreiz dafür
23 schaffen, die Herstellung von Plastikprodukten zu reduzieren. Auf der anderen Seite soll sie die
24 Industrie dazu bringen, langfristig auf plastikfreie Alternativen umzusteigen.

25 Für uns steht fest, dass eine Umstellung nur dann gelingt, wenn es sich für Produzent*innen lohnt,
26 Plastik zu vermeiden. Für uns ist daher eine Steuer auf Plastikprodukte eine rein logische
27 Konsequenz. Diese Steuer soll seine Steuerungswirkung durch eine verlässliche jährliche Steigerung
28 entfalten, um Unternehmen die Möglichkeit zu geben, ihre Produktion umzustellen. Um
29 Verbraucher*innen nicht ungerecht zu belasten, fordern wir eine Rück Ausschüttung in Form eines
30 Bürger*innengeldes, welches sich aus den Einnahmen der Plastik Steuer finanziert. Denn die
31 Verantwortung, Plastikmüll zu vermeiden, liegt in erster Linie in der Produktion und nicht bei den
32 Endkonsument*innen.

1 Wir sehen aber nicht nur die Produzent*innen der Plastikverpackungen in der Verantwortung,
2 sondern auch die deutsche Bundesregierung, die sich dafür einsetzen muss, dass unser Plastik zu
3 100 Prozent recycelt wird. Dafür bedarf es preislicher Anreize um die Recyclingquote schnell zu
4 erhöhen.

5 Deshalb fordern wir:

- 6 • eine EU-weite Steuer auf Plastikverpackungen für die Hersteller*innen
- 7 • eine Rücausschüttung der Steuern in Form eines Bürger*innengeldes
- 8 • eine hohe Strafe für jede Tonne Plastikmüll, welche nicht recycelt wird
- 9 • staatliche Subventionen für Produzierende, die ihre Produktion umstellen wollen

10 **Plastik als Gesundheitsrisiko**

11 Die Verschmutzung durch Plastik beschränkt sich nicht nur auf herkömmlichen Kunststoff oder
12 größere Plastikprodukte, sondern entsteht auch durch Mikroplastik. Dieses Mikroplastik bildet sich
13 entweder durch den Zerfall von Plastikprodukten oder es ist Bestandteil vieler anderer Produkte,
14 etwa Kosmetika oder Hygieneartikel. Die größte Quelle von Mikroplastik in der Umwelt in
15 Deutschland ist der Abrieb von Autoreifen.

16 Mikroplastik ist teilweise kaum filterbar und gelangt insbesondere über das Abwasser in die Umwelt
17 und oftmals schließlich wieder in den Menschen. Gerade für kleinere Lebewesen ist Mikroplastik
18 gefährlich. Zudem besteht die Gefahr, dass die kleinen Plastikpartikel mit Giftstoffen angereichert
19 sind, die die Umwelt belasten können. Eine Gefahr für den Menschen bilden insbesondere mit
20 Weichmachern und anderen chemischen Substanzen angereicherte Plastikprodukte, u.a. auch
21 Kinderspielzeug oder Buntstifte.

22 Deshalb fordern wir:

- 23 • verbindliche Vorgaben und öffentlich geförderte Forschung zur Verringerung des Abriebs
24 von Autoreifen
- 25 • ein flächendeckendes Verbot von Mikroplastik in Kosmetika und Hygieneprodukten
- 26 • ein Verbot aller Plastikprodukte, die gesundheitsschädliche Substanzen enthalten
- 27 • ein wirksames Verbot des vermeidbaren Einsatzes von Bisphenol A und anderen Phthalaten.

28 **Die Zukunft ist plastikfrei!**

29 Es steht außer Frage, dass Kunststoffe für viele Anwendungen ein sinnvoller und vielseitiger
30 Werkstoff ist. Es ist aber genauso widersinnig, langlebige und haltbare Kunststoffprodukte nur für
31 wenige Tage oder gar Minuten einzusetzen. Bei der Aufbereitung und Wiederverwendung von
32 Kunststoffverpackungen gibt es große Verluste an recyclebarem Material. Plastik kann nicht

1 beliebig oft wiederverwendet werden und wenn doch, dann oftmals unter höheren Kosten als neues
2 Plastik. Nur knapp über 10% des Plastiks auf dem Markt ist recyceltes Plastik.

3 Nicht nur im Verkehrs- oder Energiesektor, sondern auch in der Plastikindustrie wird eine ganze
4 Menge an Treibhausgasen freigesetzt. Dort werden fossile Rohstoffe gewonnen, raffiniert und
5 weiterverarbeitet. Allein bei der Herstellung einer einzelnen Plastiktüte fallen 120 Gramm CO₂ an.

6 Auch in der Entsorgung von Plastik wird eine große Menge an Treibhausgasen freigesetzt, da der
7 Großteil unseres Plastikmülls in Müllverbrennungsanlagen landet. Ginge unsere Plastikproduktion
8 ungebremst weiter, würden allein durch Kunststoffe bis 2050 ca. 52,2 Gigatonnen CO₂- Emissionen
9 erzeugt. Damit gingen zwischen 10 und 13 Prozent des verbleibenden CO₂-Budgets für das 1,5
10 Grad-Ziel auf das Konto von Kunststoffen. Laut Schätzungen des Center for International
11 Environmental Law soll sich die Plastikherstellung zukünftig jedoch nicht verringern, sondern sogar
12 bis 2050 vervierfachen.

13 Die angestrebte Minderung von 40 Prozent der Treibhausgase von 1990 bis 2020 wird durch die
14 Untätigkeit von Bundes- und Landesregierung voraussichtlich klar verfehlt. Um die globale
15 Erderwärmung doch noch auf unter 1,5 Grad begrenzen zu können, bedarf es einem radikalen
16 Klimaschutz, der auch die Plastikproduktion und -verbrennung nicht außer Acht lassen darf.

17 Aktuell wird das ökologisch abbaubare und aus Maisstärke gewonnene „Bio-Plastik“ als eine
18 Alternative zu herkömmlichem Plastik vorgestellt. Doch das sog. „Bio-Plastik“ kann nicht unsere
19 Alternative sein. Der zur Herstellung benötigte Mais wird in der Regel in großen Monokulturen
20 angebaut und ist damit selbst ökologisch kaum tragbar.

21 Deshalb fordern wir:

- 22 • die Förderung von Forschung im Bereich von ökologischen Plastikalternativen
- 23 • eine radikale Beschränkung für neu herzustellendes Plastik
- 24 • kurz- und mittelfristig umgesetzt: Eine Kreislaufwirtschaft, bei der neue Plastikprodukte aus
25 altem, recyceltem Plastik gewonnen werden. Recycling muss Priorität vor der Verbrennung
26 haben!
- 27 • Langfristig: Den kompletten Verzicht auf Plastikprodukte und der konsequente Gebrauch
28 von anderen, ökologischen Materialien

29 **Begründung:**

30 *erfolgt mündlich.*

U4

Antrag: **Wasser ist ein Menschenrecht!**

Antragsteller*in: Juso-Unterbezirksvorstand & Juso-Stadtverbandsvorstand

Weiterleitung: Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress, SPD-Stadtverband Göttingen, SPD-Unterbezirksparteitag

Die Juso-Unterbezirkskonferenz möge beschließen:

1 Der Zugang zu Wasser muss für alle Menschen dieser Erde gewährleistet sein. Der Zugang zu
2 Wasser ist ein Menschenrecht! Wir fordern deshalb die Einführung des Wassercents als
3 Ausgleichszahlung für einen hohen Wasserverbrauch an die betroffenen Staaten sowie das Ende
4 der Privatisierung von Wasserquellen. Des Weiteren fordern wir, dass die Förderung von Wasser
5 unter Betrachtung der Belastung der Biotope geschieht und dass es eine Erhöhung des Anteils der
6 weltweiten Aufbereitung des Abwassers gibt.

7 **Nutzungskonkurrenz um Wasser vermeiden**

8 Wasser ist die wohl wichtigste Ressource. Bereits 2015 warnte das Wirtschaftsforum in Genf davor,
9 dass Wasserknappheit die größte humanitäre Krise des Jahrzehnts auslösen könne. Heute haben
10 2,2 Milliarden Menschen keinen ausreichenden Zugang zu sauberem Trinkwasser. Die Wasserkrise
11 ist gegenwärtig schon Migrationsursache Nummer eins und ein zunehmend wachsender Auslöser
12 für Konflikte. Die Nutzungskonkurrenz um die Ressource Wasser wird auch im Zuge des
13 Klimawandels immer weiter ansteigen.

14 Wir fordern, dass die deutsche und europäische Politik sich dieser Problematik annimmt und
15 Konzepte erarbeitet, die zur Durchsetzung des Menschenrechtes auf Trinkwasser für Alle führen.
16 Des Weiteren verurteilen wir die Vermarktung von Wasser. Wasser darf nicht selbst oder Teil von
17 Gewinnmaximierung für Unternehmen sein!

18 **Trinkwasser für Alle**

19 71% der Erde wird von Wasser bedeckt. Davon sind 97% Salzwasser und 3% Süßwasser. Davon
20 liegen wiederum 2,1 % in Eis und Schnee vor. Doch diese Wasserreserven sind durch die Klimakrise
21 bedroht. Besonders bedroht ist das Schmelzwasser, welches ein Drittel der Weltbevölkerung als
22 Trinkwasser dient. Auch die Nutzungskonkurrenz um die Ressource Wasser steigt aufgrund der
23 Wasserkrise immer weiter an. Expert*innen halten eine Wasserkrise für vermeidbar. Das Süßwasser
24 reiche für über 9 Milliarden Menschen. Es handele sich um ein Verteilungsproblem.

1 **Virtuellen Wasserverbrauch senken**

2 Der tägliche Wasserverbrauch pro Person liegt in Deutschland liegt bei circa 121 Litern. Doch dieser
3 bildet nicht unseren realen (virtuellen) Wasserverbrauch ab. Bei dem virtuellen Wasserverbrauch
4 handelt sich um das Wasser, welches zur Herstellung von Produkten benötigt wird. So werden
5 beispielsweise für die Herstellung von einem Kilogramm Avocados 1000 Liter Wasser oder eines T-
6 Shirts 2000 Liter Wasser benötigt. Durch Handel entziehen wir anderen Regionen Wasser, indem
7 wir anderthalb Mal so viel virtuelles Wasser importieren, wie wir exportieren. In Deutschland gibt
8 es einen gesamten Wasserverbrauch von 117 Milliarden Kubikmetern Wasser pro Jahr. Mehr als die
9 Hälfte dieses virtuellen Wasserverbrauchs fällt nicht in Deutschland an. Dadurch importieren wir
10 rund 34,2 Milliarden Kubikmeter Wasser im Jahr auf Kosten anderer. Deshalb sehen wir die weltweit
11 drittgrößte Importnation in der Pflicht, sich für einen internationalen virtuellen Wasserhandel ein-
12 und auseinanderzusetzen, da eine symptomatische Bekämpfung kurzweilig, aber nicht längerfristig
13 von Erfolg gekrönt ist.

14 Heute leiden bereits 1,8 bis 2,9 Milliarden Menschen 4 bis 6 Monate im Jahr und ca. 500 Millionen
15 Menschen ganzjährig unter Wasserknappheit. Des Weiteren hat jede zweite Großstadt weltweit mit
16 Versorgungsengpässen durch den hohen Wasserbedarf der Ballungsräume zu kämpfen. Die
17 Situation wird verschlimmert, indem 80% des vom Menschen verwendeten Wassers ungeklärt, also
18 verunreinigt, in die Natur zurückgegeben wird, aus welcher das Wasser, häufig ungereinigt, später
19 wieder entnommen wird. Dies hat die Folge, dass Infektionskrankheiten die häufigste Todesursache
20 in ärmeren Ländern sind. Seit 2010 gilt das UN54 Menschenrechtsabkommen „Recht auf Zugang
21 zu sauberem Wasser“. Um dies zu ermöglichen sind jährlich 10 Milliarden US-Dollar Investitionen
22 von Nöten.

23 Diese Wasserkrise wird von Großkonzernen in stark betroffenen Gebieten ausgenutzt, indem sie die
24 Privatisierung von Wasserquellen als Lösung des Wasserproblems anpreisen. Leider hat das in den
25 betroffenen Ländern, besonders in Ländern des globalen Südens, die Folge, dass es zur Spaltung
26 der Gesellschaft kommt. So kann sich auf der einen Seite nur ein Teil der Gesellschaft dieses saubere
27 Wasser leisten. Der andere Teil der Gesellschaft hat nur die Möglichkeit, unkontrollierte
28 Wasserquellen zu verwenden. Des Weiteren führt die exzessive Wasserförderung durch
29 Großkonzerne zu einer Verringerung der Wasserkapazität der natürlichen Wasserreserven und
30 schafft nebenbei durch die Plastikverpackung noch ein Müllproblem. Durch die
31 Wasserflaschenindustrie wird Wasser bewusst zu einem Luxusgut und die öffentliche Versorgung
32 mit sauberem, kontrolliertem Trinkwasser wird in vielen Ländern nicht mehr verfolgt. Wasser ist ein

1 Menschenrecht und sollte jedem/jeder zur Verfügung stehen. Um dies in Zukunft gewährleisten zu
2 können, ist eine radikale Weichenstellung nötig.

3 Wir fordern deshalb:

- 4 • die Einführung des Wassercent für den deutschen Handel. Dieser soll einen Ausgleich
5 schaffen, um in den stark betroffenen Regionen die Wasserreinigung und -versorgung zu
6 fördern. Die Höhe soll bei einem Cent je virtuellem Kubikmeter verbrauchtem Wasser
7 liegen.
- 8 • die Anerkennung von Wasser als Allgemeingut und damit verbunden das Stoppen der
9 privaten Wasserindustrie. Mit Allgemeingütern darf kein Profit gemacht werden!
- 10 • Die Einrichtung von kostenlosen Trinkwasserstellen und sanitären Einrichtungen im
11 gesamten Bundesland, sowie in öffentlichen Gebäuden
- 12 • einen Fördervorbehalt. Die Wasserförderung darf nur unter Betrachtung der Belastung der
13 Biotopie geschehen.
- 14 • die Erhöhung des Anteils der weltweiten Aufbereitung des Abwassers.

15 Des Weiteren setzen wir uns dafür ein, dass mehr sogenannte Blue Communities entstehen. In
16 diesen verpflichten sich die Kommunen sich für folgende Grundsätze einzusetzen:

- 17 • Anerkennung von Wasser und sanitärer Grundversorgung als Menschenrecht
- 18 • Erhalt des Wassers als öffentliches Gut
- 19 • Qualitativ hochwertiges Leitungswasser statt Flaschenwasser
- 20 • Schutz der Qualität des städtischen Trinkwassers sowie der lokalen Flüsse und Seen
- 21 • Pflege von internationalen Partnerschaften, betreffend die obengenannten Ziele

22 **Begründung:**

23 *erfolgt mündlich.*